

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonement: 1.10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
 Preisliste. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn  
 2 Mark, für das übrige Ausland  
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Inserions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-  
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 vollständige und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Berichts-Anzeigen 25 Pf.,  
 „Kleine Anzeigen“, das erste (stetig-  
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere  
 Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben  
 zählen für zwei Worte. Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 3 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 30. Januar 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

### Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Februar 1904 eröffnen wir ein neues Abonnement auf den „Vorwärts“ mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden Unterhaltungsblatt und der Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungspediteure sowie unsere Expedition, Lindenstrasse 69, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

**1 Mark 10 Pfennig frei ins Haus.**

Für das übrige Deutschland nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen zum Preise von

**1 Mark 10 Pfennig pro Monat**

(ausschließlich 14 Pfennig pro Monat Bestellgeld) entgegen. (In der Post-Zeitungsliste sind jetzt die Zeitungen nicht mehr nach Nummern, sondern nach dem Alphabet geordnet.)

Die Einziehung des Zeitungsgeldes von den bisherigen Postabonnenten erfolgt gegen Quittung durch die Briefträger, die zur vollständigen Quittungsleistung berechtigt sind.

Neu hinzutretende Postabonnenten können die Zustellung der Zeitung und die Einzahlung des Zeitungsgeldes auch schriftlich bei der zuständigen Postanstalt beantragen. Für derartige Bestellschreiben etc. wird eine Gebühr nicht erhoben.

Im Auslande kann der „Vorwärts“ gleichfalls bei der Post bestellt werden; der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich in Belgien 5 Fr. 1 Cts.; Dänemark 3 Kr. 86 Oere; Holland 3 Fl.; Italien 5 Lire 61 Cts.; Luxemburg 4 Mk. 12 Pf.; Portugal 1455 Reis; Rumänien 6 Lei; Schweden 3 Kr. 87 Oere; in der Schweiz 5 Fr.; in England, Frankreich, Spanien, den Vereinigten Staaten von Nordamerika und andren zum Weltpostverein gehörenden Ländern 9 Mark.

Unter Kreuzband direkt von der Expedition bezogen kostet der „Vorwärts“ pro Monat 2 Mark innerhalb Deutschlands und seiner Kolonien, in Oesterreich-Ungarn und Luxemburg, im Ausland 3 Mark pränumerando.

Redaktion und Expedition des „Vorwärts“.

### Freiwild.

Das öffentliche Interesse gebietet uns, im Anschluß an die Reichstags-Debatte vom 19. d. M. näher auf die Leiden und Freuden der hier lebenden Russen, dieser Parias des deutsch-russischen Kolonialismus, einzugehen, auf daß die Menschen- und Kulturfreundlichkeit untrer modernen Reichs-Staatsmänner in ihrer ganzen Glorie beleuchtet werde.

Die Russen und Russinnen, die im eifrigen Bildungsdrange an die deutschen Universitäten strömen, werden, wie bekannt, nicht wie Angehörige anderer ausländischer Staaten einfach auf Grund ihrer Pässe zur Immatrikulation zugelassen. Man unterwirft sie vorher einer polizeilichen Kontrolle, einer wahren politischen Seuchenuntersuchung, die bis in die geheimsten Schlußwinkel des Gehirns, des Herzens, des Familienlebens geht. — Mit Rücksicht auf die Armenverwaltung entspricht es der Übung, daß Fremde, bevor ihre Niederlassung in Deutschland gebildet wird, die Grundlage ihrer materiellen Existenz offenlegen haben. Das ist indes im allgemeinen nicht Brauch bei Studenten, und es dürfte sich bisher noch nicht ereignet haben, daß ausländische Studenten der deutschen Armenpflege zum Opfer gefallen sind. Bei russischen Studenten und Studentinnen macht man eine Ausnahme. Die Polizei nimmt sie, sobald sie in dem Dunstkreis der preussischen Kultur erscheinen, in ihre liebevolle Fürsorge. Wenn bei der Anmeldung nicht die dreitägige Frist (für Berlin) oder die zweitägige Frist (auf die jetzt für die Russen in Charlottenburg die bisher sechs-tägige Frist verkürzt ist) innegehalten wird, setzt es eine Strafverfügung. — Die Studententarte ist offiziell ausdrücklich als das Besondere studentische Legitimationspapier qualifiziert. Bei russischen Studenten genügt sie nicht; man verlangt stets Paß und alles mögliche.

Gewöhnlich entläßt sich die polizeiliche Fürsorge nach der Anmeldung, und zwar bei allen Russen, nicht bloß den Studenten und bei leytieren gleichviel, ob die Immatrikulation schon stattgefunden hat oder nicht, mit Vorladungen auf die Polizei. Dort werden ausführliche Verhöre vorgenommen. Man forscht nach Namen, Vornamen, Geburtsort, Geburtsort der Großeltern, Urgroßeltern und so weiter; man erkundigt sich auf das sorgfältigste, wieviel Geld einem zur Verfügung stehe und woher dieses Geld komme. — Jede Antwort wird zunächst in Zweifel gezogen, jedes Wort mit Mißtrauen aufgenommen, denn „alle Russen sind uns verdächtig“. — Man fragt den Vorgeladenen, warum er gerade in Deutschland studiere, ob er denn auch wirklich studiere. Eine junge Dame, die an der Musikhochschule immatrikuliert war, wurde gar genötigt, dem Polizeibeamten auf dem Klavier vorzuspielen. Hoffentlich war dieser Polizeibeamte Mitglied der berühmten Kunstkommission! Wer weiß aber, ob das vorgespelte Klavier nicht ein elektrisch-automatisches war und die Polizei trotz alledem irreführt ist? „Alle Russen sind verdächtig.“

Eine einmalige Vorladung genügt nicht; zwei, drei, vier, fünf, sechs mal finden die Vernehmungen statt, wobei sich immer dasselbe Spiel wiederholt. Und auch damit nicht genug; es pflegen auch

Kriminalbeamte und Schutzleute in den Wohnungen der Russen zu erscheinen und dort weitere Vernehmungen auszuführen. Man denke nicht, daß es sich hierbei um ein Entgegenkommen gegenüber den Studenten handelt, die wahrlich etwas Besseres zu thun haben, als ihre Stiefel auf den Gängen nach den Polizeirevierern abzutreten.

Das meist — gelinde gesagt — recht derbe Auftreten der Polizeibeamten schon mißte eine derartige Illusion erbarmungslos zerstören.

Manch einer der Nachbarn hat denn auch mit jovialer Offenherzigkeit ausgeplaudert, daß jene Besuche hauptsächlich stattfinden, um einen Einblick in die Wohnungen und die Lebensweise der Russen zu gewinnen. Daneben her geht der Zweck, sich die Persönlichkeit, das Äußere der Verdächtigen zur Erleichterung ihrer Lieberwächung einzuprägen.

Aber damit nicht genug. Trifft ein Polizist in der Wohnung eines Russen irgend welchen Besuch, so wird die Nachbarn sofort auch auf diesen ausgedehnt. Einerseits weil nun auch der Besuch sofort „verdächtig“ ist; andererseits zur genaueren Feststellung des Verkehrs, den der Gastgeber pflegt. Vielfach fordert man von den Heimgekehrten geradezu allerhand Angaben über ihre Freunde!

Aber noch mehr. Mit besonderer Vorliebe wandeln diese Leute krumme Wege. Sie kommen in Abwesenheit des Bespigelten und suchen die Familienangehörigen auszufragen. Sie spitzeln bei den Hausbewohnern herum. Schließlich wagen sie es sogar, sich in Abwesenheit der Vermieter bei den Wirtsleuten in aufdringlichster Weise allen möglichen Einzelheiten zu erkundigen, nach der Lebensweise, nach der Kleidung, nach der Zeitung (wobei der „Vorwärts“ eine große Rolle spielt), nach der Bibliothek, nach der Korrespondenz, nach dem Verkehr usw. Nach echter Detektivart verstecken sie sich auch hinter die Mägenshürzen und suchen die Reugier und Geschwätzigkeit des Dienstpersonals für sich auszunutzen. Selbst an sieben- bis achtjährige Knaben machen sie sich heran! Das grenzt geradezu an Hausfriedensbruch und wir hoffen von jeder anständigen Frau, daß sie solchen ungeborenen Eindringlingen, die zu unehrenhaften Handlungen verleiten wollen, mit größter Energie die Läre weist. Es wäre sehr am Plage, dabei beleidigende Zumutungen grundsätzlich im Prozeßwege zu verfolgen.

In dem Falle eines Russen L. interessierte sich ein Spitzel so lebhaft für die Kleidung des Bespigelten L. hatte sich nämlich einen neuen Anzug angeschafft), daß wir zu der Lieberzeugung gelangen müssen, daß in den Personalakten jedes Russen sich auch ein genaues Verzeichnis seiner sämtlichen Kleidungsstücke, Unterhosen, Hemden und Stiefel nicht zu vergessen, befindet.

Bei allen Erkundigungen spielen eine große Rolle die russische Zefehalle und die russischen Speisehallen in Charlottenburg und Berlin, die offenbar in dem Verdacht stehen, geheime Zusammenkunftsorte für die russischen „Anarchisten“ Nichthofenscher Couleur zu sein. Wer in diese Zefehalle oder Speisehallen geht, und sei es auch nur nach Auskunft der Scheuerfrau des Hauses, ist damit „verdächtig“ und wird sich nicht wundern dürfen, wenn ihm eines Tages a la Schefoldin Haus-suchung, Beschlagnahme, Verhaftung und ähnliche Liebenswürdigkeiten auf den Kopf regnen. Bekanntlich hat ja auch die Speisehalle von Schmutzkowski bei den jüngst im Reichstage zur Sprache gebrachten Verhaftungen vom 15. Februar 1902 als Falle gedient.

Ist ein Russe in der Schweiz gewesen, so ist das ein ganz besonderer Anlaß für die Reugierde der Kriminalbeamten. Die sämtlichen Hausbewohner, vom Hausreiniger bis zur Wirtin, wissen sich vor den Fragen der besessenen Staatsdetren nicht mehr zu schützen; Freunde, Freundinnen, Nachbarn, Verwandte werden ausgehört: wie lange war er in der Schweiz, wo war er in der Schweiz, bei wem war er in der Schweiz, was hat er in der Schweiz getrieben, was hat er aus der Schweiz geschrieben, was hat er in die Schweiz geschrieben, was hat er aus der Schweiz mitgebracht? usw.

Im Falle einer Russin M., es handelt sich um eine Wohnung am Charlottenburger Ufer, erkundigte sich ein Spitzel bei der Wirtin unter andern, ob nicht der Name der betreffenden Dame in der Korrespondenz gelegentlich auch mit einem a am Ende geschrieben werde. Das war ein bedeutender Fingerzeig. An die Dame waren in der That kurz vorher zwei Briefe mit dieser Namensform gesandt gewesen und zwar unter ungenauer Adressierung, die entgegen andren mit gleich ungenauer Adressierung nicht angekommen waren. Nachhergen auf der Post führten hierbei zu keinem Ergebnis.

Die Kriminalbeamten benehmen sich bei diesen Besuchen vielfach so unerhört, daß es nur der Lammgeduld untrer russischen Gäste zu verdanken ist, wenn es nicht öfters zu gewaltsamen Zusammenstößen kommt. Draufschlug der Groß eines der Polizeimänner über die viele Arbeit, die ihnen die Russen machen, zum Ausdruck in dem gegenüber der Wirtin einer Russin Namens V. geäußerten frommen Wunsch: „Man müßte alle Russen in die Spree versenken“. Als ein Russe dem Nachbarn mitteilte, daß sein Vater tot sei, erhielt er die christlich ergebene Antwort: „Desto besser, dann habe ich weniger zu schreiben“. (Fall G.) Wenn ein Russe nicht sofort zu allen Placereien Ja und Amen sagt, wird von den Kriminalbeamten mit Vorliebe der Trampf ausgepielt: „Nehmen Sie sich in acht, Sie sind ein Russe, wir können Sie ohne weiteres aus Deutschland ausweisen!“ Und wenn die Wirtsleute nicht gefügig sind und sich gegen Verräterei und ehrlose Indiskretionen in Bezug auf ihre Mieter sträuben, so heißt es: „Wenn Sie etwas verheimlichen, können Sie leicht Unannehmlichkeiten haben!“ — Leider lassen die Wirtinnen den Eindringlingen und Verhörern, die obendrein noch unhöflich sind, nicht immer so energisch den Marsch, wie es vor einigen Wochen in der Nädertstraße geschehen ist. Eine Spezialität gewisser „Herren“ ist es, bei den Vernehmungen nach bekannter Manier durch Stellung verhänglicher Fragen unvorsichtige Aeußerungen über die politischen Zustände Russlands und besonders über den Zaren zu provozieren. Darum überall äußerste Vorsicht.

Man beschränkt sich nicht auf die Ermittlungen über die Russen selbst. Auch diejenigen Deutschen, die Russen die deutsche Sprache lehren, werden nach allen Regeln der Kunst ausgekundschaftet und beobachtet.

Das andererseits die russischen von den deutschen Spitzeln oft nicht zu unterscheiden sind, daß sich die russischen mit derselben Kühnheit bewegen, wie die deutschen, beweist folgender Fall. Im Herbst vorigen Jahres entdeckte ein Russe Namens K. aus Charlottenburg, als er in der Friedrichstraße bei Schinger saß, daß er von einem Herrn mit russischer Physiognomie aufdringlich beobachtet wurde. Dieser folgte ihm auch auf allen Kreuz- und Querwegen, die Herr K. unternahm, einerseits um die Spitzelqualität des Deutschen festzustellen, andererseits um ihn abzuschütteln. Das Letztere war aber nicht möglich, der Spitzel folgte ihm wie sein Schatten auf Schritt und Tritt. Als schließlich Herr K. an einem Schaufenster in der Charlottenstraße stehen blieb, trat der Spitzel an ihn heran und begann, ihn in ganz unverschämter Form nach allem Möglichen auszufragen. Herr K. verbat sich die Aufdringlichkeit, weiniglich er ihm nicht nach dem Rezept des Herrn Landgerichtsrat Braun einen Tritt vor den Bauch gab, daß er auf das Pflaster fiel. Da legitimierte sich der Herr als ein Geheimpolizist aus Petersburg. Er legte das Legitimationszeichen vor und bemerkte, Herr K. ähnele ganz außerordentlich einem Russen, den er schon von Rußland aus verfolgte, und der sich jetzt angeblich in Berlin aufhalte. Herr K. verhielt sich dennoch zunächst ablehnend. Da fuhr ihn der russische Spitzel an: Ich rate Ihnen, zeigen Sie Ihre Legitimationskarte vor und machen Sie mir richtige Angaben, sonst rufe ich einen deutschen Polizeibeamten, dann werden Sie mir doch noch Rede und Antwort stehen müssen, und ich werde, wie ich es schon zwei Tage lang gelhan habe, nicht aus den Augen lassen, bis ich Sie festgestellt habe. Hierbei ließ er andeutungsweise erkennen, daß er allerdings über alles, was Herr K. in der letzten Zeit unternommen hatte, aufs genaueste orientiert war. Bedauerlicherweise kam Herr K. nun dem unverschämten Anfinnen des Spitzels nach.

Noch eine Episode sei erwähnt, die beweist, daß wir über dies ganze Kapitel auch das Wort sagen könnten: „Unter Polizeiaufsicht“. Denn alle Rechte wie gegenüber den heruntergekommenen, unter Polizeiaufsicht gestellten Verbrechern nimmt sich die Polizei gegenüber unsern unbescholtenen russischen Gästen heraus. Mitte Oktober 1902 wohnte in Charlottenburg, Kanstr. 106, eine russische Arbeiterin. Eines Tages nächtigte bei ihr eine andre russische Arbeiterin Namens W., da beide aus einer deutschen Ver-sammlung erst spät heimgekehrt waren und die W. ihren Handschüssel vergessen hatte. Morgens noch vor 8 Uhr erschien ein Kriminalbeamter und verlangte Eintritt in das Zimmer, wo die beiden Mädchen noch im Bett lagen. Trotz aller Vorstellungen und trotz Intervention der Wirtin beharrte er auf seinem Verlangen, drang sofort ins Zimmer und forderte die Pässe. Die Weigerung der Arbeiterinnen, vor ihm aufzustehen, wurde nicht beachtet, der Kriminalbeamte benahm sich so grob wie möglich, behauptete obendrein, noch die Mädchen, — hätten die ganze Nacht auf der Straße gelegen usw. und entfernte sich, nachdem er die Pässe gesehen hatte. Wir mögen uns über so etwas empören, aber was verschlägt es? Nach der Ansicht dieser Polizeileute hat ja Nichthofen recht: die Russinnen huldigen der freien Liebe, was für ein mit Friedrich-strahnenvorstellungen angefülltes deutsches Polizeigemüt wiederum nichts anderes bedeutet, als die huldigen der Prostitution, woraus dann ganz folgerichtig die Annahme hergeleitet wird, sie ebenso wie die Prostituierten zu behandeln.

Wenn Herr v. Nichthofen sich für sittliche Probleme interessieren sollte, so hätte er reichlich Gelegenheit, darüber Betrachtungen anzustellen, welches Verhältnis die unfreie Liebe, die das offizielle Preußen in die Arme des Zarenismus zwingt, zur politischen Prostitution hat.

### Politische Ueberblick.

Berlin, den 29. Januar.

Reichstag.

Die Fallstaff-Garde des Crimmitschauer Unternehmertums trat heute auf den Plan. Sie wiesen den zerhackten blutigen Degen der Arbeitgeber, ihrer Arbeitgeber, vor, mit dem diese dem Drachen Socialismus endgültig den Garau gemacht haben wollen, und erstarben vor Bewunderung, wenn sie ihnen das alte Brahlwort nachsprachen: „So lag' ich und so führt' ich meine Klinge!“

Die Führung dieser Männer in Steifleinen hatte der Abg. Lehmann übernommen, der an Stelle Wasser-mann kaum verdient. Die Denkschrift der Unternehmer vorlesen und feierlich den Schwur ablegen, daß sie lautere Wahrheit enthalte, das kann, wie der richtige Berliner sagt: Lehmanns Kutscher auch. Jeder kollektive Arbeitsvertrag, jedes Eingreifen der Arbeiterorganisation ist Herr Lehmanns naiber socialpolitischer Mißverständigkeit ein Grue! Im Vergleich zu solchen Anschauungen ist sein Fraktionskollege Frhr. v. Dell ja ein wahrer socialpolitischer Heros!

Nur Geheimrat Dr. Fischer lächelte der gleichgestimmten Seele freundlich zu, und sein Behagen wuchs, als sein engerer Landsmann, Herr Gräse von den Antisemiten, in die gleiche Rube hieb. Er wiederholte nur papageienmäßig die Redensart von der „Nachtprobe“ der Socialdemokratie, erklärte unsere ganze Fraktion für verkappte Verbrecher, warf ihnen Gottes- und Glaubenslästerung vor und sagte ihnen sonst noch allerhand Liebenswürdigkeiten nach.

Den Grafen Ballestrem lassen die Vorbeeren des Dr. v. Orterer offenbar nicht schlafen. Neulich hatte Genosse Fischer ungetört sagen dürfen, daß noch zu jeder Familie der Weltgeschichte ein Pfaffe seinen Segen gegeben habe. Als heute Herr Lehmann diese Aeußerung citierte und unsere Fraktion sie mit kräftigem Sehr richtig! bestätigte, da fuhr der Präsident erregt auf und schulmeißerte, man solle sich solch „empörender“ Aeußerungen enthalten. Daneben ließ er dem Abg. Lehmann den Ausdruck „bodenlose Gemeinheit“ durch.

Den Reigen der Scharfmacher schloß mit einer unübersehbaren Produktion der gleichfalls nationalliberale Abg. Dr. Deumer, der leitende „Geist“ des Centralverbandes deutscher Industrieller. Er will vom Jehusfundamente nichts wissen. Er hat aber auch entdeckt, daß die Arbeiter selbst lieber mehr als 10 Stunden arbeiten möchten, um nicht in der Saison den Verdienst der Ueberstunden zu verlieren. Aber er ist weit gründlicher als all die andern Vertreter der Interessen des Kapitals: Die geben immer vor, eine von der bitterbösen Socialdemokratie „befreite“ Arbeiterbewegung mit aller Kraft unterstützen zu wollen. Dr. Deumer ist offener: er haßt die englischen Gewerkschaften, er sieht das „Chaos“ schon dann kommen, wenn die Unternehmer nicht nach ihrem Belieben jeden Arbeiter jeden Augenblick auf die Straße setzen können.

Ehe unser Fraktionsredner all diesen Scharfmachern die gebührende Antwort gab, führten die Abgg. v. Gerlach und Dröschler ein Zwischenstück auf. Herr v. Gerlach, der als Apostat bei der Rechten besonders grimmigem Haß zu begegnen scheint, hatte nach einer richtiggestellten der größten Unwahrheiten über Crimmitschau die Lage der Landarbeiter Döselbiens beleuchtet und ihre Unterstellung unter die Gewerbe-Ordnung gefordert. Darüber regte sich der konservative Dr. Dröschler nicht wenig auf. Er versicherte, daß die Verhältnisse der Landarbeiter geradezu ideal seien: Hohe Löhne, gute Wohnungen und treffliche sociale Fürsorge machen sie zu den glücklichsten Menschen unter der Sonne.

Genosse Fräßdorf wies zunächst an der Hand der Rechnungsergebnisse der Textil-Verufgenossenschaften nach, daß in Sachsen der Höchstlohn eines verheirateten Webers 811 M. für das Jahr nicht übersteige und daß der Durchschnittslohn nur 655 M. betrage. Er stellte noch einmal die nun oft genug stargelagten Gründe für Beginn und lange Dauer des Crimmitschauer Kampfes dar; die Gegner wollen aber nicht begreifen. Weiter vertrat er die socialpolitischen Anträge unserer Fraktion, die „die Arbeiter nicht mit den Bettelstuppen des Dr. Hige abspelsen“ will und forderte eine Verschärfung, insbesondere aber eine strikte Durchführung der Bundesrats-Verordnungen betreffend die Steinhauererei. Dann trat er in eingehenden sachkundigen Ausführungen den Verdächtigungen und Uebertreibungen des Dr. Ruggan entgegen und vertrat den Standpunkt der Krankenkassen in dem ihnen aufgezwungenen Kampf mit den Ärzten.

Graf Bosadowsh, der wie gewöhnlich am Schluß der Sitzung auf die Anträge der Abgeordneten antwortete, sprach sich heute persönlich für die Einbeziehung der Dienstboten und Landarbeiter in die Krankenversicherung aus.

Am Sonnabend unterbricht die lange aufgeschobene Verhandlung der Interpellation über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine die Etatsdebatte.

#### Reaktionäre Reform.

Als eine von den wenigen willkommenen Ankündigungen der letzten Reichs-Thronrede durfte der Gesetzentwurf zur Entschädigung unschuldig erlittener Untersuchungs-haft begrüßt werden. Bald aber wurden auch diese Hoffnungen erheblich gemindert, da bekannt wurde, daß der zu erwartende Entwurf höchst bedenkliche Mängel zeigen werde. Wir besprechen bereits früher die Methode, in der die Regierung den allgehegen Wunsch des Reichstags und des Volkes zu erfüllen gedenkt. Jetzt veröffentlicht nun die „Nordd. Allg. Ztg.“ den Entwurf samt Abschnitten aus der Begründung. Es zeigt sich, daß auch diese Reform durchaus in reaktionären Anschauungen befangen bleibt.

Die Zahlung der Entschädigung soll überhaupt nicht zwingende Vorschrift sein, sondern sie „kann“ gezahlt werden. Damit wird die Haftpflicht des Staates für die Entschädigung Unschuldiger, die durch ihn geschädigt wurden, gänzlich in die Willkür der Richter gegeben.

Entschädigung soll aber ausgeschlossen werden, wenn das Verfahren die Ansicht der Angeklagten nicht ergeben oder nicht dargethan hat, daß gegen sie ein begründeter Verdacht nicht vorliegt. Ausgeschlossen von der Entschädigung bleiben nicht nur solche Verhaftete, welche die Haft vorsätzlich herbeiführen oder durch grobe Fahrlässigkeit verschulden, sondern vor allem auch alle diejenigen, von denen nicht dargethan ist, daß ein begründeter Verdacht nicht vorliegt. Weicht bei den Richtern ein „begründeter Verdacht“ bestehen und ist die Freisprechung erfolgt, weil — wie die Begründung sagt — der geführte Beweis zu einer Verurteilung nicht ausreicht“, so bleibt der Entschädigungsanspruch verfehlt.

Diese Bestimmungen müssen zu den denkbar schlimmsten Folgen führen. Es werden Freigesprochene erster und zweiter Klasse geschaffen. Es wird in die Meinung der Richter gegeben, Freigesprochene dauernd als einer strafbaren That dringend Verdächtig zu kennzeichnen, welche Kennzeichnung zugleich die schwerste Schädigung für die weitere Existenz der Betroffenen bedeutet.

Es fehlt aber auch jede Möglichkeit, eine gleichartige Behandlung dieser Fälle vor den verschiedenen Richtern durchzuführen. Ein Gerichtshof wird rigorosere als der andere die Entschädigung lassen, ob die Verdachtsgründe vollständig beseitigt sind oder nicht. Eine Fälle unerträglicher Rechtsungleichheit wird herbeigeführt.

Ebenso verwerflich sind die Ausnahmestimmungen im § 2 des Entwurfs. Die Verschuldung der Untersuchungshaft durch „grobe Fahrlässigkeit“ soll die Entschädigung ausschließen. „grobe Fahrlässigkeit“ ist jedoch ein schlimmer Rechtsbegriff. Ebenso gefährlich ist die Bestimmung, daß die Entschädigung ausgeschlossen sein soll, wenn das zur Unternehmung gezeigte Verhalten des Beschäftigten gegen die guten Sitten verstößt hat. Wie leicht wird beispielsweise auf Grund einer solchen Bestimmung die Entschädigung Arbeitern verweigert werden, die wegen Erpressungsvertrag im Lohnkampf angeklagt und verhaftet waren, aber freigesprochen werden mußten!

Auch dann soll der Entschädigungsanspruch ausgeschlossen werden, wenn der Beschäftigte entweder wegen Verbrechen oder wiederholt wegen Vergehens oder Uebertretung des § 391 Nr. 3 bis 8 des Strafgesetzbuches zu Freiheitsstrafe verurteilt worden ist und seit Verhängung der letzten Strafe bis zur Verhaftung fünf Jahre noch nicht verstorben sind.“ Das bedeutet die Einführung eines Ausnahmestimmungen für Vorbestrafte. Gerade Vorbestrafte sind aber dem Verdacht strafbarer Handlungen seitens der Anklagebehörden besonders leicht ausgesetzt und werden leicht aus geringeren Anlässen als andere Personen in Haft genommen, ge-

fangen also besonders leicht in die Lage, berechtigten Entschädigungsanspruch zu erheben. Durch die Ausnahmestimmungen würden die Vorbestrafte, die schon jetzt in ihrem socialen Fortkommen schwer behindert sind, doppelt behindert und geschädigt werden.

Ganz ungeheuerlich ist ferner, daß Rechtsmittel gegen den Gerichtsbescheid über die Entschädigung-Gewährung ausgeschlossen bleiben sollen. Ebenso ist die Bestimmung unhaltbar, daß eine schon gezahlte Entschädigung mit Zinsen von Tage der Zahlung an zurückgefordert werden kann, sobald das Verfahren gegen einen außer Verfolgung Befreiten oder gegen einen Freigesprochenen wieder aufgenommen wird.

Der Reichstag wird eine gründliche Umgestaltung des Regierungsentwurfs vornehmen müssen, wenn er die Ansprüche der Berechtigten einigermaßen erfüllen soll.

#### Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus überwies am Freitag den Gesetzentwurf betreffend die Verpflichtung zum Besuch ländlicher Fortbildungsschulen in der Provinz Hessen-Rassau an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Der Entwurf wurde von allen Rednern sympathisch begrüßt, wenn auch von verschiedenen Seiten Einzelheiten bemängelt wurden. So forderten die Redner des Centrums die Erteilung des Religionsunterrichts in Fortbildungsschulen und die Verpflichtung zum Besuch nur bis zum 16. statt, wie es die Regierungsvorlage vorsieht, bis zum 18. Lebensjahre. Verschiedene andre Redner forderten die Ausdehnung des Gesetzes auf den ganzen Staat. Natürlich fehlte es auch nicht an dem bekannnten Argument, daß die Fortbildungsschule ein Heilmittel gegen das Wirtshausleben und die socialdemokratische Verführung sei. Diesmal war es der nationalliberale Abgeordnete v. Schenkendorff, der mit diesem Adenhiiter haufieren ging.

Ebenfalls einer Kommission überwiesen wurden die Gesetzentwürfe betreffend die Abänderung des Gesetzes über die ärztlichen Ehrengerichte, das Umlagerrecht und die Rassen der Reichskammern sowie betreffend das Ausführungsgesetz zum Reichsgesetz über die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten. Bei der Beratung des zuletzt genannten Gesetzes, das bei allen Parteien grundsätzliche Zustimmung fand, wurde u. a. auch auf die Notwendigkeit hingewiesen, energisichere Maßregeln zur Bekämpfung der Barmkrankheit zu ergreifen.

Am Sonnabend beginnt die zweite Lesung des Etats, und zwar kommt zuerst der Etat der Domänenverwaltung und der Forstetat zur Beratung.

#### Freiherr v. Seyl und der socialdemokratische Finanzminister.

Aus Zürich wird uns geschrieben: Mit dem geistigen Wissen und Können des Vormsler Leberbarons muß es doch sehr armüßig bestellt sein, daß er nun zum zweitenmal im Reichstag den socialdemokratischen Finanzminister des Kantons Zürich als Schredgespenst zur Diskreditierung der Socialdemokratie auspielt. Herr v. Seyl begeht damit wiederholt eine Leichtfertigkeit, für die es keine Entschuldigung giebt. Eine einfache Anfrage an das erstbeste bürgerliche Blatt im Kanton Zürich würde ihn darüber belehren, daß es hier für ihn nichts zu finden giebt zur Bekämpfung der Socialdemokratie. Der socialdemokratische Finanzminister Ernst ist ein Ehrenmann vom Scheitel bis zur Sohle und zur Führung seines Amtes vollsam befähigt. Er hat denn auch vor zwei Jahren bei der Erneuerungswahl des Regierungsrates von allen sieben Regierungsräten die höchste Stimmenzahl erhalten, wobei die Wahl, wie Herr v. Seyl vielleicht nicht weiß, durch die Gesamtzahl der ca. 100 000 Stimmberechtigten des ganzen Kantons erfolgt.

Als vor Jahresfrist Herr v. Seyl seine thörichte Antempfung unseres Genossen Ernst im deutschen Reichstage verübte, wandte sich die bürgerliche Presse der Schweiz entschieden dagegen, und im Kanton Zürich war es besonders die bürgerlich-demokratische „Zürcher Post“, welche den leichtfertigen Angriff energisch zurückwies. Und mit Recht. Niemand im ganzen Kanton fällt es ein, dem socialdemokratischen Finanzminister Ernst die seit Jahren vorhandenen Staatsrechnungs-Deficite zur Last zu legen, weil dies einfach Blödsinn wäre. Der ganze Staatshaushalt beruht auf gegenseitiger Grundlage, das Budget wird vom Kantonsrat beraten und genehmigt, desgleichen auch die Staatsrechnung. Der socialdemokratische Finanzminister hat da, wie jeder andre Minister auch, nichts andres zu thun, als die Beschlüsse des Parlaments auszuführen. Vor mir liegt der Bericht der Staatsrechnungs-Prüfungskommission an den Kantonsrat über die Staatsrechnung des Kantons Zürich vom Jahre 1902, in der vor allem die prompte Juststellung der Staatsrechnung durch den socialdemokratischen Finanzminister Ernst anerkannt, zugleich aber bedauert wird, daß die Berichte der übrigen Direktionen (Ministerien) verspätet eingingen. Kein einziges Wort im ganzen Bericht über ein persönliches Verschulden des socialdemokratischen Finanzministers Ernst an dem Deficit, obwohl die Kommission aus acht bürgerlichen Mitgliedern und nur einem Socialdemokraten besteht. Dagegen der Antrag an den Kantonsrat, die Staatsrechnung, die Rechnungen über den Separatfond, sowie die Fonds, welche vom Staate nur verwaltet werden, für das Jahr 1902 zu genehmigen, was inzwischen standlos auch geschehen ist.

Herr v. Seyl hätte schon Ende Dezember 1902 Gelegenheit gehabt, in aller nächster Nähe über die Thätigkeit des socialdemokratischen Finanzministers Ernst und die Ursachen der Zürcher Staatsrechnungs-Deficite sich zu unterrichten, denn zu dieser Zeit erschien in der „Frankfurter Zeitung“ ein Artikel ihres Zürcher Mitarbeiters, in dem als eine der Hauptursachen der Deficite die Steuerdefraudation angeführt und sodann weiter gefogt wird: „Wir haben in den letzten zehn Jahren einen sehr noblen, aber auch für den Staat sehr kostspieligen Finanzausgleich zwischen Kanton und Gemeinde — etwas vorteilhaft — durchgeführt, der den Staat verpflichtet, den Gemeinden für ihre Ausgaben für Straßen- und Wasserbauten, Straßenunterhalt, Schul- und Armenvereine reichliche Beiträge zu entrichten; diese Beiträge bemessen sich nach dem Steuerfuß und dem Steuerkapital der Gemeinden. Je höher jener und je kleiner dieses, desto größer die Beiträge. Es leuchtet ein, daß bei diesem sinnreichen System die Gemeinden — und in ihren Händen liegt hauptsächlich die Steuererhebung — ein Interesse an der Steuerdefraudation haben. So kommt es, daß notorisch reiche Gemeinden auf unglücklich hohem Steuerfuß leben, um den Staat recht tüchtig schröpfen zu können.“

Diese an sich ja recht gute, aber für die Staatsfinanzen verhängnisvolle Ausgleichspolitik, welche übrigens wiederum kein socialdemokratisches, sondern ein bürgerliches Werk, ist also eine weitere Ursache der Deficite. Den Steuerbetrag der Klaffgenossen des Herrn v. Seyl charakterisiert ja die „Zürcher Post“ selbst in wenigen Worten ganz zutreffend. Dafür nur ein Beispiel. In einer Gemeinde am Zürchersee verleiht ein reicher Fabrikant mit einem sehr lukrativen Unternehmen, das noch an verschiedenen andern Orten Filialen besitzt, der ferner eine prächtige, wahr-

haft fürstliche Villa bewohnt, ein Jahreslohn von nur 4000 Franken! Die Steuerkommission aber, die einen solchen schamlosen Schwindel und Steuerbetrug billigt und so zum Mitschuldigen wird, besteht wiederum aus lauter Klaffgenossen und Gefinnungsfreunden des Herrn v. Seyl.

Wenn der Vormsler Leberbaron nach alledem seine Angriffe auf den socialdemokratischen Finanzminister Ernst wiederholen sollte, würde er sich der böswilligsten und hartnäckigsten Verleumdung schuldig machen.

#### Vom Hereros-Krieg.

Oberleutnant v. Jälow hat folgende Telegramme aus Oshandja durch Karabis gelangen lassen:

20. Januar. Ich halte Oshandja seit 15. nach heftigem Kampf mit 200 Mann besetzt und kann mich noch einige Zeit halten. Ich warte auf Geschütze und erbitte Abtheilung Artillerie. Ein schwaches Windhuler Entsagecorps mit Maschinengewehr ist am 12. und 13. zurückgeworfen worden, es sollen hierbei acht Reservisten gefallen sein, Namen unbekannt. Die Verbindung mit Windhuk ist völlig zerstört. Um rickwärtige Verbindung herzustellen und um nachkommende Militärtransporte sicher herzubringen, ist heute mit 70 Mann Eisenbahnfahrt nach Karabis versucht worden; eingehender Bericht geht heute ab.

21. Januar. Gestern nachmittag bei Natwalerasane (zwischen Walbau und Dlassie) heftiges Gefecht der von mir mit Eisenbahn vorgeführten etwa 70 Mann starken Abtheilung, die rückwärts Verbindung suchen sollte. Unsererseits 4 Tote, 3 leicht Verwundete (Namen nicht gemeldet), feindlicher Verlust wird auf 20 bis 25 Tote geschätzt. Da 20 m lange Brücke zerstört, versuche ich durch sichere Eingeborene Nachrichten nach Karabis zu senden. Oberleutnant v. Jälow hat weiter gemeldet, daß sich bei Oshandja Rassen mit Hereros vereinigt haben. (Mit Rassen werden hier die westlich Omaruru angesiedelten Bergdamaras gemeint sein.)

#### Ostasien.

„Daily Graphic“ berichtet, daß der endgültige Entwurf der russischen Antwortnote an Japan am Mittwoch fertiggestellt und vom Zaren gebilligt, aber noch nicht amtlich überreicht wurde; jedoch sei ihr Inhalt dem japanischen Gesandten in Petersburg Kurino mitgeteilt worden, der ihn seiner Regierung übermittelte. Diese habe ihn dann am Donnerstag den betreffenden Mächten zugehen lassen. Die Note sei höflich gehalten, lehne es aber in bestimmten Ausdrücken ab zu gestatten, daß in dem Entwurf eines Vertrages die Klausel wieder eingefügt werde, welche die Integrität und Unabhängigkeit Chinas verbürgt, woraus Japan besche. Diese letzte Note Russlands sei eine Ablehnung der japanischen Forderungen, und schlicke die Verhandlungen. Wenn die Note amtlich überreicht sei, werde Japan wahrscheinlich dem russischen Gesandten in Tokio Baron v. Rosen die Mitteilung überreichen, Japan habe keine andre Alternative, als zur Verteidigung seiner durch die fortgesetzten russischen Okkupationen der Mandchurie bedrohten Interessen zu den Waffen zu greifen. Gleichzeitig dürfte der Gesandte Kurino angewiesen werden, seine Pässe zu verlangen. Inzwischen haben die mittlerweile in Colombo eingetroffenen japanischen Kreuzer „Mitschin“ und „Kafuga“ Befehl erhalten, nach Singapur weiterzugehen, wo ihre Befehlungen im Kriegsfall abgelohnt und die Schiffe selbst liegen bleiben werden.

„Times“ wird aus Tokio gemeldet: Die japanische Regierung wird unverzüglich eine fünfprozentige innere Anleihe von 100 Millionen Yen zum Kurse von 95 Proz. auf einen Zeitraum von fünf Jahren begeben. Sie wird ferner die kommunalen Grundsteuern dem Schatzamt zuweisen, die 25 Millionen Yen ergeben, und die Einkommen- und Zudersteuer erhöhen, wodurch ein Mehr von 15 Millionen eingetommen würde, während sie weitere 40 Millionen Yen durch Ausschließung aller nicht dringenden notwendigen öffentlichen Arbeiten und durch Erhöhungen in der Verwaltung aufbringen würde. Die gesamte Erhöhung der Einnahmen aus diesen Quellen im Betrage von 80 Millionen Yen jährlich soll in erster Linie zur Sicherung des Dienstes der Kriegsanleihen verwendet werden.

Demselben Blatte wird aus Peking berichtet, der Panne-general der Mandchurie Tjeng-shi habe dem Auswärtigen Amt telegraphiert, daß die russischen Behörden ihn aufgefordert hätten, 500 Wagen für dringende militärische Zwecke zur Verfügung zu stellen. Das Auswärtige Amt habe sofort geantwortet, da China sich entschlossen habe, strikte Neutralität zu wahren, dürfe Tjeng-shi die Wagen nicht liefern.

#### Deutschen Reich.

Erklärung. Genosse Schippel bezeichnet den von mir verfaßten Bericht über seinen im dritten Wahlkreise gehaltenen zopolitischen Vortrag als irreführend, weil der Bericht die vom Genossen Schippel vorgetragene Anschauungen der parlamentarischen Mehrheit als Schippels eigene Anschauungen erscheinen lasse.

Hierzu erlaube ich mir die Bemerkung: Wenn Genosse Schippel in seinem Vortrag gefogt hätte, daß er nur gegnerische Anschauungen vortrage, mit denen er sich nicht identifiziere, dann wäre es mir gewiß nicht eingefallen, den Raum des „Vorwärts“ mit einem anderthalb Spalten langen Bericht zu belasten. So wie der Vortrag gehalten wurde, mußte er meiner Ansicht nach bei jedem aufmerksamen Zuhörer die Meinung erwecken, als ob Genosse Schippel als seine eigene Meinung Anschauungen vortrug, welche im Gegensatz stehen zu den Grundfähen, die bisher die Haltung unserer Partei in zopolitischen Fragen bestimmten. Das veranlaßte mich, einen ausführlicheren Bericht zu schreiben, der ja, wie das bei der gedängten Zusammenfassung eines zweifelhafteigen Vortrages nicht anders sein kann, in mancher Hinsicht unvollkommen ist, aber doch in der Hauptsache das wiedergiebt, was Genosse Schippel hauptsächlich gefogt hat. Wenn das irreführend ist, dann hat niemand anders als der Genosse Schippel diese Irreführung verschuldet. Ein so gewandter Redner, wie der Genosse Schippel einer ist, hätte sich doch durch einen einzigen Satz davor schützen können, daß von ihm vorgetragene gegnerische Anschauungen als seine eigenen aufgefaßt werden könnten. Er hat das nicht gethan, und hat also — gewiß ohne Absicht, aber doch nicht ohne Verschulden — eine stark besuchte Veranstaltung mit Einschluß des Berichterstellers irreführend, und damit auch zur Irreführung der Leser des „Vorwärts“ Veranlassung gegeben.

G. Reine.

Oberstleutenants-Gehälter. Luzus im Herre. Neue Militärvorlage.

In der Budgetkommission des Reichstages erfüllte am Freitag der Kriegsminister sein Versprechen, über die zu erwartende Militärvorlage bei der im nächsten Jahre bevorstehenden Erneuerung des Lutzunomats Auskunft zu geben. Auf seinen Wunsch wurden seine Darlegungen über diesen Gegenstand als vertraulich erklärt und die Geheimhaltung von der Kommission zugesichert. Es wird sich also erst später die Möglichkeit bieten, über die kommende Mehrbesetzung des Volkes ein Urteil zu fällen.

Das Centrum brachte eine Resolution ein, von der es sich eine Verminderung der Soldatenmishandlungen verspricht. Sie lautet:

Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zur Verhütung der Soldatenmishandlungen, insbesondere der hystematischen Mishandlungen, darauf hinzuwirken,

Dass in den Fällen des Militär-Strafgesetzbuches § 147, welcher die schuldhaft Verabreichung der Beaufsichtigung von Untergebenen mit Freiheitsstrafe und Dienstentlassung bedroht, gegen die für die Disziplin verantwortlichen Vorgesetzten die Strafverfolgung unmöglichlich eingeleitet wird.

Abg. Gröber führte aus: Die Zahl der Militärgerichts-Verhandlungen gegen Soldatensoldaten habe sich in den Jahren 1901 und 1902 folgendermaßen gestaltet: in Preußen 647 (1901), 656 (1902), in Sachsen 83 (1901), 68 (1902), in Bayern 17 (1901), 28 (1902), in Württemberg 23 (1901), 30 (1902). Vor allem sei beklagenswert, daß noch immer so viele Fälle langandauernder und systematischer Mißhandlungen vorkämen. Das sei nicht möglich, wenn der § 147 des Militär-Strafgesetzbuches scharf in Anwendung gebracht werde. Verurteilt worden sei aus § 147 im Jahre 1902 in Preußen nur in 26 Fällen (1901: 26), in Bayern in keinem Falle (1901: 0), in Sachsen 5 (1901: 5), in Württemberg 1 (1901: 0).

Die Kommission schloß sich in ihrer großen Mehrheit diesen Darlegungen ohne weitere Diskussion an. Nur die Abgeordneten Liebermann v. Sonnenberg und zwei Nationalliberale stimmten dagegen!

Schon im vorigen Jahre hat sich der Reichstag mit der Forderung der Regierung zu beschäftigen gehabt, den Oberstleutenants der Infanterie eine Gehaltszulage von 1850 M. und entsprechende Erhöhung des Soldatensoldaten und der Wohnungszulage zu gewähren. Es sollen dadurch die Ungleichheiten, die beim Aufsteigen der Offiziere bei den verschiedenen Waffengattungen bestehen, ausgeglichen werden. Der Referent, Abg. von Cern, ein früherer Oberst, trat für die Bewilligung der Vorlage ein. Der Korreferent, Abg. Sped. (C.), schlug die Ablehnung vor. Erhöht man jetzt die Gehälter der Oberstleutenants, dann würde das zu bedenklichen Konsequenzen führen. Wenn gefügt werde, der Offiziersrang bei der Infanterie sei unzulänglich, bei den anderen Waffen aber sei der Andrang wegen der besseren Aufstiegsverhältnisse in den höheren Stellen allzu stark, so müsse man dem in Verwaltungswege entgegenwirken, indem man die Offizierskandidaten der Infanterie überweise. Die Gehaltsverhältnisse der Oberstleutenants seien an sich zureichend, besonders im Vergleich mit entsprechenden Stellen in der Zivilverwaltung. Komme man jetzt zu einer Erhöhung, dann dürfe man auch die im gleichen Range stehenden Militärärzte nicht übergehen, bald würden dann auch die Regimentsärzte von der Marine eine Gehaltsaufbesserung fordern, und so könnte man zu einer Mehrtausende für die beim jetzigen Stande der Finanzen niemand die Verantwortung übernehmen könnte, zumal sie schwere etatrechtliche Bedenken gegen sich habe. Da im nächsten Jahre eine neue Militärvorlage zu erwarten sei, so könne man erst dann die ganzen Konsequenzen überschauen und dann auch vielleicht die Frage generell regeln.

Wie schon der Referent, so wies auch der Korreferent auf den steigenden Luxus im Offizierscorps und auf die vielen kostspieligen Uniformänderungen hin. Kriegsmilitärminister v. Cernin suchte die Forderung für die Oberstleutenants zu verteidigen und meinte, in der abnehmenden Mehrheit sei wohl mancher „im Grunde seines Herzens“ eigentlich doch für. Bei der Infanterie bestehe ein Mangel an Offiziersersatz, der bedenkliche Folgen haben könne. Einen eigentlichen Luxus in der Armee gäbe es nicht, höchstens einige luxuriös lebende Regimenter und einzelne luxuriös auftretende Offiziere. Es herrsche aber der Grundsatz, daß man sich immer nach dem Armeren richte, freilich habe man auch ein seines Gefühl dafür, „wenn einer, der es kann, sich aus Geiz oder andern derartigen Gründen zurückziehe“. Es seien freilich in den letzten 15 Jahren 33 Uniformveränderungen vorgenommen worden, aber sie hätten sich zum Teil auf dasselbe Objekt, z. B. den Heberrod bezogen; man habe eben „dem Hunde den Schwanz stückweise abgehakt“; das Ziel sei immer gewesen, die Bekleidung gleichmäßiger zu gestalten. Die Mäntelkappe im Falcot, die neueste Extramentenform, sei auf seine Verantwortung eingeführt, weil sie dem Offizier gestatte, sich im Winter dicker anzuziehen. Auch die Epaulieren auf den Mänteln habe er dem Kaiser vorgezogen, um eine bessere Unterzeichnung der Offiziere im Mantel zu ermöglichen. Er wolle allerdings zugeben, daß — es auch ohne diese Reuerung gegangen wäre!

Abg. Graf Orlova sprach die Debatte über den Luxus in der Armee weiter: die Offiziere könnten ihre Ehre vielfach nicht Offiziere werden lassen, weil das Leben in den Offizierscorps zu kostspielig geworden sei. Daran seien auch die vielen Uniformänderungen schuld; im übrigen trat er für die Regierungsvorlage ein, die er auch auf die Bezirkskommandeure ausgedehnt wissen wollte. Quarantenleutenant a. D. Abg. v. Wöhler forderte die Kommission auf, die „Sorgenfallen zu glätten“, die sich in die Gehälter der Oberstleutenants eingegraben hätten.

Auffallend saß verhielt sich sodann Abg. Dr. Spahn. Er fragte den Kriegsmilitärminister, wie es mit der Bemessung der Service- und Wohnungsgelder bei eventueller Bewilligung der Gehaltserhöhung für die Oberstleutenants gehalten werden solle. Darauf erklärte der Kriegsmilitärminister, daß er nichts dagegen habe, wenn man die Erhöhung dieser Gelder freigebe. Nachdem der Kriegsmilitärminister sodann noch vertrauliche Ausführungen über die zu erwartende neue Militärvorlage gemacht hatte, beantragte Abg. Dr. Spahn Vertagung der Verhandlung. Ihm widersprach der Abg. Webel, der bemerkte, die Erklärung des Ministers müsse von der Kommission so behandelt werden, als ob sie gar nicht abgegeben worden sei; man könne deshalb die Frage der Gehaltserhöhung für die Oberstleutenants noch erheben. Nachdem noch längere Zeit über die Geschäftsordnung debattiert worden war, wurde der Abschluß der Verhandlungen auf nächsten Mittwoch vertagt.

Es scheint demnach als, ob wir hier vor einem neuen Umfall des Centrums ständen. Die Anfrage des Abg. Dr. Spahn und sein Vertagungsantrag deuten darauf hin, daß er eine Verständigung mit der Regierung auf der Grundlage herbeiführen will, daß den Oberstleutenants der Infanterie (zunächst diesen!) die Gehaltserhöhung ohne Erhöhung des Soldatensoldaten und der Wohnungszulage gewährt werden soll. Die durchschlagenden Gründe derjenigen Parteigenossen gegen die Vorlage waren einer sofortigen Bewilligung allerdings schwere Hindernisse, auch bedarf vielleicht die Frage der „Gegendienst“ noch der Erörterung, deshalb die Vertagung der Entscheidung.

Die Bewilligung der Forderung der Regierung hat in der That die Folge, daß die Kosten für das Volk sehr erheblich sein werden und daß die Durchbrechung des bisher beobachteten Prinzips der Gehaltsbemessung (nach dem Amte) eine Flut von neuen Ansprüchen nach sich ziehen wird. Es würde aber ferner die Bewilligung ein helles Licht auf die Sparfahndungsmethode des Centrums werfen: ein paar Militärgerichts-Schreiber werden abgelehnt, 250 Oberstleutenants mit einer unverhältnismäßig großen Gehaltsaufbesserung beglückt! Man darf in der That gespannt darauf sein, ob und wie sich hier ein neuer „Kuhhandel“ entwickelt.

Russenskurs. Zum Königsberger „Geheimbunds“-Prozess wird der dortigen „Vorwärts“-Zeitung folgendes mitgeteilt: Die Wiedererhaftung des Russen Kowagrowski erfolgte auf Beschluß des Strafensatzes des Ober-Landesgerichts. Gegen die Verurteilung der vierten Strafkammer des Landesgerichts, durch welche die Freilassung Kowagrowski und des Stenographen Braun angeordnet war, hatte der Erste Staatsanwalt schon am folgenden Tage (17. Januar) Beschwerde erhoben, und dieser Beschwerde hat das Ober-Landesgericht unter dem 21. Januar in der Ernennung stattgegeben, daß beide Angeklagten der ihnen zur Last gelegten Handlungen nach wie vor dringend verdächtig seien und auch Kollisionsgefahr nach wie vor bestehe. Der Haftbefehl gegen Braun hat bisher noch nicht ausgeführt werden können. Braun war in der vorigen Woche nach Leipzig zum Krankenlazarett gereist und wurde in den ersten Tagen dieser Woche hier zurückgeliefert. Da er bis heute nicht eingetroffen, und sein Aufenthaltsort nicht zu ermitteln ist, besteht der Verdacht, daß er sich der Wiedererhaftung durch Flucht ins Ausland entzogen hat.

Väterchen ist dankbar. Die preussisch-russischen Grenzbezirke werden gegenwärtig mit russischen Truppen überschüttet. Jetzt ist dem Oberbürgermeister von Königsberg i. Pr. Körte durch den Regierungspräsidenten der russische Stanislaus-Orden zweiter Klasse überreicht worden.

Was für Verdienste hat Herr Körte um die Unterstüßung des Jarionus erworben? —

Als Mann der Zeit preist die „Deutsche Tageszeitung“ mit laun verhäutelt Hohn den Minister des Innern, Herrn v. Hammerstein. Es sei gar nicht daran zu denken, daß er zurücktreten werde; denn man „werde allerorts zugeben können, daß kaum ein Minister so in das jetzige System paßt wie er“.

Sehr böshaft und bitter, aber auch sehr zutreffend! Bisfig fügt das Organ des Bundes der Landwirte hinzu, der Minister habe ja auch gelegentlich antiagrarische Aeußerungen von sich gegeben; das habe aber nichts zu bedeuten, derartige „kleine Entgleisungen“, die rein auf dem Gebiet des rhetorischen Liegen, „pflegt man heutzutage nicht allzu tragisch zu nehmen“.

Das Ministerium des „falschen Jungenschlages“! —

In der Staats-Fortverwaltung waren nach der dem Abgeordnetenhaus zugegangenen Denkschrift für das Etatsjahr 1902 im ganzen 150 283 Arbeiter beschäftigt, die zusammen 10 306 941 Arbeitstage leisteten. Hierunter waren versicherungspflichtig bei fortstehenden Betriebs-Arbeitslosen 9083, bei Orts-Arbeitslosen oder Gemeindefällen 41 803. Die Zahl der Erkrankungen bei Betriebs-Arbeitslosen belief sich auf 1442, die Beiträge des Fortstehens auf 28 901 M., die Zahl der Erkrankungen bei anderen Klassen auf 3350, die Zahl der Beiträge auf 42 916 M. Die Betriebsunfälle betragen 1952, von denen 37 tödlich verliefen. In seiner Eigenschaft als Betriebs-Unternehmer wandte der Fortstehens hierfür 363 693 M. auf. Die Kosten des Heilverfahrens während der ersten 13 Wochen, soweit sie den fortstehenden Ortsbezirken zur Last fallen, betragen 29 156 M., die freiwilligen Unterstüßungen von Waldarbeitern und deren Hinterbliebenen 16 332 M., die Beiträge des Fiskus zur Unterstüßung von Waldarbeitern an Kassen, die nicht auf Grund gesetzlicher Bestimmungen errichtet sind, 32 157 M., aus dem Gruben-Pensionsfonds wurden 6313 M. gezahlt. Wieviel Reichtum der Fiskus aus den Arbeitern herangezogen hat, wird in der Denkschrift nicht mitgeteilt.

Die Furcht vor wissenden Zeugen. Gegen unser Mainzer Parteiblatt ist, wie erinnerlich, Auflage erhoben worden wegen Abdrucks aus dem Kriegsberichten des Generals v. Kretschman. Ein heftiges Regiment will durch die Schilderung der Vorgänge bei der Errichtung von Sens beleidigt sein.

Ein französisches Jahrbuch „France militaire“ fordert jetzt die Einwohner von Sens auf, die den Krieg von 1870 miterlebt haben, ihm über die damaligen Ereignisse Mitteilungen zu geben zu lassen.

Die „Tägliche Rundschau“ der Herren Kimpler (bekannt durch heldenhafte Kriegsführung gegen Schwertrank und v. Boguslawski) sagt höhnisch: „Vielleicht jetzt sich nun unsere sozialdemokratische Presse mit der französischen in Verbindung.“

Wir müßten nicht, warum das nicht geschehen soll. Die Einwohner von Sens sind doch die einzigen zuverlässigen Zeugen in dieser Frage; sie werden doch in treuer Erinnerung haben, was ihnen damals geschehen, und Meinerde werden doch sie ebenso wenig leiten, wie Soldaten und Offiziere des heftigen Regiments. Die „Tägliche Rundschau“ vertritt mit ihrer Kritik nur, daß sie wissende Zeugen bei der Feststellung der nach seinem Tode angegriffenen Wahrhaftigkeit eines ausgezeichneten preussischen Offiziers nicht zu haben wünscht.

Der Branddirektor in Brand. Wenn man die zahllosen staats-erhaltenden Artikel und Heberische Kreise, die der Geburtstag des Kaisers veranlaßt hat, so bemerkt man, daß alle die Patrioten in das illuminierte Schaufenster ihres Geistes gar nicht die Figur Wilhelm II. sondern ein Schauergepenst der Sozialdemokratie gestellt haben. Diese Geburtstags-Gratulationen scheinen für uns ein weit größeres Interesse zu haben als für den eigentlichen Gegenstand ihrer Huldigungen. Es gäbe ein prächtiges Buch zeitgenössischer Dummheit, wenn man mal ein paar hundert dieser Geburtstagsartikel und Geburtstagsreden gegen die Sozialdemokratie zusammenstellte.

Einen besonderen Ehrenplatz würde in dieser Sammlung die Rede des Hamburger Branddirektors Welfhale einnehmen, der bei der Feier des dortigen Arbeiter-Verbandes, den Geburtstag Wilhelm II. nicht besser und würdiger ehren zu können glaubte, als indem er die wunderfamlen Offenbarungen über den Dresdener Parteitag von sich gab. Dieser Republikaner erzählte:

„Wir alle haben die Verhandlungen des sozialdemokratischen Parteitag in Dresden verfolgt. Vielleicht mag es ja auch sein Gute haben, daß die sozialdemokratischen Parteiführer sich dort einmal gegenseitig die Nase gründlich vom Gesichte gerissen und vor aller Welt erklärt haben, daß sie keinen Gott, keine Religion, keinen Familienstamm, keine Vaterlandsliebe besitzen, und daß sie auch das ehrlche deutsche Manneswort, den Eid der Treue, nicht gelten lassen wollen.“

In Frankreich würde ein Mensch, der sein Vaterland in gleicher Weise schändete, wie es die Führer der deutschen Sozialdemokratie thun, auch unter seinen rotesten Genossen keine Geltung behalten können. Jedenfalls aber haben uns die Dresdener Verhandlungen wieder einmal so recht klar vor Augen geführt, welche tiefen Abgründe von Verlogenheit, Eitelkeit und dergleichen wir noch vielmehr als bisher danach streben müssen, unsere Kriegervereine, speziell auch unsere jungen Nachwuchs vor dem Gifte der Sozialdemokratie zu bewahren.“

Weil der Herr Branddirektor sich gerade an dem mangelnden Familienstamm der Sozialdemokratie entzündete, so requiriert das „Hamburger Echo“ die Feuerspritze und löst den patriotischen Brand des Mannes mit der Erinnerung, daß er einmal in der Redaktion des sozialdemokratischen Blattes vorstellig geworden sei, damit sie über gewisse unheimliche Vorkommnisse in der Familie des Branddirektors schweige. Das „Hamburger Echo“ erfüllte dann seinen Wunsch, und dieses Verhalten hat der Herr Branddirektor offenbar nun als sozialdemokratische Gleichgültigkeit gegen den Familienstamm aufgefaßt! —

Am Freitagn. In Breslau versuchten, wie der „Voss. Ztg.“ gemeldet wird, die beiden freimüthigen Gruppen eine Versammlung. Es wurde darüber in geheimer Sitzung verhandelt, unter Vorbehalt des Breslauer Oberbürgermeisters Vender. Ueber die Stellung zur Sozialdemokratie konnten sich indessen die Herren nicht einigen und man setzte deshalb eine zehngliedrige Kommission ein, die einen Programmtext auszuarbeiten soll.

Das Anti-„Simplicissimus“-Präsidium. Das bairische Abgeordnetenhaus hat jetzt ein rein kirchliches Bureau. Die liberalen Mitglieder haben, wie berichtet, demissioniert und auch die Wiederwahl abgelehnt.

Es ist schon, daß die Liberalen jetzt so feindselig gegen Verfalls Geschäftsordnungsbrüche sind; nur ernten sie, was sie säen. Im Reichstage haben sie ja das Centrum zu solchem Vorgehen ermutigt und durch ihre Beihilfe die präsidialen Bergewaltigungen im Zollkampfe erst ermöglicht.

## Ausland.

### Schweiz.

#### Vollversammlung.

Zürich, 29. Januar. (Fig. Ber.) Im Kanton Zürich findet am nächsten Sonntag eine Volksabstimmung statt über zwei Vorlagen, wovon die eine die Bereinigung von Schulgemeinden und die andre die Einführung von Vorklassen betrifft. Die erste Vorlage bezieht die Vereinigung von kleinen, kostspieligen und doch nicht leistungsfähigen Schulgemeinden zu größeren mit rationellem Schulbetrieb. Es herrscht auf diesem Gebiete im Kanton Zürich eine starke Zerstückelung. Auf 189 politische Gemeinden entfallen 351 Schulgemeinden, von denen 37 in allen sechs Schulklassen nur 9, 10, 11 bis 20 Schüler haben, wobei aber die Kosten des Schul-

betriebs so hoch sind wie in den größeren Schulgemeinden und womit besonders der Staat belastet ist. Das Gesetz gehört bis zu einem gewissen Grade zu jenen Maßregeln, durch welche die Finanzen des Kantons Zürich gebessert werden sollen. Die Vorlage wird von keiner Seite belächelt und dürfte daher angenommen werden.

Die Wiedereinführung der Vorklasse, die 1897 abgelehnt wurden, wird durch ein Initiativbegehren verlangt, dessen Urheber frühere und eventuell zukünftige Vorklassiker sind. Sie brachten dafür 5470 Unterschriften auf. Der Kantonsrat und die Regierung lehnen das Begehren einstimmig ab, und auch die sozialdemokratische Partei fordert in einem Aufruf zur Vertagung auf. Sie sagt darüber: „Die sogenannte Sittlichkeitsinitiative führt mit Unrecht diesen Namen. Unter dem Vorwande, der Moral und Volksgesundheit zu dienen, fordert sie, daß von Staatswegen die Wiedereinführung der Hurenhäuser bewilligt werde. Dadurch wird aber erfahrungsgemäß weder die Anstehungsgefahr für Geschlechtskrankheiten vermindert, noch die öffentliche Moral gehoben, noch die Jugend vor Verführung geschützt. Also irgendwelchen Nutzen brächte die Initiative dem Volke nicht, wohl aber den besagenden Zustand, daß dadurch das schändlichste aller Ausbeutergewerbe, dasjenige der Mädchenhändler und Hurenhandlanger, eigentlich patentiert würde.“

Vorausichtlich wird die Vorklass-Initiative verworfen werden.

### Abfassung des Genfer Antistreich-Gesetzes.

Genf, 24. Januar. (Fig. Ber.) Das berühmte Antistreich-Gesetz oder wie es offiziell heißt, das Gesetz über die Kollektiv-Konflikte, hat, wie seinerzeit berichtet, während des vorjährigen Nationalkongresses häufig Fiasco gemacht, nachdem es übrigens schon bei seinem Erlass bei der großen Mehrheit der Arbeiter auf entschiedene Ablehnung gestoßen war. Aus letzterem Grunde beantragten die sozialdemokratischen Vertreter im Großen Rat (Landtag) schon vor einiger Zeit die Wiedereinführung des verhassten Gesetzes und die Weisheit der bezüglichen Kommission beantragte dann auch demgemäß beim Großen Rat in seiner jüngsten Sitzung; allein die bürgerlichen Freunde desselben schienen sich von dem Beschluß nicht trennen zu können und so meinte der radikale Majorität, man könnte das Gesetz ja „verbessern“ und der Staatsratspräsident Day sprach im Namen der Regierung für Vertagung der Entscheidung, wohl nach dem Grundsatz: Zeit gewonnen, alles gewonnen. Die Vertagung wurde auch beschlossen, aber sie bedeutet nur die längere Aufrechterhaltung eines verhassten und die Arbeiter erbitternden Gesetzes, das schließlich doch fallen muß.

### Belgien.

#### Der Kampf um die Schule.

In der belgischen Kammer wird schon seit einigen Tagen über das Budget des öffentlichen Unterrichts verhandelt. Die Sozialdemokraten und die Liberalen fordern die Einführung des obligatorischen konfessionslosen Unterrichts. Vandevelde hielt eine glänzende Rede, in welcher er die jetzt herrschenden traurigen Schulzustände geißelte. Er wies auf die große Zahl der Analphabeten hin und verglich damit die Kriminalität, die er zum großen Teil auf den Mangel an Schulunterricht zurückführt. Belgien weist von den europäischen Staaten, bezüglich der Analphabeten, mit die ungünstigsten Ziffern auf. 13 Prozent der Rekruten können weder lesen noch schreiben, 45 Prozent lesen, schreiben und rechnen und 12 Prozent haben einen höheren Unterricht erhalten. Auf dem Lande, so führte Vandevelde aus, verlassen die meisten Kinder im 11. oder 12 Jahre die Schule; das wenige, was sie gelernt haben, haben sie bald wieder vergessen und vermehren die Zahl der Analphabeten. In der vorangehenden Sitzung hatte der Unterrichtsminister versucht, zu beweisen, daß in gewissen Ländern mit obligatorischem Schulunterricht die Zahl der Analphabeten ebenfalls sehr bedeutend sei. Vandevelde antwortete ihm, indem er folgende Zusammenstellung aufstellte: In Deutschland kamen auf 1000 Rekruten 0,7 Analphabeten; in Schweden 0,8; in Dänemark 2; in der Schweiz 29; in Holland 23; in England 37; in Frankreich 46; in Belgien 101. Nach Belgien kommt nur noch Italien mit 338 und Rußland mit 617. Im Schluß seiner Rede stellte Vandevelde die baldige Koalition zwischen den Sozialdemokraten und den Liberalen in Aussicht; die, ohne dabei ihr Programm und ihre Prinzipien aufzugeben, sich verbinden müßten, um die Macht der Merkanten zu brechen, das allgemeine Wahlrecht und den obligatorischen Schulunterricht zur Einführung zu bringen. Langendonk (Socialist) verlangte die Einrichtung von Schulfamilien, wie das in der freien Schule zu Löwen mit gutem Erfolge geschehen sei. Der Führer der Merkanten, Herr Wofse, machte die Angriffe abzuwehren und lang den Merkanten eingerichteten „freien“ Schulen, hohe Lohndienste. Nur das wenig an Freiheit gewohnte Deutschland habe sich dem obligatorischen Schulunterricht unterworfen; der weltliche Schulunterricht allein genüge nicht, die Kinder müßten durch die Religion und Moral eine Stütze finden. In Deutschland habe der obligatorische Schulunterricht zum Sozialismus geführt und in Frankreich seien mehr Streiks zu verzeichnen gewesen als in Belgien. Die Debatten werden fortgesetzt.

### Norwegen.

Die Arbeitslosen vor dem Storting. Eine von ca. 800 Arbeitslosen in Christiania gewählte Deputation erschien am 27. Januar, nachmittags, vor der Präsidialität des Storting, um Hilfe gegen die immer noch erschreckend umfangreiche Arbeitslosigkeit zu fordern. In der dort verlesenen Resolution der Arbeitslosen wird verlangt, daß Staat und Kommune Arbeiten ausführen lassen, nicht allein um der Not der Arbeitslosen entgegenzuwirken, sondern auch um einen notwendigen Regulator gegen die wachsende und planlose, bald übertrieben forcierte, bald teilweise eingestellte Produktion zu schaffen. „Wir hungern und leiden“, heißt es am Schluß der Resolution, „aber wir bitten nicht um Varmherzigkeit, wir verlangen Gerechtigkeit.“

Es ist dies bereits das dritte Mal im Laufe der letzten Jahre, daß sich die Arbeitslosen in dieser Weise an das Storting wenden. Wie früher, so versprach der Präsident auch diesmal, daß die Sache im Thing ernstlich erwogen werden sollte. Mehrere der vom Vorsitzenden der Deputation Kaiser Vinja vorgeschlagenen Maßnahmen standen bereits zur Beratung im Storting.

### Italien.

#### Ein Geschenkwurf über die bedingte Beurteilung.

Rom, den 26. Januar. Der italienische Rechtsgelehrte und Abgeordnete Lucchino hat in der Kammer einen Geschenkwurf über die bedingte Beurteilung eingereicht, weil er augenscheinlich dem Versprechen des Ministers Mancini ein solches Projekt demnächst vorzulegen, nicht übertrieben viel Glauben beimah.

Folgende sind die Hauptpunkte des Entwurfs: Die Richter sind ermächtigt, Minderjährigen unter 14 Jahren, die ein leichtes Verbrechen begangen haben, die Abhängung der Strafe zu erlassen und ihre Aufnahme in neue, nach modernen Prinzipien zu gründende Besserungsanstalten zu verfügen.

Minderjährige unter 18 Jahren dürfen in den Strafanstalten nicht mit Erwachsenen gemeinsam interniert werden.

Die Richter sind befugt, den Strafvollzug aufzuschieben, wenn es sich um eine nicht vorbestrafte Persönlichkeit und ein leichtes Verbrechen handelt. Nach kurzer Zeit guten Verhaltens tritt an Stelle des Strafverfahrens die völlige Amnulation des Urteils und seiner Rechtsfolgen.

Schließlich enthält der Entwurf Vorschläge zur Erleichterung der Rehabilitierung (der Auslösung einer Vorstrafe aus den Dokumenten eines Verurteilten) und legt fest, daß der diesbezügliche Antrag nicht veröffentlicht werden darf.

### Ein mißglückter Versuch.

Rom, 27. Januar. (Fig. Ber.) Am 24. und 25. Januar haben sich in Turin Abgeordnete und Senatoren versammelt, um die Basis einer neuen liberalen Partei zu entwerfen. Es handelte sich um die Verwirklichung des schon vor Zanardellis Tode gefaßten Planes, seiner Partei eine Spitze in der

Richtung nach links zu geben. Nur hätte man den Grundgedanken etwas verengt: ursprünglich sprach man von einer konstitutionellen Oppositionspartei, später mehr von einer Art heiligen Allianz gegen den Umsturz; das oppositionelle Element gegen das Kabinett trat immer mehr in den Hintergrund. Trotzdem machte die Regierungspresse der Zusammenkunft kein freundliches Gesicht und freute sich jetzt herzlich über das Fiasko.

Von 90 Senatoren und 125 Abgeordneten, die ihren Beitritt versichert hatten, waren nur 20 Senatoren und 35 Abgeordnete erschienen, die letzteren fast ausschließlich Janardelliner. Cerebet hat man viel und Beschlässe gefaßt über die konstitutionelle Propaganda, die meridionale Frage, über die Schulfrage und noch Verschiedenes. Hinter der spärlichen Versammlung steht keine Partei und es lohnt nicht, sich mit ihren Beschlüssen zu befassen. Der mißglückte Versuch hat noch einmal gezeigt, daß Parteien nicht dadurch gegründet werden, daß man mit Programmsätzen eine Härde abzieht und dann die Menschen hineinstößt, sondern daß vitale Parteien entstehen nur als ein Ausdruck realer und wenigstens zum Teil betraugter Interessen gesellschaftlicher Gruppen oder Schichten. Die Herren in Turin fanden, daß das Etikett: „liberale Partei“ in Italien augenblicklich keine Verwendung fand und wollten dem Namen zu einer Partei versehen. Ganz so einfach ist aber die Sache denn doch nicht. —

#### Amerika.

Ein amerikanisches Protektorat über San Domingo. Das „Bureau Laffan“ meldet: Die Vereinigten Staaten dürften in nicht ferner Zeit ihr Protektorat über die Republik San Domingo erklären. Wichtige Einflüsse sind am Werk, um den Präsidenten Roosevelt zu diesem Schritt zu veranlassen, der jedoch nicht vor der Ratifikation des Panamalanal-Vertrages erfolgen wird. Im Hafen von San Domingo liegen drei amerikanische, zwei deutsche und ein französisches Kriegsschiff. Die Regierung in Washington weiß bereits, daß jedes Vorgehen ihrerseits, wie drastisch es auch sei, das die Herstellung der Ordnung und die Begründung einer festen Regierung in der unruhigen Republik zum Zweck hat, von europäischer Seite keinen Widerstand finden wird. —

## Aus Industrie und Handel.

Generalversammlung der Eisenbahnen Bergwerks- und Metallgesellschaft. In der heute hier abgehaltenen Generalversammlung, in der ein Kapital von 35,4 Millionen Mark durch 36 Aktionäre vertreten war, wurde ohne Debatte die Erhöhung des Aktienkapitals von 60 auf 90 Millionen Mark genehmigt, die bekanntlich in der Hauptsache zum Erwerb der Rüge der Gewerkschaft „Vereinigte Hamburg und Franziska“ sowie der Gewerkschaft „Prinz Adalbert“ dienen soll. Ferner wurden als Männer des Vertrauens der „Schaffhausen-Dresdener Bankkoalition“ die bekannten rheinischen Kohlemagnaten H. Thyssen und S. Stinnes in den Aufsichtsrat gewählt.

Charakteristisch für die Stellung, die beide in der Eisenbahnen-Gesellschaft einzunehmen gedenken, ist, daß Herr Thyssen die Förderung auspricht, daß künftig, wenn sich wieder Geldbedarf einstellen sollte, die Mittel nicht durch Verneuerung des Aktienkapitals, sondern durch Begebung von Obligationen beschafft würden. Die Herren Thyssen und Stinnes vertreten nämlich in der heutigen Generalversammlung beinahe 18 Millionen Mark Aktien, und da ihnen noch 2 1/2 Millionen Mark des A. Schaffhausen'schen Bankvereins zugehört werden können, hatten sie die entscheidende Majorität, die sie auch künftig noch oft haben dürften. Eine noch weitere Verneuerung des Aktienkapitals könnte aber dieser Position leicht hinderlich werden.

Berliner Kassenverein. Die wirtschaftliche Vesserung, die sich im letzten Jahr, besonders in seiner zweiten Hälfte, vollzogen hat, kommt auch in dem soeben von der Bank des Berliner Kassenvereins veröffentlichten Geschäftsbericht für 1903 zum Ausdruck. „Wie das gesamte Geschäftsleben“, heißt es in dem Bericht, „so hat auch unsere Tätigkeit, insbesondere unser Inzasso und unsere Abrechnung im Jahre 1903 wiederum einen bemerkenswerten Aufschwung genommen, so daß das Berichtsjahr bezüglich der Höhe der Einkünfte, von welcher unsere Umsätze ausschlaggebend beeinflusst werden, mit über 15 1/2 Millionen Mark nur von den drei Jahren 1898/1900 übertroffen wird und die Periode des Niederganges der Jahre 1901 und 1902 überwunden zu sein scheint; insbesondere war entsprechend der Entwicklung der Börsenkurse im letzten Quartal eine erhebliche Zunahme der Einkünfte festzustellen, welche nach der Stückzahl zu bemerken. Wie die später folgenden Tabellen des näheren ersehen lassen, hat der Inzasso-Verkehr etwa 10 Proz. gegen das Vorjahr zugenommen.“

Die Zahlen des Inzasso-Verkehrs und der Gesamt-Umsätze betragen diese Ausführungen. So betrug z. B. das Gesamt-Inzasso in Millionen Mark:

	Dabon am Ultimo		An sonstigen Tagen	
Jahr	1903	1902	1901	1900
1903	15 125	5047 = 33 Proz.	10 078	= 67 Proz.
1902	13 913	4643 = 33	9 270	= 67
1901	12 604	3814 = 30	8 790	= 70
1900	16 841	4730 = 28	12 111	= 72
1899	18 210	5297 = 29	12 913	= 71
1898	15 177	4492 = 30	10 685	= 70

Ebenso sind die Gesamtumsätze gestiegen, und zwar von 35,9 Milliarden auf 38,6 Milliarden. Diese Zahlen werden nur in den zwei Jahren 1899 und 1900 übertroffen. An diesen erhöhten Umsätzen ist der Inzassoverkehr mit 1,2 Milliarden und der Giroverkehr mit rot. 1 Milliarde beteiligt. Es betrug der Gesamtumsatz in Ein- und Ausgang zusammen (in Millionen Mark):

	1903	1902	1901	1900	1899
Inzasso	88 611	35 981	34 210	41 858	42 855
Giroverkehr	395	355	362	399	427
Inzassoverkehr	15 125	13 913	12 604	16 841	18 211
Giroverkehr	16 863	15 384	15 115	15 241	17 264
Reichsbankverkehr	6 728	6 229	6 120	6 378	6 953

Ferner in:

	1903	1902	1901	1900	1899
Inländischen Wechseln	83,48	85,04	89,46	88,16	88,05
Lombards	101,15	82,23	77,33	96,27	128,25

Die Getreide-Ernte der Vereinigten Staaten von Amerika im Jahre 1903. Das Ackerbau-Bureau der Vereinigten Staaten von Amerika veröffentlicht seine Schlusschätzung der Ernten des Landes im Herbst 1903. Danach sind die Erträge des Ackerbaues im ganzen gut, wenn auch nicht außerordentlich günstig ausgefallen, obgleich die Aussichten für die Ernte im Laufe des Jahres vielfach nicht ermutigend waren, weder während der Zeit der Aussaat, noch in der Periode des Wachstums. Kamentlich für die Weisernte war die Versorgung groß, denn die Aussaat dieser Frucht wurde in beträchtlichen Gebieten durch übermäßigen Regenfall verzögert, und ihr Wachstum in der ersten Zeit durch fortgesetztes kaltes Wetter sehr behindert. Glücklicherweise kamen während der verspäteten Reifezeit des Weises Fröste nur auf sehr beschränkten Gebieten vor und thaten der Ernte wenig Schaden, so daß sie zwar spät, aber ziemlich reichlich und gut eintraf. Der Ertrag der Weisernte wird für 1903 auf 224 Millionen Bushel (1 Bushel = 35,24 Liter) veranschlagt gegen 223 Millionen in dem zu den besten Weisjahre zählenden Vorjahre und gegen 1522 Millionen in dem schlechten Erntejahre 1901. — Die Haferernte blieb zwar hinter dem ausnahmsweise guten Ertrag von 1902 zurück, war aber trotzdem eine gute Mittelernte, die den Vergleich mit denen früherer Jahre aushält; der Haferertrag wird auf 784 Millionen Bushel geschätzt gegen 687 im Vorjahre, 738 für 1901 und 809 für 1900. — Die Weizen-ernte fiel nicht ganz so günstig aus, wie man anfänglich vermuten konnte; es wurde angenommen, daß sie der vorjährigen gleichkommen

würde, das Ackerbau-Bureau setzt sie indessen um 33 Millionen Bushel niedriger als jene an, nämlich mit 637 Millionen gegen 670 für 1902 und 748 für 1901.

Die Erträge der fünf Hauptgetreide-Arten waren 1903 im Vergleich zu den drei Vorjahren:

	1903	1902	1901	1900
Weizen	2 244 177	2 523 648	1 522 520	2 105 108
Weizen	637 823	670 063	748 400	522 229
Hafer	784 004	987 843	739 809	909 126
Gerste	131 861	134 954	109 983	58 926
Roggen	29 863	83 631	89 345	23 006
Summe	3 827 318	4 360 139	3 167 067	3 519 880

Die Gesamtmenge des geernteten Getreides ist hiernach 1903 gegenüber der außerordentlich reichen vorjährigen Ernte um 523 Millionen Bushel geringer, aber gegenüber den knappen Erträgen von 1901 um 670 Millionen Bushel reichlicher ausgefallen.

Außer der Größe der Ernte gestaltete sich auch der Preis des Getreides für die Farmer günstig. Die Durchschnittspreise für Weizen, Hafer und Roggen waren um einige Cent höher als im Vorjahre und auch im allgemeinen höher als in den fünf Vorjahren mit Ausnahme des ungünstigen Erntejahres 1901. Die durchschnittlichen Preise für den Bushel der verschiedenen Getreidearten im Jahre 1903 und den vier Vorjahren sind in nachstehender Tabelle zusammengestellt:

	1903	1902	1901	1900	1899
Weizen	60,5	63,0	62,4	61,9	58,4
Roggen	54,5	51,4	55,7	51,2	51,0
Hafer	31,1	30,7	30,9	25,8	24,9
Gerste	45,9	45,9	45,2	40,8	40,3
Weizen	42,5	40,3	60,5	35,7	30,3

Die Höhe der Preise gleich demnach den Ausfall in der Menge der geernteten Früchte gegenüber dem Vorjahre zum größten Teil aus. Der Wert der gesamten Getreide-Ernte berechnet sich unter Zugrundelegung dieser Durchschnittspreise 1903 auf 1 739 715 476 Pfd. Sterl. gegen 1 821 805 745 Pfd. Sterl. für das Jahr 1902.

Die Stellung der englischen Eisenindustriellen zu Chamberlains Zollplänen. Die erfolgreiche Konkurrenz der deutschen und amerikanischen Eisenindustrie auf dem englischen Markt hat die englischen Eisen- und Stahl-Industriellen, die einst neben den Baumwollkönigen am meisten für den Freihandel schwärmten, sehr sänft zu schützöllnerischen Ansichten bekehrt. Das englische Hochblatt „Promonger“ hat kürzlich an seine Leser die Frage gerichtet, wie sie sich zu den Chamberlainschen Schutzplänen stellen. Von den zahlreichen eingelaufenen Antworten, die zum weitestgehenden Teil von Eisenindustriellen und nur zu einem mäßigen Teil von Eisenhändlern herrühren, sprechen sich nur ca. 43 Proz. für das Freihandelsystem, ca. 54 Proz. aber für Schutzzölle aus, während 3 Proz. die Frage als unentschieden betrachten. Die Fabrikanten erklären sich mit 71 gegen 29 Proz. für Schutzzölle, die Inhaber kleinerer Eisenhandlungen meist für Freihandel. Gegen eine Verzollung von Rohungsmitteln, dagegen für einen Zoll auf ausländische Waren (ohne Rohungsmittel und Rohmaterial) entschieden sich 70,9 Proz., dafür waren 19,8 Proz. und unentschieden waren 0,3 Proz. Für Besteuerung von Rohungsmitteln und fabrizierten Waren, also für Chamberlains Pläne, waren 34,2 Proz., dagegen 67 Proz. und unentschieden 18,8 Proz.; ferner sind für Schutzzölle im allgemeinen 20,9 Proz., dagegen 57,7 Proz. und unentschieden 21,4 Proz.

## Gewerkchaftliches.

### Lohnkampf und Kirche.

Während des Kampfes in Crimmitschau trat bekanntlich der Pfarrer Schink dortselbst in einem Briefe an die „Christliche Welt“ „objektiv“ auf die Seite der Fabrikanten. Als seine Haltung Anfechtung erfuhr, beschleunigte ihm die Fabrikanten seine „Objektivität“, indem sie diesen Brief zu ihrer Rechtfertigung in Crimmitschau als Flugblatt verbreiten ließen. Als dann dennoch von verschiedenen Seiten über die Haltung des Herrn Pfarrer Schink der Stad gebrochen wurde, traten seine Crimmitschauer Amtsbrüder schlagend neben ihn, und man erlebte das Schauspiel, daß die Vertreter der Kirche in ganz Crimmitschau geschlossen für die Unternehmer und einzig gegen die Arbeiter auftraten.

Natürlich mußte solch ein Verhalten notgedrungen zu einer Reaktion führen. In Crimmitschau kam es zu Austritten aus der Landeskirche und in einer großen Anzahl von Versammlungen im Reiche wurde das Verhalten der Crimmitschauer Pastoren heftig getadelt. Eine Anzahl sozial denkender Pfarrer trat ja Herrn Pfarrer Schink sofort entgegen, andre lotete die Gefahr für die Kirche, die durch dasselbe entstanden war, an die Öffentlichkeit.

So ist es auch in Dortmund gewesen, wo eine Versammlung das Verhalten der Kirche in Crimmitschau ebenfalls in einer Versammlung angegriffen worden war. Das veranlaßte Herrn Pfarrer Traub, in der letzten Sitzung des sozialdemokratischen Vereins zu erscheinen, und dort folgende Ausführungen zu machen:

„Ich habe in der „Arbeiter-Zeitung“ gelesen, daß in voriger Versammlung die Kirche scharf angegriffen ist, dies ist auch heute Abend von einem Redner geschehen, wobei ich bemerke, daß durchaus sachlich verhandelt worden ist. Ich hielt es aber für feig, wenn ich hier nicht erscheinen wollte, um die Kirche zu verteidigen. Vorweg sei bemerkt, daß ich den Brief des Herrn Pfarrer Schink verurteile. Ich bedauere aber sehr, daß Sie Urteile aus dem Vorgehen der Pfarrer in Crimmitschau verallgemeinern. Ich weiß, daß viele Pfarrer auf Seite der Arbeiter standen. Von dem Augenblick an, wo die Regierung die Wage zu Gunsten der Unternehmer drückte, war die Sympathie auf Seite der ausgesperrten Weber. Die evangelischen Arbeiter haben für die Crimmitschauer gestimmt. Der Pfarrer hat meiner Meinung nach in Streik z. z. sich absolut neutral zu verhalten, im weiteren aber soll der Pfarrer soziale Bestrebungen unterstützen. Darum bedauere ich nochmals schmerzlich die Stellungnahme des Pfarrers Schink, und ich bitte, das Urteil nicht zu verallgemeinern. Denken Sie daran, daß es uns Pfarrern oft sehr schwer gemacht wird. Ich verstehe den Haß im Kampfe gegen die Kirche, aber ich bedaure denselben sehr. Ich spreche die Kirche nicht vollständig frei, aber bedenken Sie, daß durch den Haß gegen die Kirche den Pfarrern sehr schwer gemacht wird, sozial zu wirken.“

Im Verlaufe der Diskussion ergriff Herr Pfarrer Traub dann noch einmal das Wort und sagte:

„Daß ein Pfarrer Streikbrecher werden kann, ist mir vollständig unbegreiflich. Nicht richtig ist, daß die Kirche der Sozialdemokratie den Krieg erklärt hat, es war umgekehrt. Daß die Kirche Fehler gemacht hat, gebe ich zu, aber das rechtfertigt nicht den Angriff auf die ganze Institution. Der Hauptpunkt ist: Ist die Kirche ein Instrument des Klassenstaates, dann ist sie nicht christlich! Ich nehme für mich und die Mehrzahl meiner Amtsbrüder in Anspruch, daß die evangelische Kirche kein reines Instrument des Klassenstaates ist.“

Alle Achtung vor dem Standpunkt, den Herr Pfarrer Traub gegenüber dem wirtschaftlichen Kampfe einnimmt. Wie find mit ihm der Ueberzeugung, daß dies auch der Standpunkt der christlichen Religion sein müßte. Aber Herr Pfarrer Traub irrt, wenn er meint, es sei der Standpunkt der Kirche und die Kirche sei kein Instrument des Klassenstaates. Es giebt zwar einen christlichen Glauben, aber es giebt keine christliche Kirche. Es giebt

eine preussische, sächsische usw. Landeskirche, die ein Instrument des Klassenstaates sein soll oder ist. Diese Landeskirche ist leider im Lohnkampf so Partei wie in allen wirtschaftlichen Kämpfen. Daran wird sich erst etwas ändern, wenn die sozialistische Forderung nach Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit verwirklicht ist.

### Berlin und Umgegend.

#### Die modernste Organisation.

Die Berliner Berufs-Automobilfahrer haben sich auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung zusammengeschlossen. Für die „Chauffeurs“ gab es schon bisher Vereine, so den Verein der Motorfahrer Deutschlands 1900 und den Mitteleuropäischen Motorfahrer-Verein. Diese Vereine standen unter dem Protektorat einzelner Persönlichkeiten, genügten aber namentlich der Kerntruppe der neuen Organisation, den Geschäfts-Automobilfahrern, nicht. Diese haben erkannt, daß die Hauptaufgabe einer Organisation die Aufbesserung der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder sein muß, und daß sie im Verkehr der Großstadt mit denselben Widerwärtigkeiten zu kämpfen haben, wie andere Berufsarten des Transport- und Arbeiter-Gewerbes. Am Donnerstag fand eine Versammlung statt, die sich mit diesen Verhältnissen beschäftigte. Man beschloß in derselben, sich als besondere Sektion dem Handels- und Transport-Arbeiter-Verbande anzuschließen. Es wurde eine aus fünf Personen bestehende Sektionsleitung gewählt, welche in der nächsten Zeit eine umfangreiche Agitation unter den Berufs-Automobilisten Berlins und Deutschlands entfalten soll.

### Deutsches Reich.

Zur Eringung des Neunfundtages waren die Textil-Arbeiter zu Mühlhausen i. Th. in eine Bewegung getreten. Seit einiger Zeit schwelben Verhandlungen mit den dortigen Fabrikanten. Nach dem Ausgange des Kampfes in Crimmitschau sind die Herren anderer Meinung geworden, sie verlangen, daß die alten Bedingungen beibehalten werden. Eine nunmehr stattgefundene Versammlung nahm folgende Resolution an: „Da die Stricker und Strickerinnen von Mühlhausen auch die jetzigen Lohnarbeits-Verhandlungen in Frieden durchzuführen gewillt sind, beauftragen sie die Lohnkommission, nochmals mit den Fabrikanten in Verhandlung zu treten. Die Versammlung stellt es der Lohnkommission anheim, darauf zu achten, die Verhandlung an den strittigen Punkten 6 und 7 (6 und 7 betrifft Freigabe des 1. Mai und Einführung der neunstündigen Arbeitszeit) nicht scheitern zu lassen, in betreff der übrigen Punkte wird der Lohnkommission freie Hand gelassen.“ — Der Vorgang ist nach zwei Richtungen hin interessant. Er zeigt auf der einen Seite die Friedensliebe der Arbeiter und ferngelehnt auf der andern Seite die Kampfesweise der Crimmitschauer Industriellen. Diese erwidern bekanntlich mit Hilfe der ihnen dienwilligen Presse den Anschein, als herrsche in der Textilindustrie noch ganz allgemein der Eiskundentag. Während man diese Klage noch lustig verbreitete, dachten die Textilarbeiter Thüringens schon an eine Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden.

Vor Zugang nach den Unterweser-Orten warnt unser Bremer-häverer Parteiblatt. Die Arbeitsnachweis-Bureaus in Bremerhaven haben über ihre Tätigkeit in den letzten Monaten folgende Zahlen veröffentlicht. Es meldeten sich an den genannten Stellen im Okt. v. J. 3511 Arbeitsuchende, 1835 erh. Arbeit, 2176 blieben arbeitslos.

Nov. „	2932	803	2030
Dez. „	1676	684	992

Ähnlich traurig liegen die Verhältnisse an den übrigen Arbeitsplätzen der Unterweser. In ihrem eignen Interesse werden die Arbeiter allerorts gewarnt, dem Liebeswerben des Arbeitgeber-Verbandes „Unterweser“ Gehör zu scheitern, da bei den oben veröffentlichten Zahlen es aussichtslos erscheint, in Bremerhaven bald lohnenden Erwerb zu finden, die Lebens- und Wohnungsverhältnisse dort aber die denkbar teuersten sind.

### Ausland.

Die Lohnbewegung der Buchdrucker und verwandten Berufe in Amsterdam. Die Buchdruckerbesitzer Amsterdams haben die von der Föderation der Arbeiter der typographischen Gewerbe vorgeschlagene Lohnregelung abgelehnt. Sie wollen nur die Bestimmung, daß ein Schriftsetzer im fünfundzwanzigjährigen Lebensjahr mindestens 30 Cent pro Stunde verdienen soll, beibehalten, knüpfen daran jedoch noch eine Menge Regeln über die sachlichen Kenntnisse und Fähigkeiten, die ein solcher des Minimallohnes würdiger Sieger haben soll. Eine Lohnregelung für die Drucker erklären sie der großen Verschiedenheit der Tätigkeit und des Bildungsgrades wegen für unmöglich und ebenso meinen sie, daß auch die Löhne der Buchbinder, deren Beruf in den Drudereien nur als Nebenberuf gelte, nicht geregelt werden können. Die Buchdruckerbesitzer haben diese ablehnende Antwort nicht der Föderation oder den betreffenden Organisationen zugesandt, sondern in der bürgerlichen Presse veröffentlicht. Diese Nichtachtung ihrer Organisation hat den Unwillen der Arbeiter über die Haltung der Prinzipale zur Lohnfrage selbstverständlich noch vermehrt. Eine von der Föderation einberufene Versammlung sah den Beschluß, die Angelegenheit der Arbeitskammer für das Buchdruckergewerbe zu überweisen, um zunächst einmal Verhandlungen mit den Prinzipalen anzubahnen. Weist das erfolglos, so soll zu ernstern Maßnahmen gegriffen werden.

Auch die Typographen von Rotterdam befinden sich in der Lohnbewegung. Die von der Arbeitskammer entworfenen Lohnregulierung ist bis jetzt nur von neun Firmen durchgeföhrt worden. Die Gehilfen beschloßen, die Lohnbewegung durch ihre Organisationen fortzusetzen.

Der Diamantarbeiter-Ausstand ist in Antwerpen für Montag wahrscheinlich.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Protest gegen die preussische Eherische Sparkasse.

Karlsruhe. (V. J.) Der Vorstand des badischen Sparkassenverbandes beschloß einstimmig, sich dem Antrage des Sächsischen Sparkassenverbandes auf alsbaldige Einberufung einer Generalversammlung des Deutschen Sparkassenverbandes mit der Tagesordnung: „Ist das Eherische Sparkasseninstitut anzunehmen?“ anzuschließen. Der Vorstand des badischen Verbandes erblickt in der Einführung der Eherischen Sparkasse eine Untergrabung des Ansehens und des Gedeihens der Sparkassen.

### Dr.-Kien.

London, 29. Januar. Dem „Reuterschen Bureau“ wird von seinem Privatkorrespondenten aus Petersburg von heute gemeldet: Von maßgebender Seite verlautet, daß die russische Antwort an Japan wegen der bei der Abfassung dieses Schriftstückes erforderlichen Sorgfalt nicht vor der nächsten Woche übermittleit werde. Ein hoher Beamter äußerte in einer Unterredung: „Natürlich können wir den Krieg nicht verhindern. Rußland wird sein äußerstes thun, um Japan die Grundfrage für einen dauernden Frieden zu bieten, es giebt aber eine Grenze, über welche wir nicht hinaus gehen können. Wir gewähren in Korea thatsächlich alles und haben bereits die Vertragsrechte sowohl Japans als anderer Mächte in der Mandchurei anerkannt.“ Es verlautet, innerhalb der letzten vierzehn Tage hätten sowohl Rußland als Japan den Regierungen in Amerika und Europa ihre Stellungnahme bezüglich einiger strittiger Punkte amtlich mitgeteilt.

Die Grubenkatastrophe in Nordamerika. Von den 71 Leichen, die bisher auf der Grube Cheswick geborgen worden sind, konnten bisher nur 18 rekonstruiert werden. Die Hälfte der Grube ist erst abgegraben worden.

Reichstag.

21. Sitzung. Freitag, den 29. Januar 1904, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Pofadowsky.

Die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern (Titel Staatssekretär) wird fortgesetzt.

Abg. Lehmann (nail.):

Die sozialdemokratische Presse hat im Crimmitschauer Streik die öffentliche Meinung irre geführt. (Unruhe bei den Soc.) Ich werde mich auf eine möglichst objektive Darstellung der Thatsachen beschränken. Das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, das früher in Crimmitschau herrschte, wurde erst 1900 gestört, vor allem durch das Wirken eines Mannes, dessen Namen ich nicht nennen will, der früher Arbeiter war, jetzt aber Verbandsbeamter ist. Eine Arbeiterin, die kein Parteizugehörige war, hatte seitdem keine ruhige Stunde mehr.

Heute befinden sich besonders auch bei uns in Thüringen die Unternehmer in einer unwürdigen Abhängigkeit von den Arbeitern. Am 25. Juni fand nun in Crimmitschau die erste Volksversammlung statt; die Lage wurde als überaus günstig hingestellt, eventuell für später der Generalstreik in Aussicht genommen. Daß während die Unterhandlungen noch dauerten, am 8. August in fünf Fabriken gekündigt wurde, war der erste Vertrauensbruch. Am 25. August traten in fünf weiteren Fabriken die Arbeiter in den Streik. Um einen solchen handelt es sich also, nicht um eine Ausrufung. Am 12. September hat ein sozialdemokratischer Referent in einer Crimmitschauer Versammlung offen die Nachfrage aufgeworfen: in Betracht kämen für den Streik Forst, Keumünster und Crimmitschau. Sei es an einem Orte gelungen, so würde sofort in den andern der Streik proklamiert. Es war also kein Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern, sondern eine Nachfrage. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Löhne in Crimmitschau waren höher als in den andern Orten der Textilindustrie. (Abgeordneter Hoffmann-Berlin (Soc.) ruft: Das haben Ihnen die Unternehmer aufgeschwindelt.) Die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter in Crimmitschau sind durchaus keine schlechten. Die Sozialdemokratie bezeichnet sich immer als die Vertreterin der ärmsten Arbeiter. Die zwei Millionen aber, die sie für Crimmitschau aufgebracht hat, ist doch ein recht gutes Zeichen für die Steuerkraft der Arbeiter, das dem Herrn Reichs-Schatzsekretär sehr angenehm sein wird. (Lachen.) bei den Sozialdemokraten.) Es ist der Sozialdemokratie ja gar nicht um den Rechstundentag zu thun, hat sie diesen erreicht, so wird sie sicher den Achtstundentag fordern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dann den Sechstundentag (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und wenn sie diesen hat, die Beteiligung der Arbeiter an der Leitung der Fabriken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie wollen eben die Arbeiter nicht zufrieden werden lassen, sonst würden Sie ja den Vit abjagen, auf dem Sie sitzen. (Sehr richtig! rechts.) — Herr Bebel hat behauptet, daß die Wahrgel der Bürgermeisters von Crimmitschau gegen die Streikenden dadurch zu erklären seien, daß er Schwiegerohn eines der Fabrikanten sei. Aber das war er nur durch seine erste Frau, die schon seit 6 Jahren tot ist. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Zu Anfang war es ja ganz ruhig in Crimmitschau. Erst als die Fabrikanten mehr Arbeitswillige von auswärtig heranzogen, kam es zu Unruhen. War es nun nicht der Bürgermeister Wahrgel zum Schutz der öffentlichen Ordnung ergreifen? Wenn 15 streiken, hat nicht der 16. das freie Recht zu arbeiten? Wer hat die Crimmitschauer Arbeiter gehindert, auswärts Arbeit zu suchen? (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Fischer hat behauptet, die Unternehmer wollten auch jetzt noch nicht den Frieden und zogen auswärtige Arbeitswillige heran. Ich kann in ihrem Namen erklären, daß sie das nicht mehr thun. Im Gegenteil ist ihr eifriges Bestreben, die Crimmitschauer Arbeiter möglichst bald die ganze traurige Angelegenheit vergessen zu lassen. (Bravo! rechts.)

Und wie liegt es denn mit dem Verbot der Weihnachtsfeier. Das fest an eignen Herd im Kreise der Familie zu feiern, ist niemand verboten worden. (Große Heiterkeit.) Auch eine öffentliche Feier wurde nicht verboten, nur als man sozialdemokratische Medner zuziehen wollte, erging das Verbot. Eine Weihnachtsfeier etwa mit Herrn Fischer-Berlin als Redner, das könnte eine nette Bescherung werden. (Stürmische Heiterkeit.) Hunderte von Arbeitern sollen aus der Kirche ausgetreten sein, wiederholte auch neulich Herr Fischer. In der That sind aber vor Weihnachten nur 21 Arbeiter aus der Kirche ausgetreten. (Hört! hört! rechts.) nach den Feiertagen niemand mehr. Als die Arbeiter zu den Geistlichen kamen, erklärten diese, so viele Gesuche mit einmal könnten sie nicht abfertigen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) die Leute möchten nach dem feste wiederkommen; aber die Arbeiter erklärten, nach den Feiertagen habe es ja keinen Zweck mehr. (Große Heiterkeit rechts.) Es war also eine reine Demonstration. Herr Fischer hat gesagt, es hat in der Weltgeschichte noch keine Infamie gegeben, über die nicht ein Pfaffe den Segen gesprochen hätte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten, Unruhe rechts, Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem (sehr erregt): Ich bitte Sie, sich solcher empörenden Äußerungen zu enthalten. Ich weiß nicht, wer da gerufen hat, daß es sehr richtig wäre; jedenfalls sind solche Äußerungen im deutschen Reichstag unzulässig. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Lehmann (fortfahrend):

Ich erkläre zu dieser Äußerung, daß mir kein parlamentarischer Ausdruck zu Gebote steht, um solches Vorgehen zu brandmalen. Außerhalb dieses Hauses würde ich dieses Vorgehen als bodenlose Gemeinheit bezeichnen. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Was für ein todeswürdiges Verbrechen hat denn Herr Fischer in Crimmitschau begangen? Er hat einfach nur die Wahrheit gesagt. Der Crimmitschauer Streik hat eine erfreuliche Folge gehabt: den Zusammenschluß aller deutschen Industriellen. Die gut nationalliberalen Crimmitschauer Fabrikanten haben durch Einsetzung ihrer ganzen Kräfte den Vorstoß der gesamten deutschen Sozialdemokratie aufgehalten und zurückgeschlagen und sich dadurch den unauslöschlichen Dank aller Deutschen verdient, die auf dem Boden des modernen Staates stehen. Ich hoffe, daß durch das gemeinsame Zusammenwirken der Unternehmer und Arbeiter die früher blühende Industrie in Crimmitschau den schweren Schlag bald überwinden wird. (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Gräfe (Antif.):

Die maßlosen Angriffe der Sozialdemokraten auf die sächsischen Fabrikanten und die sächsische Regierung zwingen mich, als den leider einzigen bürgerlichen Vertreter Sachsens im Reichstag (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten), noch einmal Ihnen die Thatsachen darzulegen, wie sie in Crimmitschau nach meinen Informationen liegen. Die Lohnverhältnisse in Crimmitschau waren vor dem Streik die folgenden: Die Weber erhielten 19 bis 27 M. pro Woche, die Weberinnen 15 bis 20 M. (Mufe bei den Sozialdemokraten: Ist ja längst widerlegt!) Sie legen sich Ihre Widerlegungen zurecht, wie Sie sie zur Verhöhnung der Arbeiter brauchen. (Sehr richtig! rechts.) Die jugendlichen Arbeiter in Crimmitschau erhielten 8 bis 9, später 10 bis 12 M. Diese Zahlen sind

notariell beglaubigt aus den Lohnbüchern der Fabrikanten. Die Einlagen in der Crimmitschauer Sparkasse betragen 10 Millionen Mark und sind in den letzten zwei Jahren um 2 1/2 Millionen Mark gestiegen. Sicherlich ruht nicht wenig davon von Arbeitern her. Ein Notstand, der zum Streik dränge, lag also gar nicht vor. Dabei hatte die Wigogne-Spinnerei gegenüber der Konkurrenz z. B. Ostreichs einen sehr schmerzlichen Stand. Es handelte sich nur um eine Nachprobe der Sozialdemokratie. Juristische Beweise dafür sind vielleicht schwer zu bringen, aber das ganze sächsische Volk (Lachen bei den Sozialdemokraten), das ganze deutsche Volk bis tief in die Reihen der sozialdemokratischen Wähler fühlt es, daß nur sie den Streik auch fortgeführt hat, als längst ein Sieg nicht mehr denkbar war. Und die berühmte deutsche Wissenschaft ist auf bloße Zeitungsnotizen hin für diesen Streik eingetreten, obwohl es nie einen frivoleren gegeben hat. Ich habe meine Informationen nicht nur von den Unternehmern. Ich habe hier einen Brief eines siebzehnjährigen Fabrikarbeiters vor mir, den Namen kann ich Ihnen nicht nennen, weil er jährelt, wenn das die Arbeiter in Crimmitschau erfahren, könnte er dort nicht länger bleiben. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Dieser Arbeiter verdient noch jetzt wöchentlich 20 M. und ist damit durchaus zufrieden. Das ist die christliche Zufriedenheit, „Ihre verdammte Zufriedenheit“, Herr Bebel. Solange der alte Gott noch lebt, und er wird schon leben, kommen Sie (zu den Sozialdemokraten) nicht zum Siege. Sie fürchten, daß sich jetzt den Arbeitern die Augen öffnen, darum rufen Sie: „Halte den Dieb!“ Aber nun haben Sie den Diebstahl an Freiheit und Menschenwürde begangen (Mufe bei den Sozialdemokraten: Ausgezeichnet!) Die Ausschreitungen will ich im einzelnen nicht aufzählen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Aber neben dem Koalitionsrecht, von dem ich feierlich für meine Partei erkläre, daß wir es hoch und heilig halten werden alle Zeit, liegt uns auch der Schutz der Arbeitswilligen und die Ruhe des friedlichen Bürgers am Herzen. In diesen schweren Zeiten muß durch die That gezeigt werden, daß es noch andre Interessen gibt als die der Arbeiter. Im ersten Augenblicke konnten die Versammlungsverbote verfehlt erscheinen, jetzt aber bin ich überzeugt, daß spätere Kulturhistoriker das Vorgehen der sächsischen Gendarmerie als rettende That preisen werden. (Lauter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Was ist denn bei dem Streik herausgekommen? Noch vierzehn Tage vor dem Ende des Streiks schrieb der „Vorwärts“: der Streik werde fortgeführt bis zum bitteren Ende. Der einzige Erfolg des Streiks ist, daß die Unternehmer zu einer Palanz zusammengeschlossen sind, die vielleicht auch berechtigte Streiks in Zukunft unmöglich machen wird. (Abg. Bebel: Wie stehen Sie denn zum Rechstundentag?) Ich bin für den Rechstundentag. Das ist ja gerade das Privileg bei dem Vorgehen der Sozialdemokratie, daß sie gewußt hat, es kommt der Rechstundentag in bälde, im Bundesrat und Reichstag ist eine Mehrheit dafür, und doch sie dennoch den Streik provoziert hat. — Mit aller Entschiedenheit muß ich protestieren gegen die Kritik des Herrn Fischer an der Erhöhung der Civilliste in Sachsen. Klammern Sie sich doch vor allem um Ihr Notes Haus in Berlin. Wenn die Führer der Sozialdemokratie nur einen Schein von dem Ernst und der Gewissenhaftigkeit vor Gott und den Menschen, die unsern König besetzt, gehabt hätten, so wäre das allgütige von Crimmitschau nicht ausgebrochen. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Aber gerade darum müssen wir den Arbeitern auf dem Wege der Sozialreform gewähren, was ihnen zukommt. In gleicher Weise sollte die Regierung auch für die Handwerker und Landwirte sorgen. Aber die können warten, bis die Weltausstellung in St. Louis vorüber ist! Dieser Regierung widmet das „Sächsische Volksblatt“ mit Recht folgenden Stammbuchvers: „Wir erwägen noch immer, wir erwägen noch heute, wir werden erwägen in Ewigkeit.“ Die Vorwürfe gegen den Pfarrer Schindl kann ich nicht verstehen; die Ausführungen des Abg. Fischer über ihn sind eine Beleidigung des gesamten Christentums, der gesamten christlichen Kirche. Ich wollte einmal hören, welchen Lärm Sie (zu den Sozialdemokraten) machten, wenn man dem Kabinettum derartige Vorwürfe machen würde. Dabei ist bei Ihnen auch nicht alles in Ordnung. Die Arbeitszeit der Konsumvereine ist unerhört lang. Eine Konsumvereins-Fleischerei mußte wegen Gesundheitsgefährdung polizeilich geschlossen werden; bei dem sozialdemokratischen „Düsseldorfer Volksblatt“ streikten die Austrägerinnen, weil ihnen ein paar Pfennige Lohnverhöhung verweigert werden. Wenn Sie (zu den Sozialdemokraten) sagen, es gibt keine Infamie, über die ein Pfaffe nicht den Segen gesprochen hat, so sage ich, es gibt kein Verbrechen in der Weltgeschichte, keinen Mord, der nicht von Ihnen verherrlicht und sanktioniert wäre. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, Sie dürfen das andern Abgeordneten im deutschen Reichstag nicht vorwerfen!

Abg. Gräfe (fortfahrend):

Sie leugnen, daß das aristokratische Element immer regieren muß, und doch herrscht es in Ihrer Partei. Die Diktatur ist in Dresden proklamiert, und der Staatsstreik kommt vielleicht am 2. Dezember. (Lauter Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir fürchten, daß der deutsche Handwerkerstand geopfert werden soll, daß er seinen Freund in der Regierung hat. Die Regierung soll die Stunde zu seiner Rettung nicht vorbeigehen lassen, sonst wird das alte deutsche Sprichwort gelten: Wen der Herr verderben will, den schlägt er mit Blindheit. (Bravo! rechts.) Sie aber (zu den Sozialdemokraten) werden nicht siegen, solange das Kreuz in deutschen Landen aufgepflanzt ist. Wir vertrauen fest auf unseren endgültigen Sieg, weil wir heute noch an die Verheißung glauben: In hoc signo vinces! (Bravo! rechts.)

Abg. v. Gerlach (Hosp. der fr. Bg.)

fragt an, ob die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Diensthoten und das Geinde von der Regierung angestrebt werde. Die Erklärung des Herrn Staatssekretärs in dieser Beziehung war mir nicht präcis genug. Ich wünschte, daß der Herr Staatssekretär mir wirkliche Gründe dafür angeben könnte, daß die Diensthoten bisher von der Wohlthat der Krankenversicherung ausgenommen sind, bisher habe ich nur leere unabweisbare Redensarten gehört. Wenn es sich um die Landarbeiter handelt, ist ja Graf Pofadowsky für sociale Regelungen absolut unzugänglich; die Landarbeiter sind von jeder Stiefel der Gesetzgebung. Alle Pflichten haben sie wie andre Arbeiter, aber alle sozialen Erregungsmomente sind für sie nicht vorhanden. Wer bei den heutigen Rechtsverhältnissen den Landarbeitern zuredet, im Osten zu bleiben, handelt undantwärtlich; ich komme selbst aus dem Osten und aus ländlichen Verhältnissen und kenne die Dinge genau. In Schlesien herrschen zum Teil noch Lohnverhältnisse, wie sie sonst unerhört sind. Auf einem Gut im Kreise Wohlau — das ist durch Zeugenaussagen vor einem Berliner Gericht festgelegt — wird Frauen ein Lohn von 45 Pfennig im Sommer, 35 Pfennig im Winter, Männern 80 Pfennig im Sommer, 60 Pfennig im Winter gezahlt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man sollte nicht glauben, daß bei solch elenden Hungerlöhnen überhaupt noch Arbeiter zu finden sind. Freilich sind diese Arbeiter auch die allerärmsten, zu denen noch kein Strahl der Aufklärung gedrungen ist. Und das wird nicht anders werden, bevor nicht auch den Landarbeitern das Koalitionsrecht gewährt wird. Das preussische Abgeordnetenhaus freilich wird nie dafür zu haben sein, die Rechtslage der Arbeiter zu verbessern, hier muß das Reich einschreiten.

Nun könnte man ja sagen, daß das Koalitionsrecht auch für die Industriearbeiter nur auf dem Papier steht, wie sich in Crimmitschau gezeigt hat. Ich will den Anschein nicht aufkommen lassen, als ob

wirklich alle bürgerlichen Abgeordneten eine reaktionäre Masse bilden. Ein größerer Gehalt könnte der Sozialdemokratie gar nicht getan werden.

Ich erkenne an, daß unüberlegte Streiks den Arbeitern großen Schaden stiften, daß es Kriegrecht der Unternehmer ist, bei Streiks in einigen Fabriken zu schließen. Aber dann komme man nicht mit solchen Kleinigkeiten wie den heute auch hier erwähnten Maßregeln. Jeder Fabrikant, jeder Geistliche, jede Behörde hat in Crimmitschau die Geschichte erzählt. Sie ist die pioco de resistencia der staatsbehaltenden Parteien geworden. Ich fürchte, sie wird zu einer so unfreiwilligen Verämtheit kommen wie die „höhnlichen Gesichter“ des Geheimrats Dr. Fischer. Pfarrer Schindl hat sich keineswegs der Zustimmung der evangelischen Geistlichkeit Sachsens zu erfreuen. Ich muß im voraus feststellen, daß dieser Herr nie nationalsocial gewesen und bei meinen politischen Freunden in Leipzig völlig unbekannt ist. Sein Vorgehen hat zur Gründung einer evangelisch-socialen Konferenz geführt, in der zweite Kreise der evangelischen Theologen sein Verhalten ausdrücklich mißbilligen.

Eine Rede des Herrn Fischer wäre den Crimmitschauer Arbeitern sicher viel lieber gewesen, als eine sanfte Predigt des Herrn Schindl. (Sehr gut! links.) Herr Lehmann behauptete, es hätte niemand die Arbeiter gehindert, außerhalb Crimmitschau Arbeit zu suchen. Thatsächlich aber sind in verschiedenen Fällen Crimmitschauer Arbeiter von Fabrikanten außerhalb Crimmitschau abgewiesen worden, weil sie aus Crimmitschau kamen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) — Koch ein Wort zu dem Verhalten der Crimmitschauer Arbeiter zu den Arbeitswilligen. Die notwendige Aufklärung von auswärtig zugereister Arbeiter, die meist nur aus Unwissenheit ihren Arbeitsgenossen in den Mäden fallend (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) folgt absolut aus dem Koalitionsrecht. Wirkliche Belästigungen von Arbeitswilligen, wie körperliche Mißhandlungen, Beschimpfungen, können schon heute bestraft werden. Die sächsische Regierung könnte sich bei ihrer traurigen Finanzlage die Kosten eines besonderen Vertreters hier im Reichstage wirklich sparen, sie hat ja, wie wir gehört haben, so vorzügliche freiwillige Kommissare (Heiterkeit und Sehr richtig! links.) Herr Abg. Lehmann hat sogar versucht, sogenanntes Material beizubringen, während Geheimrat Fischer sich außerordentlich allgemein ausgedrückt hatte. Dieser sagte nur immer, es sind Seile durchschnitten, es sind Fenster eingeworfen worden. Ja, wer beweist denn, daß die Streikenden das getan haben? Es gibt doch noch dumm e Jungens. (Sehr richtig! links.) Das Einwerfen von Fenstern ist doch keine Spezialität von Crimmitschau. Jedenfalls können durch allgemeine Behauptungen keine Versammlungsverbote gerechtfertigt werden. (Sehr richtig! links.) Im Dezember waren nach Herrn Fischer nach 10wöchiger Dauer des Streiks erst 16 Fälle von Vergehen Streikender bestraft worden, seitdem ist die Zahl um 75 gestiegen. Sie ist die Folge der segensreichen Versammlungsverbote. Natürlich, wenn man den Arbeitern verweigert, in regulärem Kampfe das zu thun, was sie für nötig halten, dann wird man leicht die verzweifeltsten Elemente zu unüberlegten Handlungen bringen. (Sehr richtig! links.) Solche willkürlichen Einschränkungen der Versammlungsfreiheit können uns jeden Tag wieder besetzt werden, so lange diese Materie nicht reichsgefehllich geregelt ist. Graf Pofadowsky hat uns auf die preussische Vereinsnovelle verwiesen, er hat dabei den Frauen das Recht abgeprochen, sich politisch zu betätigen. (Sehr richtig! im Centrum.) Es ist bedauerlich, daß im zwanzigsten Jahrhundert noch solche Anschauungen geäußert werden, die kaum ins neunzehnte Jahrhundert hineingepaßt hätten. Ebenso wenig darf man das Versammlungsrecht der nicht deutsch sprechenden Arbeiter in die Hände der Polizei legen. Für den Staatssekretär gäbe es keine edlere Aufgabe, als nach den Verheißungen der Gewerbeordnung an Stelle der einzelstaatlichen Unberunft auf dem Gebiete des Vereinsrechtes die reichsgefehlliche Unberunft zu setzen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Dröschel (L.):

Der Abg. v. Gerlach hat ja früher seine glänzende Beredsamkeit in den Dienst der Berliner Diensthoten-Bewegung gestellt. Inzwischen ist ihm sein Pacedonien zu klein geworden und er hat sich in die frischere Landluft unter die geanderten Anschauungen der ländlichen Bevölkerung begeben. Wenn es den Landarbeitern wirklich so schlecht ginge, wie seine mit den Thatsachen leider nicht in Uebereinstimmung stehende Beredsamkeit uns andeigt, so begreife ich nicht, wie seine Partei und seine Freunde von noch weiter links so schlechte Erfolge bei den Landarbeitern haben können. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Wenn er die Löhne der Landarbeiter erhöhen will, so sollte er für die dazu unentbehrlichen Agrarrollen eintreten. Daß diese notwendig sind, erkennen auch vernünftige Sozialdemokraten an! (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich verweise nur auf Schippel. (Erneutes Lachen und Widerspruch.) Daß die außerordentlich gefunden Ausführungen des Herrn Schippel Ihnen lästig sind, läßt sich begreifen. Ich bestreite, daß die Landarbeiter außerhalb der sozialen Gesetzgebung stehen. Die Fürsorge für sie im Krankheitsfalle nach § 86 der Gemeinde-Ordnung ist sogar besser als die Krankenversicherung der Industrie-Arbeiter. Trotz des zerfallenden Einflusses der Sozialdemokratie ist der patriarchalische Geist noch nicht zum Untergang gekommen. (Lachen links.) und wir haben weit zuverlässigere Arbeiter als die industriellen Unternehmer bei ihren Versicherungsgesetzen. Auch die Arbeiterwohnungen auf dem Lande sind viel besser als in Berlin und Charlottenburg. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Da wohnen eben nur Schweine. (Lachen bei den Sozialdemokraten: Cabinen.)

Wenn man zum erstenmal hier im Hause diesen socialpolitischen Wettauf sieht, so muß man sich sagen, daß alle bürgerlichen Parteien die maßlosen Anforderungen der Sozialdemokratie nie befriedigen können. (Sehr richtig! rechts.) Dadurch, daß wir immer hinter ihren Anträgen zurückbleiben, entsteht ein höchst bedenkliches Resultat: eine Aufstachelung der Unzufriedenheit. (Ironischer Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wir tragen Bedenken, das mitzumachen, tragen aber gern bei zur Verbesserung der Arbeiter-Existenz. Wir beteiligen uns aber nicht an Ragnahmen, die hinauslaufen auf einen Byzantinismus nach unten. Für die Ausbildung des freien Arbeitsvertrages treten wir gern ein. Das zeigen wir bei der Schaffung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Und für die ländlichen Arbeiter? Worüber ich rede, darüber entscheide ich selbst. Ich habe mich sozialdemokratischer Führung noch nie anvertraut. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Das a merkt man, und werde mich auch nie anvertrauen, so alt ich werde. Ich bedaure nur, daß in Westenburg ein Wahlkreis unter sozialdemokratischer Führung steht. Paritätischen Arbeitskammern könnten wir zustimmen, aber einseitige Arbeitskammern würden uns Organe zur Vertretung des Klassenstandpunkts bedeuten. Weit wichtiger als diese Arbeitskammern erscheinen uns Tarifverträge, in denen die Arbeiter auch eine gleichmäßige Herabsetzung ihrer Arbeitszeit erlangen können. Den Maximalarbeitsstag an sich müssen wir unbedingt ablehnen, aber den sanitären Maximalarbeitsstag und den Frauen-Maximalarbeitsstag könnten wir acceptieren. Zum Ausbau der Gewerkschaften würden wir gern mitwirken; aber erste Voraussetzung ist ihre Befreiung von der Sozialdemokratie. Die Gewerbeordnung bedarf einer Ergänzung dahin, daß Arbeiter, die sich gegen ihre Kollegen thätlich vergehen, sofort entlassen werden können. Eine Vernehmung des Gewerbe-Inspektionspersonals, auch der weiblichen Assistenten, halte ich für durchaus angebracht; auch besonders vorgebildeten technischen Assistenten und Baukontrollanten würden wir zustimmen. Dagegen sind wir für die Heranziehung von Hilfskräften aus dem Arbeiterkreise nicht zu haben.

Ein Wunsch zahlreicher Kreise der Handlungsgehilfen ist eine Ausdehnung der Gewerbeaufsicht auf den Handel, namentlich die großen Betriebe; dagegen wollen wir das ohnehin stark bedrängte Handwerk mit einer solchen Aufsicht verschont wissen, zumal sie hier absolut unnötig ist. Für die gesundheitlichen Verhältnisse im Handwerk haben die Handwerkskammern zu sorgen. — Eine Verschärfung der Frauen an politischen Veranstaltungen und Wahlen lehnen wir ab. Die Arbeiter durch socialpolitische Maßnahmen aus der Umfassung durch die Socialdemokratie zu befreien, halten wir für unmöglich, die Socialdemokratie erstreckt nichts als die Erregung der politischen Macht, nicht die Gleichberechtigung, sondern die Allein herrschaft der Arbeiter. Die Stärkung des Mittelstandes ist die wichtigste Aufgabe des Staates. Wir müssen es bedauern, daß die Handwerksenkete aus finanziellen Gründen verschoben ist; es wäre besser gewesen, für die Ausschließung in St. Louis weniger Mittel aufzuwenden. (Sehr richtig! rechts.)

Ebenso wichtig ist die Kartellenquete. Kartelle halten wir für notwendig im Interesse der Konsumenten, der Allgemeinheit. Die Handwerkerfrage ist heute lediglich eine Bildungsfrage. Von den Meisterprüfungen versprach man sich eine Verjüngung des Handwerkerstandes; leider haben sich diese Hoffnungen bisher nicht bestätigt. Im Publikum wird auf den Meistertitel wenig Wert gelegt, eine geschäftliche Bedeutung besitzt der Titel leider nicht. Wir wünschen, daß mit dem Meistertitel verknüpft werde das Vorrecht zur Ausführung von Arbeiten im öffentlichen Auftrage.

Alles das aber wird dem Handwerk nicht helfen, wenn nicht eine kaufkräftige landwirtschaftliche Bevölkerung vorhanden ist. Deshalb haben die Handwerker das allergrößte Interesse an einer gefundenen Agrarpolitik, ebenso wie auch die landwirtschaftlichen Arbeiter. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Deumer (natl.):

Ich möchte zu einigen socialpolitischen Fragen meine persönliche Meinung sagen. Es ist hier geäußert worden, der Streik in Crimmitschau wäre nicht ausgebrochen, wenn der zehnstündige Arbeitstag allgemein eingeführt gewesen wäre. Es handelte sich aber in Crimmitschau nicht um den zehnstündigen Arbeitstag und nicht um eine 10prozentige Lohnerhöhung, sondern um eine Machtprobe der Socialdemokratie. Es handelte sich recht eigentlich darum, der Herr im Hause sein sollte, nicht im Sinne eines Herrn mit der Peitsche in der Hand, sondern des Herrn als Disponenten und verantwortlichen Leiters des Betriebes. Diese Herrschaft der Arbeitgeber zu nehmen ist das Bestreben der Gewerkschaften, auch der Gewerksvereine neuerer Richtung in England. Wenn aber die Leiter nicht mehr das Recht haben sollen, berechnete Arbeiterentlassungen vorzunehmen, so geraten wir in ein Chaos, in dem Arbeitgeber wie Arbeitnehmer untergehen. Der zehnstündige Arbeitstag ist tatsächlich in diesen Betrieben Rheinlands-Schiffalens eingeführt, aber die Arbeiter wollen ihn mit Rücksicht auf die Saisonarbeit nicht geschäftlich festgelegt wissen. (Vizepräsident Graf Stolberg bittet den Redner, jetzt nicht näher auf den zehnstündigen Arbeitstag einzugehen.) Die Centrumsresolution auf Einführung des zehnstündigen Arbeitstages für Frauen würde in textilindustriellen Betrieben sofort den zehnstündigen Arbeitstag auch für Männer herbeiführen und schließlich den zehnstündigen Arbeitstag usw., bis wir schließlich zum Einstunden tag kämen. (Gelächter bei den Socialdemokraten.) Herr Wurm hat ja gestern selbst erklärt, seine Partei stehe die Signale auf, denen wir dann nachzusehen. Dann kommen wir eben schließlich zum Einstunden tag. (Abg. Wolf Hoffmann-Berlin ruft: Sie haben ihn ja jetzt schon! Heiterkeit.) In einer Wahlversammlung hörte ich sogar von Socialdemokraten aussprechen, der Staat solle die Steuern bezahlen. (Gelächter bei den Socialdemokraten.)

Was die Sonntagsruhe anlangt, so weiß Herr Wurm sehr gut, daß sie lediglich in solchen Betrieben unterbrochen wird, wo Reparaturen nötig sind, um den Betrieb nicht zu unterbrechen. Die Arbeiter drängen sich gerade zu diesen Extra-Arbeiten (Abg. Hub, Soc.: Warum denn?), weil sie doppelt bezahlt werden. (Widerpruch bei den Socialdemokraten.) Arbeiterausschüsse mögen in kleinen Betrieben günstig wirken, in Betrieben mit 10 bis 20 000 Arbeitern ist es aber sehr schwer, die Interessen aller der zahlreichen Arbeiterkategorien durch den Arbeiterausschuß zu vertreten, ebenso wie in solchen großen Betrieben sich unmöglich ein Tarifvertrag durchzuführen läßt, wie ihn uns der Buchdruckerverband empfiehlt. Wenn ein Streik in Vorbereitung ist, werden friedliche Arbeiterausschüsse durch die Arbeiter selbst hinweggefegt; sie versagen also gerade da, wo sie ihre eigentliche Wirksamkeit entfalten sollen. Wir brauchen uns in socialpolitischen Dingen durchaus nicht unnötig zu überstürzen; vor allem muß auf den Mittelstand Rücksicht genommen werden, der oft viel schlechter wirtschaftlich gestellt ist als gutbezahlte Arbeiter. Ich warne vor allzuvielen socialpolitischen Meditamenten. Wir sagten einmal ein alter Samiatsrat: jede noch so unbedeutende Krankheit kann durch das Hinzutreten eines Arztes tödlich werden. (Heiterkeit.)

Abg. Fräßdorf (Soc.):

Der Abgeordnete Dr. Deumer hat wieder einmal den rein kapitalistischen Standpunkt vertreten und behauptete in Crimmitschau habe es sich um die Frage gehandelt: Wer soll Herr im Hause sein? Mit dieser Frage lehnen Sie jede billige Forderung der Arbeiter ab. Ich habe in der Richtung ja einige Erfahrungen und spreche als Arbeiter zu Ihnen; ich bin versicherungspflichtiger Arbeiter auf allen drei Gebieten der Versicherung. Im Jahre 1900 haben die Herren vom Centralverband der Industriellen sich sogar gegen die Arbeiterausschüsse und Arbeitsordnungen erklärt, weil sie befürchteten, daß dann die Arbeiter Herren im Hause wären. Sie wollen die Arbeiter unter allen Umständen auf die Stufe der ober-schleifischen Arbeiter herunterdrücken, von denen uns gestern Kollege Korfanty erzählte. Dr. Deumer meinte, wenn man die socialdemokratischen Forderungen bewilligte, käme man schließlich auf den Einstunden tag. Nun, sehr viele Leute arbeiten gar nicht und sollen gar nicht schliefen dabei fahren. (Heiterkeit.) Herr Gräfe, das einzige nationale Wächchen, das aus Sachsen gekommen ist (Heiterkeit), hat den freiwilligen Regierungskommissar gespielt. Die Herren Antisemiten in Sachsen hoffen von Bauen aus das Vaterland wieder zu erobern, aber Sie erleben es nur nicht! (Heiterkeit und Zustimmung bei den Socialdemokraten.)

In der sächsischen Textilindustrie betrug nach den Rechnungsergebnissen der Berufsvereinigungen der Durchschnittslohn der Arbeiter einschließlich der Vermeister und Betriebsbeamten 655 Mark pro Jahr. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Selbst nach der fragwürdigen Statistik des Abg. Gräfe könnten die Arbeiter kein menschenwürdiges Dasein führen. Wenn Abg. Gräfe sagte, die Arbeiter hätten noch Gelder auf die Sparkasse gebracht, so wäre das ein Beweis, daß sie sich diese Gelder vom Notwendigsten abgerungen haben. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten. Wiederholte Zurufe des Abg. Gräfe.)

Präsident Graf Ballestrem: Ich bitte den Redner nicht zu unterbrechen, Sie (zum Abg. Gräfe) haben auch das Wort gehabt.

Abg. Fräßdorf (fortfahrend):

Die Unterstützung der Witwen von Arbeitern, die durch Vertriebsunfälle verstorben waren, betrug in Crimmitschau durchschnittlich 162 1/2 M.; da diese Unterstützung beläufiglich 20 Proz. des Lohnes ausmacht, so läme auf den großjährigen Vollarbeiter ein Durchschnittslohn von 811,66 M. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.)

In Willkürlichkeit handelte es sich in Crimmitschau um die Verkürzung der Arbeitszeit. Auch bei solchen Forderungen wollen Sie den Arbeitern den Streik verwehren, aber was bleibt den Arbeitern denn anders übrig? In einem Generalstreik aller Textilarbeiter sind sie zu schwach. Es ist doch natürlich, daß sie da, wo sie glauben, ihre Forderung durchsetzen zu können und wo die Verhältnisse gegeben sind, diesen Versuch machen. Es hätte auch in Crimmitschau der zehnstündige Arbeitstag ohne die geringste Schädigung der Industrie eingeführt werden können. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) — Mit

den papierernen Resolutionen des Centrums ist es endlich genug, wir wollen Thatsachen sehen. Wir haben zum Staatssekretär das Vertrauen, daß er die Socialreform machen will, so weit es unter den heutigen Verhältnissen möglich ist; er weiß aber selbst, daß sofort die Branchen aus diesem Hause kommen. Die Socialdemokratie allein hat positive Arbeit im Dienste der Socialreform geleistet, sie will auch innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung die Interessen der Arbeiter vertreten. Mit dergleichen Betselungen aber lassen wir uns nicht länger abspäßen. (Ärmliche Unterbrechungen rechts und im Centrum.)

Präsident Graf Ballestrem: Ich bitte den Redner nicht zu unterbrechen, ich glaube, er hat ohnehin den besten Willen, nicht zu kurz zu reden. (Große Heiterkeit.)

Abg. Fräßdorf (fortfahrend): Sehr wichtig wären energische Maßregeln zur Bekämpfung der Schwindjucht bei den Steinarbeitern. Die bestehende Verordnung wird nicht genügend durchgeführt. Dabei sterben 84 Proz. der Steinarbeiter an der Schwindjucht, das Durchschnittsalter dieser Arbeiter ist 36 Jahre. Nach der Verordnung sollen Unterkunftsräume, Schutzbuden geschaffen werden, für genügend Trinkwasser soll gesorgt werden, die Arbeitszeit soll zehn bezw. neun Stunden betragen. Aber die Unternehmer laufen Sturm gegen die Verordnung, und die Bestimmungen derselben stehen zum größten Teil nur auf dem Papier. Eine Enquete der Heimarbeiter, die in Nr. 3 des „Heimarbeiters“ veröffentlicht ist, beweist dies. Die Bundesrats-Verordnung hängt vielfach nicht aus, es wird zu lange gearbeitet, jugendliche Arbeiter werden nach wie vor beschäftigt, die Frühstüdbuden enthalten vielfach keine Defen. Die Behörden lassen es an der nötigen Energie fehlen, wenn sie angegangen werden, der Verordnung zur Durchführung zu verhelfen. Ein Amtsvorsteher im Bezirk Haynau erwiderte den Beschwerdeführern, daß auf dem Landratsamt die Bundesratsverordnung nicht bekannt sei, man möge angeben, wann sie erschienen sei. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Unsere Forderung aber, Arbeiter zur Kontrolle in den Betrieben anzustellen, welche allein für eine wirkliche Durchführung der Verordnung garantieren würde, lehnt man ab. Wir werden darauf bei der Resolution zum Bauarbeitergesetz noch zurückkommen.

Herr Wugdan hat ein Loblied auf unsere Arbeiterversicherung gefungen. Gewiß ist unsere Arbeiterversicherung besser als gar nichts, aber wir haben keine Veranlassung, sie ohne Not über das Pohlenlied zu loben. Ein großer Teil der aus den Versicherungen fließenden Summen werden doch von den Arbeitern selbst aufgebracht. Wenn alle industriellen Arbeiter pro Stunde einen Pfennig mehr Lohn bekämen, machte das mehr aus als die ganze Leistung der Arbeiterversicherung. Eine Statistik des Geheimrats Jacher weist nach, daß der Unternehmer für die Versicherung zusammen im Jahre 15,88 M. bezahlt, das macht täglich 5,3 Pf. Daraus geht die deutsche Industrie nicht zu Grunde, wohl aber nach Herrn Dr. Deumer, wenn die Unternehmer täglich ein paar Pfennige mehr bezahlen sollen! Wenn man einen Sechser bezahlt, so wird für einen Thaler Lärm gemacht! (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Die Krankenversicherungspflicht muß ausgedehnt werden auf die Landarbeiter und die Dienstboten. Die Heimarbeiter müssen durch Reichsgesetz versicherungspflichtig gemacht werden. Ueberhaupt müssen alle Personen der Krankenversicherung angegliedert werden, da sie im Krankheitsfalle keinen sonstigen Anspruch auf Ertragsmittel haben. Der Begriff des Betriebsunfalles muß erweitert werden. Die Arbeiter müssen schon bei der ersten Rentenfestsetzung herangezogen werden, nicht erst in Streitfällen zu den Schiedsgerichten; dadurch werden manche Resurce vermieden werden. Wir wünschen auch die Ausdehnung der Versicherung auf die Witwen und Waisen. Dies ist ja versprochen worden, wenn sich in 10 Jahren zeigt, welche Ueberschüsse aus dem neuen Vorkurs herauskommen. Ferner halten wir die Frage der Verschmelzung der drei Versicherungszweige für unzulässig. Heute herrscht große Verwahrlosung von Verwaltungsgebern und Verwaltungsbeamten. Natürlich müßten die Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Selbstverwaltung bei der Versicherung erhalten. Auch bei den Krankenkassen wünscht man ja jetzt die Selbstverwaltung aufzuheben. Aber damit wird man die Socialdemokratie nicht einbinden, sondern die Unzufriedenheit nur von neuem steigern. Ohne ihre eigene Mitarbeit betrachten die Arbeiter alles nur als ein Almosen, das sie unwillig annehmen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Dr. Wugdan und Herr Trimborn sind für die freie Arztwahl eingetreten. Ich habe als Vorsitzender der großen Dresdener Orts-Krankenkasse langjährige Erfahrungen auf diesem Gebiete. Meine Kasse befindet sich nicht im Streitfalle mit den Ärzten. Die Frage, ob freie Arztwahl oder fest angestellte Ärzte ist keine Parteifrage; in unserer Fraktion sind die Ansichten noch heute darüber verschieden. Auch unter den Ärzten giebt es ja Proletarier und Kapitalisten, Hungerige und Sättige. Aber man kann von den Krankenkassen ebenso wenig wie von allen andren Instituten verlangen, daß sie jeden zulassen, der arbeiten will. Soll man z. B. in Berlin die 3000 Ärzte sämtlich auf die Kassenmitglieder loslassen? Es ist nicht wahr, daß durch die Krankenkassen die Proletarisierung der Ärzte herbeigeführt sei. Im Gegenteil, es werden jetzt 40 Millionen für Krankenversicherung von Personen ausgegeben, die früher auf jede ärztliche Hilfe verzichten mußten. Die Krankenkassen sind ja die einzig erreichbaren Organisationen für die Ärzte, und daher suchen diese sich auf Kosten der Kassen zu bereichern. Ich bin durchaus für anständige Bezahlung der Ärzte, aber die Verhältnisse haben sich in dieser Beziehung auch seit Einführung der Krankenversicherung durchaus gebessert. Wir in Dresden haben 1893 pro Kopf des Mitglieds 3,50 M. gezahlt, 1897 4,12 M. und 1902 5,60 M. Relativ und absolut ist das Arztgehonorar in unsrer von Socialdemokraten geleiteter Krankenkasse gestiegen. — Wir haben auch zwei Vertrauensärzte angestellt, denen wir 7000 Mark Jahresgehalt zahlen mit einem Monat Urlaub, währenddessen die Kasse einen Vertreter stellt. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Unsere Vertrauensärzte sind für die Mitglieder da, während die Vertrauensärzte der Berufsvereinigungen dazu da sind, um eventuell die Renten herunterzusetzen. Ein principielle Gegner der freien Arztwahl bin ich nicht. Warum sollen in kleinen Orten mit zwei bis fünf Ärzten nicht alle Ärzte zugelassen werden? In Städten wie Berlin, Leipzig, Dresden aber ist die freie Arztwahl mit der Existenz der Kassen unvereinbar. Die Erhöhung der Beiträge, auf die man uns hinweist, hat doch auch ihre Grenzen, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber wehren sich schließlich dagegen. Wir sind gewiß für ein Zusammenarbeiten von Kassenvorständen und Ärzten, heute aber ist von einem großen Teil der Ärzte das gute Verhältnis auf Jahre hinaus gestört worden. Bei der freien Arztwahl haben allein die Ärzte darüber zu bestimmen, wieviel die Kassen auszugeben haben. Der ober-schleifische Anapthastverein hat in einem Jahre für ärztliche Behandlung und für Medizin 1 118 912 Mark ausgegeben, für Krankenunterstützung aber nur 389 000 Mark. (Hört! hört! Abg. Wugdan ruft: Besteht denn dort freie Arztwahl?) Nein! Herr Korfanty hat Ihnen ja gesagt, weshalb sie dort nicht besteht, weil die polnischen Ärzte nicht zugelassen werden sollen. Aber verordnet wird dort außerordentlich viel. Nun sagen die Ärzte, sie wollen durch ihre Organisation dahin wirken, daß nicht zu viel verordnet wird, können sie denn auf 3000 oder auch nur auf 400 Ärzte einen Einfluß ausüben? Der Vorsitzende der Krankenkasse von Frankfurt hat in Dresden erklärt, die freie Arztwahl sei auf sein Betreiben eingeführt, jetzt aber müsse er selbst zugeden, daß sie die Kasse ruinire. Davon, daß bei freier Arztwahl die Fürsorge für die Familien der Kassenmitglieder ausgegabt werden kann, davon ist gar keine Rede.

Die Ärzte sagen: wenn uns die freie Arztwahl nicht bewilligt wird, so legen wir die Arbeit nieder. Das ist aber in diesem Falle sehr bedenklich. In Köln stellten die Ärzte die Arbeit ein, und die Krankenkassen suchten andre Ärzte. Nun wurden eine Anzahl Ver-

schwerden zuerst gemacht, und die Behörden suspendierten das Selbstverwaltungsgesetz der Kassen führten die freie Arztwahl ein und legten das Arztgehonorar auf durchschnittlich 10 M. jährlich pro Mitglied fest. Nach dem Gesetze hätten die Behörden das Recht gehabt, auf 20 Berechnete Beschwerden hin einzuzugreifen und weitere Ärzte anzustellen, sie haben aber andre Ärzte angestellt, und die bisherigen Kassenärzte sollen von der Kasse abgehenden werden. Wer bezahlt die Abfindungssumme? Möge doch der Staatssekretär dafür sorgen, daß die Behörden wenigstens unparteiisch bleiben.

Ich komme zu dem bevorstehenden Streik in Leipzig. In der dortigen Krankenkasse regiert ebenso wie in Köln die Socialdemokratie. Der Vorsitzende der Leipziger Kasse ist ein königlicher sächsischer Commerzienrat. Dieser wird von den Ärzten als der größte Schuft und Ausbeuter bezeichnet. Auch Herr Steinweg, der fälschlich als unser „Konzeptions-Schäufel“ bezeichnet wurde, sitzt als Arbeitgeber-Vertreter im Vorstand. Die Ärzte in Leipzig verlangen 4 M. für das ledige Mitglied, 12 M. für das beiratete pro Jahr und freie Arztwahl. Bei solchen Forderungen mußten die Krankenkassen auf jede weitere Entwicklung verzichten, sie konnten weder an einen Reservefonds, noch an eine Familienunterstützung mehr denken. Man war in Leipzig erbötig, den Ärzten 1 M. pro Mitglied zuzulegen, d. h. 140 Tausend Mark mehr jährlich. Die Ärzte aber mußten strupplos ihre Organisation aus, um die Krankenkasse zu bergewaltigen. Der Leipziger Kongreß war an sich einer gesetzlichen Regelung der Frage ebenso abgeneigt wie Dr. Wugdan. Wenn es aber so weiter geht, wird nichts andres übrig bleiben, als daß ein Gesetz ad hoc angenommen wird, um diese Frage zu regeln. Die Arztbewegung darf nicht die ganze Krankenversicherung in Frage stellen. Dr. Wugdan meinte, wir trauten den Arbeitern Simulantentum zu. Das ist nicht der Fall, ich weise diese Anschuldigung zurück. Aber viele Arbeiter sind infolge Ausbeutung und Unterernährung in einem so schlechten Gesundheitszustand, daß sie sich alle Tage als arbeitsunfähig melden könnten. Ruhe wäre für sie der beste Arzt und ein Verzicht die beste Medizin. Auch die Verdächtigungen Dr. Wugdans gegen socialdemokratische Kassen-vorstände sind haltlos. Wir fragen nicht nach der politischen Gesinnung, sondern nach der Tüchtigkeit, ziehen allerdings, wenn gleich tüchtige Bewerber da sind, den Socialdemokraten vor.

Dr. Wugdan hing sich im Gegenfah zur früheren Haltung des Freimüths ein socialpolitisches Mantelchen um. Das nützt ihm selbst zur Karnevalszeit nichts. Der Freimüth, dessen sinkendes Schiff immer mehr Ratten verlassen, möchte noch retten, was zu retten ist. Aber er hat keine Arbeiter zu gewinnen, höchstens zu verlieren, wir aber freuen uns, wenn es für uns, wie Dr. Wugdan behauptete, noch viel Arbeiter zu gewinnen giebt. Auch die ärztliche Bewegung gegen die Krankenkassen wird nur der Socialdemokratie nützen. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Die Frage, ob bei Thätlichkeiten gegen Mitarbeiter Arbeiter sofort entlassen werden können, wird zu prüfen sein bei einer allgemeinen Revision der Gewerbeordnung. — Die Maßnahmen zur Hebung des Handwerkerstandes sind zunächst Sache der Einzelstaaten und sollen es bleiben. Wir haben an sämtliche Bundesregierungen die Anfrage gerichtet, was dort in den letzten Jahren zur Förderung des Handwerks geschehen sei. Dies Material wird vielleicht zu weiteren Erwägungen Veranlassung geben, was etwa von seiten des Reiches zu geschehen habe. Besonders habe ich bereits erneute Erwägungen angeordnet, um durchschlagende Unterscheidungsmerkmale zwischen Werkstatt und Fabriken festzustellen, da diese Unterscheidung neuerdings wegen vorgekommener Doppelbesteuerungen zu einer brennenden Frage geworden ist.

Ueber die Frage der Einbeziehung der ländlichen Arbeiter und der Dienstboten in die Kranken-Versicherung ist eine Umfrage an sämtliche Bundesregierungen ergangen. Das Ergebnis der Umfrage wird zur Kenntnis des Reichstages gebracht werden. Die Umfrage ist am 14. März 1903 herausgegangen, das Material wird der Reihe nach bearbeitet, zur Zeit stehen mir noch Antworten von drei Regierungen aus. Herr v. Berlach hat auch gefragt, wie ich persönlich über die Sache denke. Es hat eigentlich wenig Wert für das hohe Haus, wenn ich hier eine derartige Erklärung abgebe, bevor die hohe Wahrscheinlichkeit besteht, daß der Bundesrat auf meinem Standpunkt steht. Ich bin in diesem Falle nur ein isolierter Vorposten, der Ihnen nichts nützt. Wenn ich aber mal meine persönliche Ansicht sagen soll, so siehe ich allerdings auf dem Standpunkte, daß man auch die Dienstboten und die landwirtschaftlichen Arbeiter in die Krankenversicherung einbeziehen sollte. (Bravo! links.) Bei den Dienstboten ist die Sache verhältnismäßig einfach, aber die Schwierigkeit besteht darin: was ist Dienstbote und was ist landwirtschaftlicher Arbeiter, und bei der Krankenversicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter sind die Schwierigkeiten ungeheuer groß, weil die Arbeit zum Teil in Naturalien bezahlt wird und infolge der großen Entfernung von Arzt und Apotheker. In kultivierteren Kreisen mit dichter Bevölkerung, wo Arzt und Apotheker leicht zu erreichen ist, ist auch die Versicherung ländlicher Arbeiter leicht durchzuführen, im Osten aber würde die weite Entfernung der Ärzte und Apotheker den Kassen kolossale Kosten verursachen. Eine Vorbedingung wäre dort die Schaffung der nötigen Krankenhäuser durch die Kreise, und die Pflicht der Erkrankten, sich in ein solches Krankenhaus aufnehmen zu lassen, müßte viel schärfer umgrenzt werden. Das Ziel ist jedenfalls, daß für Landarbeiter und Dienstboten gemeindefähig eine Zwangsversicherung geschaffen wird. (Bravo!)

Hierauf verlegt sich das Haus.

Präsident Graf Ballestrem schlägt vor die nächste Sitzung abzuhalten Sonnabend 1 Uhr mit der Tagesordnung: Interpellation Trimborn-Hise (C.) betr. Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und Arbeitskammern.

Abg. Reichert (Soc.) schlägt vor, zugleich die zwei dieselben Gegenstände behandelnden Resolutionen zur Beratung zu stellen.

Abg. Singer (Soc.) widerspricht diesem Vorschlag, da die Besprechung der Interpellation ohnehin einen vollen Tag in Anspruch nehmen werde und die Weiterberatung der Resolutionen dann die bisherigen Dispositionen des Reichstages störe.

Das Haus beschließt gemäß dem Vorschlag des Präsidenten.

Schluß 6 1/4 Uhr.

## Parlamentarisches.

Kaufmannsgerichte.

Die Kommission zur Beratung der Kaufmannsgerichte erledigte in ihrer Sitzung am 29. Januar principielle die Frage, ob die Kaufmannsgerichte an die Gewerbegerichte oder an die Amtsgerichte anzugliedern seien. Von einer Generaldebatte wurde abgesehen. Dove (fr. Vg.) erklärte sich für Anschluß an die Amtsgerichte, während Henning (L) sich für die Regierungsvorlage aussprach. Singer (Soc.) bezeichnete die Angliederung an die Amts- oder die Gewerbegerichte als eine Zweckmäßigkeitsfrage. Die Einheit der Rechtsgrundzüge und des Verfahrens werde auch dann nicht aufrecht erhalten werden können, wenn die Kaufmannsgerichte an die Amtsgerichte angegliedert werden, denn auch in diesem Falle würden die Streitigkeiten der Handlungsgehilfen dem ordentlichen Verfahren entzogen werden. Für die Angliederung an die Gewerbegerichte haben sich alle socialpolitisch thätigen Verbände der Handlungsgehilfen ausgesprochen. Die Aufrechterhaltung des § 10 der Vorlage würde den kleinen Gemeinden die Errichtung solcher Gerichte ungemein erschweren. Es sind die praktischen Erwägungen der jähnelren und billigeren Rechtspflege, die den Anschluß an die Gewerbegerichte notwendig

machen. Die Angliederung an die Amtsgerichte... Die Regierung möge die von ihr bearbeiteten Entwürfe vorlegen...

Die Kommission wolle beschließen: Unter Ablehnung der Vorlage die verbindlichen Bestimmungen um eine Vorlage zu erlangen...

Singer (Soc.): Die Wirkung des Antrages wäre eine Vertagung der Reform auf unbestimmte Zeit. Es mache einen merkwürdigen Eindruck...

Singer (Soc.): Die Wirkung des Antrages wäre eine Vertagung der Reform auf unbestimmte Zeit. Es mache einen merkwürdigen Eindruck...

später festzulegen, ob nicht noch andre Gebiete — so das Besondere — einem Sondergerichtsverfahren unterstellt werden, lehne er ab. Dr. David (Soc.) weist darauf hin, daß die früheren Gerichte nicht Sondergerichte im socialen Sinne...

Reichs-Vergesetz. Die socialdemokratische Fraktion hat weiter folgende Resolution zum Reichsamt des Innern eingebracht:

- 1. Einführung einer täglichen regelmäßigen Schichtzeit von längstens acht, und in Betrieben, in welchen die Temperatur 25 Grad Celsius übersteigt, von längstens sechs Stunden...

Vermischtes.

Die Hilfsaktion für Kalesund.

Bremen, 29. Januar. Der Dampfer „Weimar“ des Norddeutschen Lloyd berichtet aus Kalesund vom gestrigen Tage: Wir haben am ersten Tage von morgens bis abends 9 Uhr mittels Tender Hungerige an Bord gebracht...

die Bessergestellten keine Vorräte an Nahrungsmitteln haben, weil diese an Bedürftige abgegeben wurden. Dringend nötig sind: warme Kleidung, Schuhzeug für alle Altersklassen...

Hamburg, 29. Januar. Der Leiter der Hilfs-Expedition der „Phönix“ telegraphierte an die Direktion der Hamburg-Amerika-Linie wie folgt: Der Andrang der Hilfsbedürftigen ist stetig zunehmend. Zur Bewältigung und Sicherstellung der Verbindung mit dem Lande requirieren wir zwei Fischdampfer...

Frauenmord in Kiel. Am Donnerstagabend 10 Uhr ist die von ihrem Ehemann getrennt lebende Näherin Schöne mann in ihrer Wohnung in der Schauenburgerstraße ermordet aufgefunden worden.

Die traurigen Vorgänge in der Alice-Kochschule zu Darmstadt fordern immer neue Opfer. Gestern sind zwei weitere der unter Vorkaufsbedingungen erkrankten Personen verstorben...

Ein ländliches Drama. Die Pflanzschule des Bauernguts bester Spittel in Böhlsdorf wurde von einem der bei Spittel bediensteten Aemter durch Messerstücke in Kopf, Schultern und Gesicht schwer verletzt...

Mord. In Kiel wurde Donnerstagabend 10 Uhr die von ihrem Ehemann getrennt lebende Näherin Schöne mann in ihrer Wohnung in der Schauenburgerstraße ermordet aufgefunden.

Singeriet wurde gestern früh im Hofe des dortigen Gefängnisses der Tischlergeselle Rogho aus Naumburg, der seiner Zeit wegen Ermordung des Handelsmannes Guitader auf der Landstraße vom Schwurgericht zum Tode verurteilt worden war.

Anserte für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden.

Theater. Sonnabend, 30. Januar. Anfang 7 1/2 Uhr: Neues Königl. Opern-Theater. Schauspielhaus. Kauf. Deutsches. Komödie d'Andres.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Sonnabendabend 8 Uhr: Ariel Acosta. Trauerspiel in 5 Aufzügen von Karl Gutzkow.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Sonnabendabend 8 Uhr: Die Kinder der Exzellenz. Lustspiel in 4 Aufzügen von E. v. Wolzogen u. W. Schumann.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Hörsaal: Professor Dr. Müller: „Die Arbeitsleistung des grünen Blattes.“

Singer Nähmaschinen. Einfache Handhabung! Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung! Weltausstellung Paris 1900: Grand Prix

Thalia-Theater. Dresdenstr. 72/73. Amt IV 4440. Amt 7 1/2 Uhr. Direction Jean Kren und Alfred Schönfeld. Heute Sonnabend und Sonntag: Der Hochtourist.

Beile-Alliance-Theater. Belle-Alliancestr. 7/8. Amt VI 283. Amt 7 1/2 Uhr. Heute Sonnabend und Sonntag: Der reichste Berliner.

CASTANS PANOPTICUM. Friedrichstr. 165. Ein Naturwunder: Die bildschönen Herkules-Brüder. Der Indianer-Riese Mianko Karoo.

Central-Verband der Maurer Deutschlands. Zahlstelle Charlottenburg. Sonnabend, den 30. Januar, im „Volkshaus“, Rofinenstraße 3: Großer Wiener Maskenball

Cirkus Schumann. Heute Sonnabend, den 30. Januar: High-life-Soiree. Nur noch kurze Zeit! Die phänomenale offene Loop. Erbauer Moni Ancillotti.

Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: Das Käthechen von Heilbrunn. Sonntagnachmittag: Acan.

Casino-Theater. Lothringenstr. 37. Amt 8. Sonntag 7 1/2. Die einst im Mai. Schauspiel mit Gesang in 2 Akten.

W. Noacks Theater. Direktion: Robert Dill. Braunenstraße 16. Heute wegen Privatbesetzung geschlossen.

Residenz-Theater. Direction S. Lantenburg. Abends 7 1/2 Uhr: Die Empfehlung. Abends 8 Uhr: Der keusche Casimir.

Central-Theater. Heute nachmittags 4 Uhr: Jeder Erwählte ein Kind mit Extraplafree. Der gestiefelte Kater.

Deutsch-Amerikanisches Theater. Heute: Kopnickersstrasse 67. Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr 30 Min. GASTSPIEL Ad. Philipp.

Carl Weiss-Theater. Große Frankfurter Straße 132. Radum. 4 Uhr: Kindervorstellung: Kleine Preise 10, 25, 30, 40.

Familienball. Sonntag: Kean. Anfang 7 Uhr. Nach der Vorstellung: Familienball.

Kleines Theater. Unter den Linden 44. Elektra. Anfang 8 Uhr. Sonntag: Doppelpänger - Komödie.

Neues Theater. Schiffbauerdamm 4a-5. Minna von Barnhelm. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Der Strom.

Fröbels Allerlei-Theater. Fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148. Inhaber: Wilhelm Fröbel. Sonntagnachmittag 5 Uhr: Norddeutsche Sänger.

Trianon-Theater. Georgenstr. zwischen Friedrich- und Unversitätsstr. Madame X. Anfang 8 Uhr. Sonntagnachmittag: „Biscotte.“

Königstadt-Kasino. Holzmärkt. 72. Ecke Alexanderstr. Täglich: Franz Sobanski. Mita Roselli, Georg u. Popi Wagner.

Steidl-Theater. Linienstrasse 132. Oranienburger Thor. Kolossal Erfolg! Neu! Das treue Vaterhaus. Dramalet von Felix Steidl.

Berliner Ulk-Trio. Felix Scheuer. Schauspielstr. 1.

**Sensationell! In Berlin noch nie dagewesen!**

Vom **30. Januar** bis **14. Februar** **Heute Eröffnung!** Vom **30. Januar** bis **14. Februar**

**Grosses**

# Münchener Bockbierfest

veranstaltet von dem weltberühmten Festwirt **GEORG LANG** aus München mit seinem aus circa 60 Personen bestehenden Münchener Personal im neu eröffneten prachtvollen Wintergarten der

**BERLINER Unions-Brauerei**  
Hasenheide 22-31.

Die Münchener Gesellschaft „Georg Lang“

setzt sich zusammen aus:

Original Oberländler Musikern, Sängern, Tänzern, Original Münchener Schankmadeln, Original Münchener Metzgern, Original Münchener Würstelbräterinnen.

Original Münchener Festlieder werden jedem Gast gratis verabreicht.

Anfang an den Wochentagen um 6 Uhr und an den Sonntagen um 5 Uhr abends. Sonntags von 12-3 Uhr Matinee.



Georg Lang

**Dr. Simmel**, Prinszen-Str. 41. Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4

**Dr. Schünemann** Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9. 1/2, 12-1/2, 1/3, 1/6-1/8, Sonnt. 9-11

Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei & leiden nicht an Verdauungsstörung.

Nervorragend bewährt bei Brechdurchfall, Darmkatarrh, Diarrhoe etc.



**Kufekes' Kindermehl**

## Victoria-Brauerei Aktien-Gesellschaft

Berlin und Stralau

**= Bock-Bier =**

Victoria-Lagerbier (halb hell) | Victoria-Tafelbier (ganz hell)  
Victoria-Saazer-Bräu | Victoria-Exportbier

### Brauerei Germania Akt.-Ges.

Berlin O. Frankfurter Allee 53. VII 2645.

Ausschank in 80 eignen Geschäften.

## Bock-Bier

1/10 Liter 10 Pf. 1/2 Hektoliter 3,50 Mk.

1 Flasche 10 Pf. 1/2 Hektoliter 3,50 Mk. frei Haus. [4100L\*]

## Patzenhofer Bock!

Der Ausstoss unsres diesjährigen Bock-Bieres hat begonnen.

### Patzenhofer Brauerei

Spandau Berlin Fürstenwalde

Kraft-Rothwein für Blutmarme u. Kranke ärztlich empfohlen

**Feurig-Süßer Santa Lucia** Fi. 150 u. 2M. überal zu haben

in Apotheken, Droguen- und Delikatessen-Geschäften, steht unter ständiger Kontrolle des Gerichts-Chemikers Dr. E. Bischoff.

## Stoff-Reste

für Herrenanzüge, Paletots usw. **spottbillig.**

### Tuchfabrik-Niederlage

Berlin C., Rosstrasse 2 Koch & Seeland.

## Koenigsberger Geld-Lotterie

Ziehung schon 16. u. 17. Februar.

11.200 Geldgewinne bar ohne jeden Abzug zahlbar, im Betrage von Mark

# 267 500

Hauptgewinn: **100 000 M.**

Lose & 3 M. (Porto u. Liste 30 Pf.)

Oscar Brauer & Co. Nachf. G. m. b. H., Bankgeschäft, Berlin W., Friedrichstr. 181. Filialen: NW.: Wilsnackerstr. 63, O.: Andreasstr. 46a, SO.: Oranienstr. 177.

## Thüringische Maschinen- u. Fahrrad-Fabrik

Mühlhausen i. Thür.

Abt. I. Strickmaschinen. Dauerhafte Konstruktion. Katalog u. Offerten gratis u. franco.

Vertreter: Albert Homburger Berlin, Spandauer Brücke 2.

Zahn-Klinik. Preise billige Zahn- u. Kieferheilkunde. Olga Jacobson, Strasse 145.

# Kleine Anzeigen.

**Verkäufe.**

Sofort billig verkauft Obst- und Gemüsegeschäft, Rolle, Holz und Kohlen, mit Portierstelle. Steinwegstr. 20, Berliner Geschäftsvorfahrt.

Zwölfjähriges Grünhaus, Reih- und Vorhofgeschäft (Rolle), Todesfall, billig zu verkaufen Eitelstr. 17.

Gardinehaus Große Frankfurterstr. 9, part. 137\*

Vierzehnjährige Herrenanzüge, Winterpaletots, Reinfleider, aus feinsten Rohstoffen spottbillig täglich, Sonntagsoberlauf, Deutsches Versandhaus, Sägerstr. 63, I. 20532\*

Knabenpaletot (8 Jahre) verkauft Karl Reier, Stromstr. 48, Euergebäude I. 13325\*

Gelegenheit: Schwarze Stiefel- (Rolle), Meter 1,50, Charlottenburg, Goethestr. 76 (kein Laden).

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Drümm, Sackstr. 4, Bahnhofs Hofe. 9312\*

Teppiche, Betten, Gardinen, Portieren, Steppdecken, Tischdecken, Wäsche, Regulatoren, Remontouraturen, Uhrketten, Winterpaletots, Spiegel, Bilder spottbillig Reihhaus Reanderstr. 6. 4912\*

Teppiche, Möbel, Spiegel, Bilder, Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Portieren, Regulatoren, Remontouraturen, Uhrketten spottbillig Reihhaus Reanderstr. 6. 4912\*

Staubend billig verkaufe noch neu komplette Kuchelbetten 33,00, Blüchlofa 45,00, echt leinwandene Kuchelbetten, Kuchelbetten 38,00, Kuchelbetten 4,00, Kuchelbetten 13,00, Spiegel, Gardinen, Stores, Steppdecken, Tischdecken, Verleppich 5,00, Köpchenstr. 126a, I.

Teppiche mit Gardinenfibern Reihhaus Reanderstr. 6, part. 137\*

Grammophon, billig sofort, Nelson, Pflanzstr. 215, I. 13236\*

**Wundertüte, selbstspielende, Teufelchen, Invalidentheater 148 (Eingang Bergstr.), Stalderstr. 40. \* Wäsche- und Strickmaschinen, beste Qualität, billige Preise. Bei Anzahlung coulant Bedingungen. E. Wellmann, Gollnowstr. 26, nahe der Landbergerstr. 2060**

**Cigarren**, 2000 Stück, 16, 18,- Mark 100, nur reelle, gut abgelagerte Ware. Expeditionspreis Reue Friedr. 2098\*

**Vierzehnjährige hochpreisige Herrenanzüge** aus besten Rohstoffen 9 bis 12 Mark. Die bei der Inventur zurückgebliebenen Sachen werden für die Hälfte des Wertes verkauft. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21.

**Steppdecken** billigst Fabrik Große Frankfurterstr. 9, part. 137\*

**Betten**, prachtvoll, 18,00. Billigste spottbillig, Michel, Dresdenstr. 38.

**Winterüberzieher**, Herrenanzüge, wenig getragene Monatsgarderobe von 6 Mark an. Große Auswahl, auch neue, zurückgeblieben, kauft man am billigsten direkt nur beim Schneidemeister Ritzstanzel, Rosenbaderstr. 15 III. 10419\*

**Kanarienvogel**, Nestweibchen, billig, Mahle, Cuvystr. 3, II. Aufgang. 115\*

**Schlennig** verkaufe aus fünf Stimmen sämtliche Möbel, Polstermöbel, verschiedene Spiegel, Teppich, Bilder, Säulenstr. 30,00 noch neu, auch einzeln billig. Beschäftigung lohnend, Gartenstr. 83, I. links. Gefährtes kann bis April gehen. \*

**Wer Landparzelle, Ostvorort, will, als vorläufig kaufen will, wende sich schriftlich an Road, Brunnenstr. 55.**

**Kleiderbind**, Sofa, Spiegel, Spiegelbild, Küchenspiegel, Regulator, Bilder, wenig gebraucht, Weidenweg 4, Keller. 13535

**Singermaschine**, gutnabend, 12,00. Grünberg 48, IV rechts. 13595

**Verkauflich** Geschäft für Gas- und Wasseranlagen (7 Jahre bestehend) per sofort oder 1. April. Witwe George, Kottbuser Damm 5. 1129

**Mingelischen**, Bobbin, Schneid- nader, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00, Köpchenstr. 60/61, Prenzlauerstr. 59/60 und Große Frankfurterstr. 43. 198\*

**Restaurant** mit Vorgarten (sofort zu verkaufen) Hasenheide 11. 1122\*

**Angewandte** Kofferhandlung Grünberg 81 im Haus, jetzt kleine Andreasstr. 5, zur Mitteilung meiner Kundsch. Scholz. \*

**Damenmäntel** spottbillig, Paletots, gefärbt 7,00, Capes, Abendmäntel 8,00, Kostüm 9,00, Kindermäntel 6,00, Heinrich Radtke, Niedervollstr. Nr. 28/29, Angroschlager, Nähe Spittelmarkt. 13676

**Knabenanzüge** verkaufe billig gutes Bett, Hobergarden, Stores, Gardinen, Nähmaschinen, zwei elegante Steppdecken, Hoffmann, Bauw. str. 52. 13685\*

**Singer-Maschine** umlandelnder spottbillig Odenburgerstr. 8 (Kosch), Gemälde. 183

**Restaurations** sofort billig verkauft. Zu erfragen Barz, Charlottenburg, Kantstr. 106. Brauerei hilft. 1195

**Gute Cigarren** raucht man nur Knobelsdorferstr. 7, Charlottenburg. 1195

**Cigarren**, gute 5 Pfennig, 100 Stück 3,50, im Fabriklager Eberhardstr. 2. 115\*

**Mittelschiff** verläuflich, täglich zwei Fahr. Näheres Braunstr. 28, Bäcker. 1133\*

**Bremer Cigarrenfabrik** empfiehlt: Marke 1 pro 1000 Stück 35,00, Marke 2 pro 1000 Stück 37,00, Marke 3 pro 1000 Stück 40,00, Marke 4 pro 1000 Stück 50,00, Marke 5 pro 1000 Stück 58,00. Zwei Hundert an franco, August Kölscher, Bremen, Antonstr. 2.

**Neugeborenes** Kind nimmt in Pflege nach außerhalb. Kathenon. Zu erfragen Hagelbergstr. 42, Kienstedt. 12885\*

**Rechtsbureau!** (Andreasplatz), Grönerweg vierundneunzig. Langjähriger Gerichtsbeistand! Erfolgreichste Raterteilung! Eingebengelage! 12705\*

**Rechtsbureau**, Gerichtssekretär, früherer, Andreasstr. 28. Sonntagsoberlauf. 10195\*

**Patentanwalt** Dammann, Oranienstr. 57, Kottb. 10195\*

**Kunstschöpfer** von Frau Kottb., Steinmeyerstr. 48, Quergebäude hochpart. 18496

**Pfandleihe** Fiedlerstr. 7, Julius Schaefer. 198\*

**Bücher** kauft, bezieht Antiquariat Kochstr. 36, I. Kant I. 8831. \*

**Mittagsisch!** Hier oder Raffce 0,50. Amentstr. 16. 12925\*

**Zaal**, bis 80 Personen, einige Sonntags 180. 114\*

**Vereinzimmer**, 30 bis 40 Personen, besonders für Gesangsvereine passend, einige Wochentage frei. Oranienstr. 180. 114\*

**Vereinzimmer!** Amentstr. 16. 13445\*

**Vereinzimmer**, Zahlstelle passend, Teilmeyerstr. 28. 13445\*

**Schlafstelle** vermietet für Herren Dehmke, Reichbergerstr. 110. 13555

**Möblierte** Schlafstelle Herren. Glaar, Kottb. 37. 13655

**Kleber**, Tapezierer Webbing Sonntag Kottb. 37. 13655

**Platina**, Gold, Silber, Gebisse, alle Uhren, Blattgold, Reingold, sowie sämtliche Metalle kauft Prob. Wangenfeld 4. 702\*

**Genossen!** Mein Vereinzimmer ist noch einige Tage zu vergeben. Feuerlöcher, Gastwirt, Köpchenstr. 4. 13565\*

**Sonntag** Bedarfs- und frische Burt beim geliebten Genossen Karl Franke, Holzgartenstr. 7, wozu ergebendst einlade. 13565\*

**Vermietungen.**

**Wohnungen.**

**Mühlenstr. 8**, nahe Hochbahnstation Stralauerthor und Stadtbahnstation Barthaerstr., sind vom 1. April 1904 Wohnungen von 1 und 2 Stuben nebst Zubehör billig zu vermieten. Näheres daselbst beim Verwalter 8-10, 2-5. 20488\*

**Neue** Kottb. 17 ist eine Wohnung, bestehend aus vier Zimmern, Bad und Zubehör, zum 1. April zu vermieten. Näheres daselbst bei portiere rechts. 18496

**Kleine** Wohnungen im neuen Hause sofort oder später. Müllerstr. 120, vorn I. 13575\*

**Zimmer.**

**Teilnehmer** für möbliertes Zimmer. Stadthagenstr. 22, III links. \*

**Schlafstellen.**

**Schlafstelle**, Herren, bei Reide, Dammstr. 9, vorn III. 13615

**Möblierte** Schlafstelle Mitterstr. 49, vorn II. 13555

**Freundliche** Schlafstelle vermietet Randolf, Mariannenstr. 4, III. 13555

**Arbeitsmarkt.**

**Stellengesuche.**

**Komiker** Schmelzer, Kottb. 10. 13255

**Stellenangebote.**

**Korbmacher** auf edle Kugelförde luchen R. Anglon u. Co., Köpchenstr. 123. 13255

**Wiederer** Arbeiter aus der Kampen-Industrie für Motorenwagen zc. nach London gesucht. Gutes Gehalt für tüchtige Kräfte. Reise vergütet. Goldburg, Green Street, Madrilas, London, England. 13075\*

**Glasbläser** wird gesucht, welcher erfahren und sehr gewandt ist in der Fertigung aller chemischen Apparate mittels Gebläselampe. Offerten einzuliefern an Martignoni u. Pella, Genoa (Italien). Reise wird bezahlt. Lohn 36,00 Mark pro Woche. 13536\*

**Schlosser** auf eiserne Kassen, Dieb, Oberbergerstr. 44. 13636

**Kartonarbeiterinnen** finden dauernde Beschäftigung. Leop. Stein, Reue Königsstr. 30. 13285\*

**Vergoldeter** verlangt Weihenfe, Weihenburgerstr. 5. 1146\*

**Gebirge** Papiererinnen verlangen Kienstahl, Junge u. Co., Holmannstr. 67. 20675\*

**Im Arbeitsmarkt** durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

**Stahl-Schreibfedernfabrik**

im Auslande sucht tüchtigen und vollkommen verlässlichen

## Arbeiter

der das Loch, Schlitten und Biegen der Federn vollkommen versteht. Offerten mit erster Kräfte beifügt die Expedition des „Vorwärts“ unter N. 3. 134251

**Achtung, Stokarbeiter!**

Der Zugang für Stokarbeiter aller Branchen ist streng fernzuhalten bei Schmaling & Barta, Thüringerstr. 18. 88/9 Die Ortsverwaltung. Singer & Co., Berlin SW.

Schippels Zollpolitik.

Der Bericht des „Vorwärts“ über den Vortrag, den Schippel im Reichstag gehalten hat, bewog mich, sofort eine Kritik dieses Vortrags für den „Vorwärts“ zu schreiben.

Schippel behauptet, der Bericht des „Vorwärts“ gebe seine Ausführungen falsch und verzerrt wieder. Ich habe der Veranlassung nicht beigewohnt.

Ich kam mich dabei auf eine Publikation berufen, die Schippel vor ihrer Drucklegung sicher vorgelesen hat, nämlich sein Buch über die „Grundzüge der Handelspolitik“.

Die springenden Punkte in dem Bericht über Schippels Rede sind die Behauptungen, die Lebensmittelpreise erhöhten nicht die Lebensmittelpreise, die Hochhaltung der Grundrente sei notwendig im Interesse der Landwirtschaft.

Will Schippel behaupten, in diesen Punkten seien seine Ausführungen falsch wiedergegeben?

Dann sei er an einige Stellen seines Buches erinnert. In dem Bericht des „Vorwärts“ heißt es:

„Es ist nicht wahr, daß die Preise infolge der Zölle gestiegen sind. Die Agrarzölle sind Zölle, welche mit Mühe und Not die alten Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse erhalten und die Landwirtschaft vor dem völligen Zusammenbruch bewahrt haben.“

Der Schlußsatz beruht vielleicht auf einem Irrtum des Berichterstatters. Mit dem sonstigen Inhalt dieses Absatzes vergleiche man folgendes Zitat:

„Nur weil man in freihändlerischen Kinderfabeln und Zeitartikeln immer wieder auf die grotesksten Einbildungen stößt, sei es gestattet, hervorzuheben, daß alle deutschen Getreidezölle mit Einschluß des Zinsmarktzolles von 1887 ein Sinken der Getreidepreise nicht zu hindern vermochten.“

In dem Bericht des „Vorwärts“ heißt es ferner, von der englischen Landwirtschaft, deren Pachtzinsen unter dem Einfluß des Freihandels sanken:

„Die englische Landwirtschaft ist in rapidem Verfall begriffen, was für England, das sich ja wesentlich auf seine Industrie stützt, nicht schmerzlos ist.“

In seinem Buch aber sagte Schippel:

„Wenn dieser Prozeß (des Sinkens der Grundrente) noch weiter fortgeschritten, so dürfen selbst die blindesten theoretischen Wortemacher zu fühlen bekommen, daß die Preis- und Grundrentenbewegung allerdings sehr viel mit der landwirtschaftlichen Produktion zu tun hat.“

„Die englische Landwirtschaft ist in rapidem Verfall begriffen, was für England, das sich ja wesentlich auf seine Industrie stützt, nicht schmerzlos ist.“

„Dieser Prozeß unterscheidet sich von dem Bericht des „Vorwärts“ nur dadurch, daß er die Vermengung der Interessen der Grundrenten mit denen der Landwirtschaft und die Verteidigung hoher Grundrenten und hoher Lebensmittelpreise noch weit stärker hervorhebt als der Berichterstatter des „Vorwärts“.“

Endlich ließ dieser Schippel sagen:

„Wenn unsere Landwirtschaft nicht wäre, wo bliebe da die Industrie? Für sie sind doch die ländlichen Bezirke ein gutes Absatzgebiet. Wenn sich die Verhältnisse auf dem Lande noch mehr verschlechterten, so würde das eine Abwanderung der ländlichen Bevölkerung in die Städte zur Folge haben.“

In Schippels Buch aber heißt es:

„Es wäre doch eine Verblendung ungeheuerlicher Art, wenn man ignorieren wollte, daß die Landwirtschaft, die noch immer einen so großen Bruchteil der ganzen Bevölkerung umfaßt, für das Abfließen unserer Industrie ganze Provinzen bedeutet.“

Man steht, der Parallelen zwischen dem Bericht des „Vorwärts“ und den „Grundzügen der Handelspolitik“ ist ein vollständiger, und da nicht anzunehmen ist, daß der Berichterstatter das Buch Schippels abgeschrieben, sondern dessen Rede nachgeschrieben hat, kann man nicht im geringsten zweifeln, daß dieser Bericht ein völlig sinngerechter ist.

Wie kann dann aber Schippel erklären: „Nach wie vor vertritt ich die beim Zollkampf und im Wahlkampf von der Partei und mit betätigten Anschauungen“?

Wir haben oben einen Satz daraus zitiert, in dem Schippel die Ueberzeugung ausspricht, ohne den Getreidezoll hätte man vielleicht schon in den achtziger Jahren von einer Katastrophe der deutschen Landwirtschaft sprechen müssen.

Zusammenbruchs. Auf S. 233 aber zitiert Schippel einen Brief des Freiherrn von Thülingen an den jungen Grafen Bismarck, der genau dieselben Gedankengänge entwickelt, und spottet über dessen „Schwarzmalereien“.

Woher dieser Widerspruch? Ich habe schon bei meiner Besprechung des Schippelschen Buches in der „Neuen Zeit“ von 1902 darauf aufmerksam gemacht, es lohnt sich wohl, das Gesagte hier zu wiederholen.

Der Widerspruch rührt daher, daß Schippel es liebt, Auschnitte aus andern seiner Schriften in dem Text späterer zu verwenden, was sehr bequem ist und viel Schreibarbeit erspart.

Seine „Schwarzmalereien“ schrieb er für das Publikum seines Buches — die vorwiegend bürgerliche und revisionistische Kundschaft des Edelheimischen Verlages.

Man begreift jetzt auch, warum Schippel in seiner Erklärung vor dem Reichstag so viel Gewicht darauf legte, daß sein Vortrag für einen kleinen, geschlossenen Verein bestimmt war, nicht für die Öffentlichkeit.

So hat er auch 1897 vor dem Hamburger Kongress erklärt, es sei höchst unangenehm, daß für Miliztruppen im Reichstag keine Mehrheit aufzutreiben sei; 1898 aber verhöhlte er vor den Lesern der „Monatsschäfte“ jeden als Idioten, der für das Milizsystem eintrat.

Angeht alles dessen werden die Parteigenossen es wohl verstehen, warum trotz der Schippelschen Erklärungen meine auf den Bericht des „Vorwärts“ gestützte Kritik seine Rede mir nicht im mindesten hinsichtlich erscheint.

Karl Kautsky.

Partei-Nachrichten.

Der Beschluß des Central-Wahlvereins für Teltow-Beeskow-Charlottenburg betreffend die Haltung unserer Reichstags-Fraktion zum Herero-Artikel.

Hauptächlich Genosse Jubel war es, der für diese Resolution eintrat und erklärte, er habe auch in der Fraktion für Verweigerung der Mittel gesprochen.

Das Nachmalen ist in der Politik eine übliche Sache. Jubel und die übrigen, die angeblich in der Fraktion Gegner der feitsierten Haltung waren, hätten eben dafür sorgen müssen, daß bei einer so wichtigen Angelegenheit die Fraktion zahlreich genug vertreten gewesen wäre.

Hätte die „Münchener Post“ sich die Mühe gemacht, den Bericht im „Vorwärts“, Nr. 21, 3. Beilage, zu lesen, anstatt nach entstellten Mitteilungen bürgerlicher Blätter drauflos zu schreiben, dann hätte sie sich diese unbegründeten Angriffe auf Genossen Jubel zum Teil erspart.

Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ behandelt die Angelegenheit in einem Leitartikel, in dem sie zum Schluß sagt: „In der Sache hat die Fraktion keinen Fehler gemacht, wie sie freilich ebenfalls keinen gemacht hätte, wenn sie die Forderung abgelehnt und in einer besonderen Erklärung ausgesprochen hätte.“

Das Gruppenbild der socialdemokratischen Reichstagsfraktion ist jedoch im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstraße 60, im Neudruck hergestellt.

Totenliste der Partei. In Meissen ist der Genosse Artur Kühnel, noch nicht 50 Jahre alt, nach langjährigem Stichtum (Nähmung) verstorben.

Die Diskussion über die Stuttgarter Gemeindefragen wurde, wie man uns aus Stuttgart schreibt, am Mittwoch in der Generalversammlung des socialdemokratischen Vereins fortgesetzt.

Die Orts-Artenkassen der Kaufleute in Berlin hat den Verzicht durch Vermittlung des Vereins der Berliner Kassenärzte die Verlängerung des bestehenden Vertrages auf fünf Jahre angetragen.

notwendig sei. Arbeitersekretär Kautsky erklärte, die Partei sei durch das jahrelange Kompromittieren auf eine tiefe Ebene gelangt. Die Volkspartei gebe sich nach außen oft radikaler als wir.

Der Vorstand der Socialdemokratie Niederösterreichs teilt in seinem Jahresbericht mit, daß jetzt in jedem Provinzbezirk Vertrauensmänner vorhanden sind.

Professor Antonio Labriola, der wegen seiner Arbeiten über den geschichtlichen Materialismus bekannte und allgemein geschätzte Genosse, hat sich heute früh, wie man uns vom 27. Januar aus Rom schreibt, einer schweren Operation unterziehen müssen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Verwirrung, die unser Polizeiminister mit seiner patentfähigen Erfindung des Frauensegens in allen Polizeiköpfen angezündet hat, wirkt immer noch.

Die Verwirrung, die unser Polizeiminister mit seiner patentfähigen Erfindung des Frauensegens in allen Polizeiköpfen angezündet hat, wirkt immer noch.

Soziales.

Die Orts-Artenkassen der Kaufleute in Berlin hat den Verzicht durch Vermittlung des Vereins der Berliner Kassenärzte die Verlängerung des bestehenden Vertrages auf fünf Jahre angetragen.

Die freie Arztwahl im wirtschaftlichen Interesse der Ärzte war das Leitmotiv. Die freie Arztwahl — die übrigens auch für die beteiligten Klassen im Kreise aller der Ärzte existiert, die sich auf die Bedingungen der Ortsklasse der Kaufleute auf fünf Jahre verpflichtet haben — soll gefährdet sein durch diese Verpflichtung.

Rassenvertreter seien gegen die freie Arztwahl, weil sie ein Interesse daran hätten, den Stand der Ärzte herabzubringen. Daß die Rassenmitglieder die freie Arztwahl nicht forderten, liege daran, daß die Ärzte nicht genug gelohnt hätten, um sie über ihre Rechte aufzuklären. Früher habe man geglaubt, die Rassenmitglieder würden selbst für freie Arztwahl wirken und für gleichmäßige Beanspruchung aller Ärzte sorgen, aber man habe sich in ihrer Intelligenz getäuscht. Die Rassenmitglieder seien wie eine Herde; eins laufe dem andern nach und fülle die Sprechzimmer monopolisierter Ärzte.

Interessant waren auch die gegenseitigen Vorwürfe über die Art der Werbung um Praxis. Die eine Seite behauptete, es sei unwürdig, wie Ärzte sich, um Anstellung durch den Verein Berliner Rassenärzte zu bekommen, bei den Rassenvorstandsmitgliedern und den sieben Vertrauensärzten liebkind machen; die andre Seite behauptete, man laufe den Rassenmitgliedern in der Fabrik, in der Kneipe, in der Portierloge nach, um ihre Kundschaft zu bekommen. Minutenlanges tosendes Lärm folgte diesen Anschuldigungen.

Wir wählten ein Mittel gegen solche unwürdigen Vorwände: die Anstellung fest besoldeter Bezirksärzte nach feststehenden Grundsätzen, die ja im Einverständnis mit den ärztlichen Berufsvereinen aufgestellt werden könnten.

Besonders charakteristisch war die Aufforderung zum Konkreteinsatz an diejenigen Ärzte, die sich bereits auf fünf Jahre verpflichtet haben. Sie ist charakteristisch in ethischer Beziehung und charakteristisch für die juristischen Ansichten der Herren, die sie empfahlen. In einer Resolution, die angenommen wurde, wird es ausgesprochen, die Herren, die sich bereits auf fünf Jahre unter schriftlich verpflichtet haben, sollen diese Unterschrift „zurückziehen“ und sich nur auf ein Jahr verpflichten.

Es wurden juristische Bedenken laut gegen diese Forderung. Mehrere der Herren, darunter besonders Herr Mugdan, der freisinnige Reichstags-Abgeordnete, wählte wunderlichen Rat, den er angeblich bei Juristen eingeholt hat. Der § 119 des Bürgerlichen Gesetzbuch soll die Handhabe bieten:

„Wer bei der Abgabe einer Willenserklärung über deren Inhalt im Irrtum war, oder eine Erklärung dieses Inhalts überhaupt nicht abgeben wollte, kann die Erklärung anfechten.“

Der Irrtum soll nur nach Herrn Dr. Mugdan darin bestehen, daß die Unterzeichner der Erklärung sich in der irrigen Annahme befunden haben, die übrigen Ärzte würden einverstanden sein mit der Verpflichtung. Die Unterzeichner, die dem Verein der freigesetzten Rassenärzte angehören, hätten nicht gewußt, daß sie deswegen aus ihrem Verein ausgeschlossen werden würden, und die andern, die diesem Verein nicht angehörten, hätten nicht gewußt, daß sie mit dem Eingehen der Verpflichtung die ärztlichen Standesinteressen verletzen.

Der Jurist, der Herrn Dr. Mugdan das eingeleitet hat, sollte auf die Weltausstellung nach St. Louis geschickt werden als Beweis für die Fortschritte der juristischen Wissenschaft in Deutschland.

Aber Herr Dr. Mugdan gab auch noch eigene juristische Wissenschaft und eigene ethische Grundsätze zum besten. Jedermann, sagte er, kann natürlich von einem Verträge zurücktreten. Die andre Partei könne höchstens Schadenersatz beanspruchen. Der Schaden muß aber nachgewiesen werden und es läßt sich auf einen Prozeß an. Entweder fänden die Rassen andre Ärzte zu denselben Bedingungen, dann haben sie keinen Schaden, oder sie fänden keine, denn ständen ihnen sämtliche Berliner Ärzte nach den Grundsätzen der freien Arztwahl zur Verfügung und sie hätten auch keinen Schaden.

Wir haben absichtlich diese Anschauungen und Darlegungen, die in den Berichten bürgerlicher Blätter nicht enthalten sind, so ausführlich mitgeteilt, um die Rassen aufmerksam zu machen, damit sie sich vorsehen bei Vertragsabschlüssen mit Ärzten. Sie dürfen, wenn die von Herrn Dr. Mugdan vorgebrachten Grundsätze von der Mehrheit der Berliner Ärzte gebilligt werden — und in der Versammlung fanden sie rasenden Beifall — auf Treu und Glauben bei Vertragsabschlüssen mit Ärzten nicht rechnen.

Noch wollen wir erwähnen, daß die Stellungnahme der Aufsichtsbehörden in Köln gegen die Rassen von den meisten Rednern unter lebhaftem Beifall als ein „herrlicher Sieg“ der Ärzte gefeiert wurde.

Das Berliner Gewerbegericht teilt, wie ein Berichterstatter meldet, mit: „Die Festlegung bestimmter Ruhepausen für die Gehilfen hat sich bei kleinen Betrieben des Gast- und Schankwirts- und Barbiergewerbes insofern oft als nachteilig gezeigt, als hier der Versuch von wechselnder Stärke ist und der Verdienst des Arbeitgebers oft lediglich von der Ausnutzung der sich in ungleichen Perioden wiederholenden Gelegenheiten besteht. Fällt der Ausgehete nur in eine betriebsreiche Periode, so kann dadurch oft der gesamte Verdienst verloren gehen, insbesondere kann sich die Kundschaft dadurch verziehen. Die Regelung der Freistunden müsse unseres Erachtens bei den kleinen Betrieben eine andre sein, wie bei den großen. Dies ist auch insofern möglich, als bei den ersteren die Ausnutzung der Arbeitskräfte keine so fortlaufend gleichmäßige ist, wie im Großbetriebe. Die soziale Stellung von Arbeitgeber und Arbeiter ist bei den genannten Kleinbetrieben auch keine wesentlich verschiedene. Der Verdienst der Gehilfen hängt hier hauptsächlich von jeweiligen Geschäftsumsatz ab, während dieser beim Großbetriebe ohne wesentlichen Einfluß auf die Lohnhöhe bleibt.“

Wir wollen die guten Absichten des Berliner Gewerbegerichts — soll wohl heißen „der Ausschuss des Berliner Gewerbegerichts“ — gern anerkennen, aber bevor es nicht einen Weg mittelst, auf dem diese Umstände berücksichtigt werden können, ohne daß dadurch die Angestellten in ihrer zur Zeit noch so außerordentlich knapp bemessenen Ruhezeit beeinträchtigt werden, läßt sich über die Sache nicht reden. Um keinen Zweifel aufkommen zu lassen, erklären wir noch ausdrücklich, daß auch die Regelmäßigkeit und die zusammenhängende Dauer der Pausen ein notwendiges Erfordernis für die erspriessliche Regelung der Ruhezeit ist.

Eine Eingabe des Verbandes der Deutschen Schuhbinderzünfte läßt der Bundesrat bei den Stadtverwaltungen einfließen, worin die Herren vom Alsterhof für sich das Recht zuerkannt haben wollen an bestimmten Sonntagen im Jahre ihre Gehilfen und Lehrlinge über die vorgeschriebene Sonntagsruhe hinaus zu beschäftigen. Der Stadtmagistrat Würzburg lehnte die Befürwortung ab, da in keiner Weise ein Bedürfnis zu solcher Ausnahmebestimmung gegeben sei.

#### Landstraßen-Proletariat.

Im Abgeordnetenhaus haben die konservativen Abgg. v. Bodelschwingh und v. Pappenheim den Antrag eingebracht, die Regierung um Vorlegung eines Gesetzesentwurfes zu ersuchen, durch welchen die Fürsorge für arbeitsuchende mittellose Wanderer mittels Einrichtung von Wanderarbeitsstätten in Verbindung mit Arbeitsnachweisen geregelt wird. Die Einrichtung soll aber nur für die Provinzen in Kraft treten, deren Verordnungen dies beschließen.

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Die in den Parteiverfassungen am Donnerstag gewählten Mitglieder der Lokalkommission werden ersucht, ihre genaue Adresse bis zum 2. Februar an Wilhelm Sing, Berlin S. 14, Prinzenstraße 66, einzusenden.

Folgende Vereine hatten in verperrten Lokalen ihre Vergnügen ab: Mandolinen- und Zitterklut Anstalt am 7. Februar in Kellers Neuer Philharmonie, Köpnickstr. 96/97; Orchester Berliner Straßentheater am 20. Februar in den Concordia-Sälen, Androstr. 64 (Mastenkall); Gesangverein Oberspree am 13. Februar in Anstalt, Kieder-Schönebrunn; Gesangverein Viedersweg in Hermsdorf (Mitg. d. A.-S.-V.) im Restaurant Soolquelle (Schützenhaus); Mariendorf-Säbende. Der Gesangverein „Männerchor Säbende“ veranstaltete am Sonnabend, den 6. Februar, bei Schultze in Säbende einen Maskenball und verfuhr hierzu in Arbeiterkreisen Billets abzugeben. Das betreffende Lokal ist für die Arbeiterkraft zu Versammlungen u. nicht zu haben. Daher sind die angebotenen Billets zurückzuziehen. Die Arbeiterkraft wird ersucht, diese Vergnügungen nicht zu besuchen.

Am dritten Berliner Wahlkreise sieben Sprelbergs Köpnick-Festale, Köpnickstraße 127a, der Arbeiterkraft zu Versammlungen zur Verfügung, ebenso in Henningsdorf (Kreis Potsdam-Dahme-Land) Ewens Gasthof, Fabrikstraße, in Tegel R. Hermanns Lokal, Schlieperstraße 63.

Verperrt sind fortan: In Johannisbad das Lokal von Jähren, Friedrichstraße 10, in Fichtenau Braubach Gesellschaftshaus. Beide Lokale sind von der Lokalliste zu streichen. Wilmersdorf. Da das Lokal Luise-Park, Wilhelmstr.-Aue 112 (Inhaber Georg Strauß), zu Versammlungen u. nicht mehr zur Verfügung steht, so ist dasselbe von der Liste zu streichen und nicht zu besuchen.

Erster Wahlkreis. Den Parteigenossen des Hansa-Bierkellers zur gest. Mitteilung, daß am Montag, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den Spree-Hallen, Straßr. 13, eine Versammlung stattfindet, in der Genosse K a p e n s t e i n über: „Unser Strafrechtspflege“ spricht. Um rege Beteiligung und Agitation ersucht Der Vorstand.

Friedrichshagen. Sonntagnachmittag 4 Uhr findet bei Witte, Seelstraße 22, ein öffentlicher Vortrag für Männer und Frauen statt. Genosse Albert spricht über „Kunst und Proletariat“ mit Recitation. Hernach gemüthliches Beisammensein mit Tanz.

Grünau. Am Sonntag, den 31. Januar nachmittags 3 Uhr findet bei Duchaufour, Köpnickstr. 79, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt. Genosse W e y l e r spricht über: „Die bevorstehende Gemeindevertreterswahl.“ Zahlreichen Besuch erwartet Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Ober-Schönebrunn. Die Fabrik-Feuertochter des Kabelexwerks „Oberspree“ hält am Sonnabend, den 13. Februar, in Wörners Blumengarten einen Maskenball ab. Man verfuhr nun, unter der Arbeiterkraft Ober-Schönebrunn Billets abzugeben. So dieses Angebot gemacht wird, weisen man dieses zurück, da Wörners Blumengarten der Arbeiterkraft zu Versammlungen u. i. w. nicht zur Verfügung steht.

## Lokales.

### Menschenopfer.

Auch der Winter hat bekanntermaßen seine Poesie und mancher alte Volksbrauch der Weihnachts-, Karnevals- und Faschenszeit soll an die symbolischen Handlungen uralter Heidenzeit anknüpfen. Solch ein Symbolismus ist es auch, der zur jetzigen Jahreszeit zuweilen in den Straßenbahnwagen zartfühlende Pflege findet. Nicht alle Tage, sondern nur bei empfindlicher Kälte öffnet der Schaffner auf Anweisung seiner Direktion einen kleinen Schrein, der in der Mitte des Wagens unter einem Sitz angebracht ist. In diesen Schrein thut der dienende Bruder ein Stückchen Kohle und verduftet mit Hilfe eines Streichholzes dieses Partikelfeld zum Glücken zu bringen. Zuweilen, bei besonderer Veranlassung der Kohle gelingt das Vorhaben, zuweilen auch nicht. Ist der Versuch aber gescheit, dann empfängt den Fahrgast beim Betreten des Wagens bald ein feiner Duft, der entfernt an den Weihrauch in katholischen Kirchen erinnert und auch als Emanation eines rituellen Braudes aufzufassen ist. Das zum Glücken gebrachte Kohlenstückchen soll als Opfergabe für den Gott Rammon betrachtet werden, der wenn irgendwo, so bei der Straßenbahn-Direktion geziemende Verehrung findet. Früher war nur das Direktionsgebäude am Leipziger Platz diesem Gott als Kulstätte hergerichtet; die zunehmende Frömmigkeit in gutgesinnten Kreisen gebietet aber, mit der Zeit jeden Straßenbahnwagen als Tempel auszubauen. Eleptiler werden erwidern, daß Gott Rammon sich nicht mit einem Surrogat von Weihrauchduft naschieren läßt, und nach derberer Kost verlangt. Gemacht, die wird ihm auch zu teil und zwar in Gestalt seiner Lieblingsopfer. Menschenopfer kriegt er nämlich im Straßenbahnwagen, und das auf eine Weise, die der geschäftlichen Frömmigkeit der Direktion von neuem alle Achtung abnötigt. Von den zwanzig Fahrgästen im Wagen strampeln neunzehn vor Frost mit den Füßen und hauchen sich die erlärten Hände an. Auch der zwanzigste, der sich eben gesetzt hat, strampelt anfangs mit. Bald aber hört er mit dieser Sportübung auf, obgleich seine Füße nicht minder Eisklumpen sind wie die seiner Leidensgefährten. Er zuckt in die Höhe, bald mit der rechten, bald mit der linken Körperhälfte, und diese Bewegungen wiederholen sich ebenso rhythmisch wie die des Vären, der auf der zum Glücken gebrachten Eisenplatte das Tanzen lernt.

Und wirklich befindet sich unser Fahrgast in ähnlicher Situation wie Reister Poy, nur daß es nicht seine Füße sind, der er als Opfer darbringen muß. Nicht unter seinem Sitz ist der erwähnte Rest angebracht, auf dem er dem Gott Rammon zu Ehren bei lebendigem Leibe gebraten werden soll. Die Geschichte wird immer peinlicher. Ein kleiner Junge, der dieser Tage mit seinem Papa auf der Straßenbahn fuhr, sprang in seiner Raidelei heulend von dem Marterstuhl auf, den er ahnungslos okkupiert hatte, und rief entsetzt dem Vater zu: D, fühle doch, Vater, wie gräßlich das brennt! Erwachsene aber, und namentlich Damen, empfinden natürlich das Peinliche solchen Behlagens, verbeissen sich für eine Weile den Schmerz und stürzen endlich, wenn es nicht mehr zum Aushalten ist, entsetzt aus dem Wagen, um einem neuen Opfer Platz zu machen. Das Bedauern mit diesen Menschenopfern äußert sich dann meist so lebhaft, daß die Fahrgäste kaum Zeit gewinnen, eine andre in dieser Jahreszeit sehr aktuelle Frage zu erörtern. Die nämlich, wann denn endlich die Straßenbahnwagen mit der längst versprochenen Heizung versehen werden.

Die Geburten haben sich in Berlin im letzten Jahre wieder vermehrt, und zwar diesmal so beträchtlich, daß sich gegenüber den Geburten des vorletzten Jahres ein Unterschied von rund 1700 ergibt, während das vorletzte Jahr hinter dem drittletzten um etwa 1100 Geburten zurückgeblieben war. Nach den bisher eingegangenen Meldungen, die durch nachträgliche Meldungen noch um einige Duzend vervollständigt werden können, wurden hier im Jahre 1903 nur rund 49 500 Kinder geboren (einschließlich 1748 Totgeborene). Im Jahre 1902 waren noch 51 191 Kinder geboren worden (einschließlich 1829 Totgeborene), im Jahre 1901 noch 52 239 Kinder (einschließlich 1806 Totgeborene). Wird die Geburtenhäufigkeit an der Bevölkerungszahl gemessen, so ergibt sich, daß ihre Zunahme schon seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre nicht mehr mit der Vermehrung der Bevölkerung Schritt gehalten hat. In 1902 und 1903 ist die Geburtenhäufigkeit so stark zurückgeblieben, daß die Zahl der Geburten, wie oben angegeben, sogar an sich geringer geworden ist. Derselbe Erscheinung zeigte sich zu Beginn des vorigen Jahrzehnts, von 1892 an (1891: 53 535 Kinder, 1892: nur 52 495 Kinder). Damals begann die jährliche

Zahl der Geburten erst wieder 1896, wenigstens an sich, größer zu werden (1895: nur 48 856 Kinder, aber 1896: 50 009 Kinder). Es muß abgewartet werden, innerhalb welcher Zeit diesmal der Umsturz kommen wird. Bis zu einem gewissen Grade wird das Auf und Ab der Geburtenhäufigkeit durch die Vermehrung oder Verminderung der neuen Eheschließungen beeinflusst. Im vorigen Jahrzehnt war die jährliche Zahl der Eheschließungen seit 1891 auch an sich geringer geworden, und erst das Jahr 1895 hatte wieder eine Besserung gebracht. In diesem Jahrzehnt begann 1901 für die Eheschließungen eine Abwärtsbewegung gleicher Art, aber diesmal ist schon 1903 wieder ein Umsturz eingetreten, eine Zunahme um 1000 Eheschließungen gegenüber dem vorhergehenden Jahre.

Der Etat im Magistrat. Der Etat der Armenverwaltung, der gestern den Magistrat beschäftigte, ist wiederum in den Ausgaben ungemein gestiegen. So werden für die monatlich gezahlten Unterhaltungen — Almosen — 6 700 000 M., also 850 000 M. mehr, für die monatlich gezahlten Pflegegelder 1 000 000 M. oder 142 000 M. mehr, für die außerordentlichen Unterhaltungen 1 075 000 M. oder 75 000 M. mehr als im Vorjahre bewilligt. Für Winterunterstützungen werden 300 000 M. (+ 16 000 M.) verwendet. Kleinere Beträge sind für die Desinfektion weniger von Interesse, doch dürfte noch hervorzuheben sein, daß an die königliche Charité nach Abrechnung der der Stadt zustehenden 100 000 M. Verpflegungstage immer noch an Verpflegungsausgaben 500 000 Mark gezahlt werden, etwas weniger als im Vorjahre in Anbetracht der Wundzahl von 800 Betten in dem neuen Charitégebäude. Der gesamte Etat würde mit einer Mehrausgabe — nach Abzug der ungefähren Einnahme von 750 000 Mark — von beinahe 11 Millionen Mark abschließen.

Aus der Heilstätte Grabowsee wird uns geschrieben: „Zu den bekanntesten Sagen über politische Agitation unter den Kranken paßt schlecht das Verhalten des Chirurgen am verflochtenen Mittwoch. Als das Mittagessen begann, erschien der erwähnte Herr mit den Ober- und Unterärzten und hielt eine auf Verherrlichung Wilhelm II. ausklingende Ansprache. Die Schlussworte der Rede waren die auf Kriegerehrenfestlichkeiten üblichen: Ich fordere Sie auf, Ihr Glas zu erheben und mit mir einzustimmen in den Ruf: Kaiser Wilhelm lebe hoch usw. — Dem Chirurgen muß bekannt sein, daß unter den Kranken sehr, sehr viele Socialdemokraten sind, deren Genugthuung der Herr ebenfalls kennt. Diese Kranken kamen durch die unerwartete Ansprache in die peinlichste Verlegenheit; wären sie ihnen gelieben, so hätte der Staatsanwalt zur Einleitung von Wahnsinnsbeleidigungs-Sagen Anlaß bekommen und eine Anzahl Lungenleidende hätten ins Gefängnis wandern müssen. Um dieser Gefahr zu entgehen, blieb den Kranken nichts übrig als aufzustehen, daß aber die guten Beziehungen zwischen Kranken und Arzt an diesem Tage gefördert wären, kann man nicht behaupten.“

Die verschleppte Berlinerin. Die durch den Mädchenhändler Louis Breier aus Berlin eingeführte Jenny F. hat sich nach Feststellung der österreichischen Liga zur Bekämpfung des Mädchenhandels zuletzt in Wien aufgehalten, doch ist sie von dort verschunden, und ihr gegenwärtiger Aufenthaltsort konnte noch nicht ermittelt werden; sie dürfte sich vermutlich noch in Wien aufhalten. — Auf Grund der Veröffentlichung über das Verhören des Breiers, der die Mitteilung gelesen hatte, schrieb er aus Reghelly (Ungarn) an die hiesigen Verwandten des Fräulein F. und teilte ihnen mit, daß die junge Dame ihn in Wien heimlich verlassen habe. Der Brief wurde sofort der hiesigen Kriminalpolizei übergeben, die die Festnahme des in Reghelly weilenden Breier veranlaßte. — Nach Lage der Sache erscheint es jedoch zweifelhaft, ob gegen den Mädchenverführer vorgegangen werden kann.

Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk bringt die illustrierte Wochenchrift „In freien Stunden“, von der Heft 5 heute ausgegeben wird. Das Heft bringt die Fortsetzung von Gerhards Roman „Die Flupiraten des Mississippi“ und der spannenden Erzählung „Gabriel Lambert, der Galereislave“, von A. Dumais. Als kleine Erzählung enthält dieses Heft „Der karierte Akt“. Am 1. Januar hat ein neues Abonnement begonnen, auf das wir unsere Leser aufmerksam machen. Bestellungen nehmen alle Parteidepotitionen, Parteidepotente und die Postanstalten entgegen. Die Hefte erscheinen wöchentlich je 24 Seiten stark zu 10 Pf.

Infolge eines Drahtbruchs entstand gestern Abend in der Invalidenstrasse eine Störung des Straßenbahnbetriebes. Der Draht lag ca. 1 Centimeter in der Verbindungsöse, fiel jedoch nicht zur Erde, sondern wurde durch den Schweißbügel gehalten. Zwischen der Bruchstelle und dem offenen Ausfaller am Neuen Thor war infolge des Unfalles die Strecke Stromlos und so mußten die in der Richtung nach Moabit fahrenden Straßenbahnzüge in der Zeit von 1/7 bis 7 Uhr über das Friedrich-Str.-Ufer abgelenkt werden.

Der Schriftsteller Karl Emil Franzos ist Donnerstag hier gestorben. Er ist mehr als 55 Jahre alt geworden. Franzos hat „Halbasien“, die Judenmeister in Dignitäten und die interessanten Völkergeschichten der Kuffenen, der Quuzen u. für die deutsche Literatur entdeckt. Sein Buch „Aus Halbasien“ wurde in viele fremde Sprachen übersetzt. Später schrieb er noch Romane und Romellen. Einige von ihnen wurden auch in unsere Parteidruckerei zum Abdruck gebracht. Franzos, der aus dem östlichen Galizien stammte, lebte seit einem halben Menschenalter in Berlin und gab hier eine Halbmonatsschrift „Deutsche Dichtung“ heraus. —

Eine Erkundungsfahrt machten gestern Kriminalbeamte mit dem Einbrucher Henkel, der zu der gefangenen Röhlichen Bande gehört. Während Röhlich noch immer den wilden Mann macht und die mit verhafteten Sommer und Körber schweigen, ist Henkel jetzt geständig. Da er nun aber die Kammern der Häuser, in denen die Bande stahl, nicht kannte, wohl dagegen ihr Neuhäres, so fuhr man mit ihm im Westen der Stadt, in Charlottenburg, Schöneberg, Friedenau und Wilmersdorf umher und ermittelte so über 30 Einbrüche, die unter der Leitung von „Seidenschmür“ ausgeführt wurden, darunter neun in Charlottenburg, sechs in Schöneberg und drei in Friedenau. Röhlich, der im Unterfangungsgefängnis alles, was ihm in die Hände fiel, kurz und klein schlug, hatte einen eigenen Weg, die Einbrüche auszubaldern. Unter dem Namen und in der Uniform eines Feuerweckers Paul Dallhoff vom Artilleriepark in Magdeburg oder als Eisenbahnassistent gleichen Namens machte er sich an Dienstmäßen aus dem Westen auf dem Tanzboden oder bei andrer Gelegenheit heran, versprach ihnen die Ehe und vereinbarte mit ihnen ein Stelldichlein, wenn die Herrschaft nicht zu Hause war. Während er dann mit seinem Schatz ein Blaubeerständchen hielt, brach seine Bande in die unbewachte Wohnung ein und plünderte, was an Gold und Wertgegenständen zu haben war. Dit ließ er auch das Mädchen unkonst warten und half selbst beim Einbruch. Drei solcher Brautens nannte er früher selbst, es sind aber schon 15 ermittelt und damit ist ihre Reihe wahrscheinlich noch lange nicht erschöpft. Bei einer Reise mit Henkel traf der Hauptling in Stettin, wo die beiden einen Juwelenladen austraben wollten, eine alte Bekannte und knüpfte wieder mit ihr an. Das hatte für Henkel unangenehme Folgen. In den Armen der Liebe vergaß „Seidenschmür“ den Einbruch und ließ seinen Helfersbesser allein am Juwelenladen stehen. Henkel wartete so lange, bis er einem Schutzmann auffiel, der ihn festnahm. Da man Diebeswerkzeug bei ihm fand, so mußte er vier Wochen in Unterfangungsgefängnis sitzen. Dann wurde er wieder entlassen, weil man ihn keine Straftat nachweisen konnte. Da er aber keinen Pfennig Geld hatte, so mußte er zu Fuß nach Berlin wandern. Diejenige Streich konnte er Röhlich, der unterdessen den Einbruch selbst ausgeführt und mit den übrigen Komplizen in Saas und Braus gelebt hatte, nicht vergessen. In Magdeburg aber ging diese Geschichte noch schlimmer aus. Hier wollte Henkel nicht noch einmal zu lange warten, machte sich auf eigene Faust an die Arbeit und wurde gefaßt. Diese schlechten Erfahrungen mit den Liebshafen „Seidenschmür“, der später in Berlin festgenommen wurde, haben ihn gegen den Hauptling sehr verstimmt und machen ihn jetzt wohl auch geschädigt.

Ein sehr böses Gewissen muß ein verhafteter Paletotdieb haben, der seine Wohnung nicht angeben will. Der kleine unheimliche Mensch, ein 27 Jahre alter kleiner Otto Meinel, wurde abgehakt, als er seine Dreistigkeit doch etwas gar zu weit trieb. Er bestaunte mit Vorliebe die Haffee- und Bierhäuser der Friedrichstadt, weil es dort die besten Paletots giebt. In einem Café stahl er nun einem Gast den Heberzieher und verkaufte ihn sofort einem der dort beschäftigten Kellner. Der argerte sich nicht wenig, als der Gast beim Verlassen des Cafés sich meldete und nun herauskam, daß das Kleidungsstück gestohlen war. Meinel hatte an die Möglichkeit eines solchen Ausganges wohl nicht gedacht und kam den nächsten Abend ganz vergnügt wieder. Jetzt holte aber der gestohlene Kellner einen Schuttmann, der ihn festnahm und der Kriminalpolizei übergab. Diese fand bei ihm noch einige Pfandstücke. Seine Wohnung will der Mann durchaus nicht angeben. Er behauptet zwar, daß er keine habe, das ist aber ganz ausgeschlossen, da er stets feim und sauber gekleidet ging. Die Wohnung birgt jedenfalls noch Sachen, deren Entdeckung dem schon betroffenen Menschen unerwünscht sein muß.

**Verkehrszählung bei der Straßenbahn.** Eine interessante und seit langem wünschenswerte Verkehrszählung wird die Große Berliner Straßenbahn für sich und die mit ihr vereinigten Gesellschaften zu Anfang Februar vornehmen. Die Zählung findet an vier Tagen, dem Freitag, den 5. bis Montag, den 8. Februar statt. Für jede Linie und jeden Wagen werden zu diesem Zwecke besondere Zählblätter ausgegeben, in welche die Aufnahmen eingetragen sind. An den beiden ersten Tagen, am Freitag und Sonnabend, den 5. und 6. Februar, wird der Verkehr auf den einzelnen Teilstrecken sämtlicher Linien gezählt. In dem gesamten Netz sind zu diesem Zwecke 220 Zählpunkte bestimmt worden. Sie wiederholen sich in Abständen von 1/2 bis 2 Kilometer. Ein Bild von der Aufnahme bieten z. B. die Zählpunkte der Ringbahn. Sie befinden sich: Bergstraße, Friedrichs-Platz, Reichstagsplatz, Reimstraße, Defauerstraße, Glockenbeckenstraße, Giltshäuserstraße, Wasserhorststraße, Annenstraße, Michaelstraße, Langestraße usw. In jedem Zählpunkt wird die Zahl der im Wagen befindlichen Fahrgäste aufgenommen. An jeder Haltestelle werden außerdem die Personen gezählt, die etwa zurückgewiesen werden, um so das Verkehrsbildnis der einzelnen Linien zu ermitteln. Am Sonntag und Montag, den 7. und 8. Februar, erfolgt die Aufnahme des Verkehrs nach den einzelnen Stunden. Es werden dabei außerdem die Arten der Fahrgäste unterschieden, Fahrschein, Zeit-, Arbeiter- und Schülerkarten, „Fortkarten“ usw. Jeder Schaffner soll außerdem angeben, bei welchen Fahrten Fahrgäste etwa zurückgelassen werden mußten. Eine weitere Frage lautet: Worüber klagten die Fahrgäste im Besonderen? Die Zählung bietet somit dem Publikum eine bequeme Gelegenheit, Wünsche zur Geltung zu bringen. Auch ist es jedem Schaffner ermöglicht, seine Erfahrungen nutzbar zu machen, denn eine letzte Frage an den Schaffner lautet: Welche Vorfälle in Bezug auf Fahrplan und Verkehr geschehen sind und besondere Anerkennung finden. — Hoffentlich werden sie sich nicht, die Wahrheit zu sagen.

**Hausdurchsuchungen.** Die Berliner Polizei hat am Dienstag dieser Woche bei einem Restaurateur im Osten Berlins nach Exemplaren der anlässlich des 25jährigen Bestehens der „Völkischen Freiheit“ herausgegebenen Jubiläumssammlung gesucht. Gefunden wurde nichts. Am Laufe dieser Woche sollen aus denselben Veranlassung Vernehmungen auf dem Polizeipräsidium stattgefunden haben.

**Feuerbericht.** Durch Heberlöcher von Fett kam gestern Feuer in der Müllerstraße 36 aus. Als der Wohnungsinhaber die Flammen löschen wollte und dazu Wasser benutzte, hatte dies eine explosionsartige Wirkung. Die Wand nach dem Vorderraum wurde zerstört und ein großes Schaufenster in diesem Vorderraum total zertrümmert. Der Wohnungsinhaber kam mit dem Schrecken davon. Gestern abend mußte die Feuerwehr einen größeren Strohbrand in der Hehrbellnerstraße 21, wo eine Menge Hausrat brannte, löschen. Die Wehr mußte kräftig Wasser geben, um die Gefahr zu beseitigen. In der letzten Nacht gegen 1 Uhr kam ein gefährliches Feuer in einer Pianoforte-Fabrik in der Kottbuser-Allee 34 aus. Die Flammen fanden an Holzern reiche Nahrung und konnten vom 3. Stock nur durch energisches Vorgehen und kräftiges Wassergeben gelöscht werden. Durch Unvorsichtigkeit kam in der Andreaskirchstr. 14 Feuer aus, dem Stroh u. a. zum Opfer fiel. Außerdem wurden in den letzten Stunden noch Brände vom Grünau Weg 63 und andern Stellen gemeldet.

In der Marienkirche werden Montag, den 1. Februar, abends 7 1/2 Uhr Musikdirektor Otto Diemel, Kapellmeister Maxotte, Kapellmeister Friedemann, Kapellmeister Selmann, der Cellist Herr Otto Lorenz und der Fiedlermeister Herr unter Leitung des Organisten Herrn Reinhold Kirch Orgel- und Celliststücke, Lieder, Arias, Duette und gemischte Chöre berühmter Meister bei freiem Eintritt aufzuführen.

### Aus den Nachbarorten.

**Charlottenburg.** Die Erbschaften für die Stadtverordneten Vogel und Girsch, die bekanntlich, da sie doppelt gewählt waren, ihre Mandate im 3. bezw. 7. Bezirk niedergelegt haben, finden am Dienstag, den 9. Februar, statt.

Der Charlottenburger Stadthaushaltsplan für 1904 schließt im Ordinarium des Hauptetat in Einnahme und Ausgabe mit 14 642 000 M., im Extra-Ordinarium mit 7 025 200 M. Das Ordinarium ist etwa um 1 Million höher, das Extra-Ordinarium um 5,8 Millionen niedriger veranschlagt als im laufenden Etat. Die Einnahmen betragen unter andern bei der allgemeinen Verwaltung 2 048 082 M., bei den höheren Lehranstalten 351 960 M., bei den höheren Mädchenschulen, Bürger-Mädchenschule und Gemeindefiskalen 537 511 M., beim Fortbildungsschulwesen 61 955 M., beim Armenwesen 153 620 M., bei den Hospitälern und Krankenanstalten 968 000 M., beim Hochbau 65 273 M., beim Straßenbau 601 605 M., beim Feuerlösch- und Straßenreinigungswesen 6 900 M., bei den Gemeindesteuern 8 131 450 M. Von den Ausgaben beziffern sich die fortbauenden auf 126 640 000 M., die einmaligen auf 1 992 900 M. Am beträchtlichsten sind sie beim Kapitul Schuldenzinsen mit 3 294 900 M. Das Armenwesen erfordert 907 975 M. gegen 926 530 M. im Jahre 1903. Im einzelnen sei bemerkt, daß die Gemeindesteuern folgendermaßen veranschlagt sind: Einkommensteuer 4 341 000 M., Grundsteuer 2 300 000 M., Umsatzsteuer 1 100 000 M., Gewerbesteuer 2 975 000 M., Betriebssteuer 28 900 M., Hundesteuer 84 000 M. Der Steueretat ist der gleiche wie im laufenden Jahre. Dem Voranschlag der Gemeinde-Grundsteuer ist ein geschätzter Wert von 986 Millionen Mark zu Grunde gelegt. Der Ueberschuß aus dem Jahre 1902, der in die Einnahme des Jahres 1904 eingestellt wird, beziffert sich auf 592 587 Mark, der Ueberschuß aus den Gasanlagen ist mit 1 058 260 M. veranschlagt, der vom Elektrizitätswerk mit 68 564 M. Die Provinzialabgaben betragen 610 000 M. Von einzelnen Forderungen heben wir hervor: 400 M. für Schwimmunterricht in den Gemeindefiskalen, 25 000 M. für die Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts, ferner die Forderung der Mittel für die Anstellung einer Schulärztin für die beiden höheren Mädchenschulen und die Bürger-Mädchenschule. Das Kapitalvermögen der Stadtgemeinde ist auf 1 838 225 M. geschätzt.

**Der Podensall.** In der vodenverdächtigen Erkrankung des Oberrealgymnasiums Goldberger aus Budapest, der sich bei dem Gemeindefiskalrat Voligt in der Kaiser Friedrichstr. 25 zu Charlottenburg in Pension befand, wird uns weiter gemeldet, daß sich auch der Sohn des Lehrers Voligt wegen Verdachts der Erkrankung an Podensall in ärztliche Behandlung begeben mußte. Der junge Voligt, der die Weihnachtserien im elterlichen Hause verlebte, besuchte zur Zeit die dritte Klasse des Lehrerseminars in Altdöbern, wo er auch Pension bezogen hat; er wurde gestern dem dortigen städtischen Krankenhaus zugeführt zwecks längerer Beobachtung in einem isolierten Räume. Gleichzeitig fand auf behördliche Anordnung die sofortige Schutzimpfung der Mitschüler und Pensionsnarrs des Erkrankten statt.

In der Wilmsdorfer Gemeindevorsteher-Sitzung gab gestern abend der Amtsvorsteher in der Angelegenheit des Mannwarth-Kneumeyerischen Grundstückes die verlangte Auskunft. Ihre Parteigenossen hatten bekanntlich die Anfrage gestellt, was er gegen die von liberaler Seite erhobenen ehrenrührigen Angriffe zu thun gedenke. Der Amtsvorsteher gab eine eingehende Darstellung der Angelegenheit und erklärte, daß demnächst eine Rechtsfertigung in der „Gemeinde-Zeitung“ erfolgen werde; ferner solle eine kurze Mithatstellung den Zeitungen gehen. Dann wurde die Terrahangelegenheit noch in längerer Debatte erörtert, an der sich außer dem Amtsvorsteher die Gemeindevorsteher Venschlag und Schröder beteiligten. — Weiter beschloß die Gemeindevorstellung, bei anstehenden Straftaten die obligatorische Desinfektion einzuführen. Auf socialdemokratischen Antrag hin wurde beschlossen, daß die Desinfektion ohne Unterschied kostenlos erfolgen soll.

Mit fünf Mark Geldstrafe belegter Terrorismus. Solcher Terrorismus ist selbstverständlich Terrorismus von der staatsrechtlichen Seite. In Brandenburg a. N. sind in einer Innungsversammlung nämlich erstliche Bäckermeister über einen Kollegen thätlich hergefallen, weil er — sechs Stück Pastwaren für 10 Pf. verkauft. Die anderen Innungs-Bäckermeister gaben nur vier Stück für 10 Pf. Dieser Ausbruch wider Terrorismus, um im staatsrechtlichen Jargon zu reden, ist, wie die „Potsdamer Störche“ meldet, dadurch vom Schöffengericht gelöst worden, daß zwei der besagten „Terroristen“ zu je fünf Mark Geldstrafe verurteilt wurden. Ob es seit Verleihen des Staates der Socialreform schon jemals vorgekommen ist, daß ein Arbeiter, der einen Streikbrecher verurteilt, von einem Gerichtshofe zu einer ähnlich milden Strafe verurteilt wurde? Wie wissen keine solche Leistung der deutschen Justiz zu nennen.

Zur Beurteilung der Höhe des Profits, den die ob dem bishigen Arbeiterlohn jammernen Bäckermeister einbringen, ist die Mitteilung noch von Wert, daß die Innung neben dem verurteilten Bäckermeister einen Konkurrenzladen eröffnet hat, in welchem acht Stück Pastwaren für 10 Pf. verkauft werden.

Scharfe Patrone. Eine militärische Bewachung des Potsdamer Gefängnisses ist jetzt, insofern der dort in letzter Zeit mehrfach vorgekommenen Ausbrüche und Entweichungen von Gefangenen, angeordnet worden. Von abends 5 bis morgens 7 Uhr steht jetzt ein Wachposten mit scharfer Patrone auf dem Hofe des Gefängnisgebäudes. Schon in früheren Jahren hatte das Gefängnis Tag und Nacht militärische Bewachung. Von den in letzter Zeit aus dem Gefängnis entflohenen Untersuchungsgefangenen fehlt noch immer der Arbeiter Rudolf Lange, geboren am 29. August 1880 in Köthen, welcher wegen Diebstahls und Bettelns inhaftiert war. Mit mehreren andern, inzwischen wieder eingetragenen Gefangenen gelang es ihm, am 23. November 1903 zu entfliehen. Man glaubt, daß er sich in Berlin verborgen hält. Lange hat auf beiden Unterarmen eine Tätowierung.

Die Kitzbörjer Stadtverordneten-Versammlung nahm in ihrer letzten Sitzung ohne Widerspruch die Erklärung des Stadtverordneten Heinrich (Sec.) entgegen, daß ihn Gründe des Berufs zwingen, sein Mandat niederzulegen. Beschlossen wurde, die für die Erweiterung der Krankenanstalt an der Cammerstraße ausgeworfenen Mittel von 90 000 M. auf 110 000 M. zu erhöhen. Die Versammlung erklärte sich auch damit einverstanden, daß die Verwallung der erweiterten Krankenanstalt in der Cammerstraße der Krankenhaus-Deputation übertragen und diese durch ein Magistratsmitglied und einen Stadtverordneten aus der Armendeputation verstärkt wird. In der letzten Sitzung hat die Armendeputation die Krankenanstalt mit verwaltet. Die Stadtverordneten-Versammlung wählte den Stadtverordneten Zimmermeister Jentsch in die Krankenhaus-Deputation. — Für die 7. Hochkunst- und fachschriftliche Ausstellung des deutschen Gewerkschaftsverbandes wurden 300 M. zu einem Ehrenpreise bewilligt. Eine Schulvorlage führte zu einer kurzen Debatte. Stadtver. Conrad (Sec.) vernimmt in dem Bauprojekt für die Schule, die auf einem Grundstück zwischen der Weise- und der Fontanestraße entstehen soll, eine Turnhalle, Fechtstube, eine Aula und Einrichtungen, die später die Anlage von Schwimmbädern ermöglichen. Dieser Mangel moderner Einrichtungen bei Volksschulbauten falle um so mehr auf, als für das Gymnasium alles mögliche bewilligt werde. — Stadtver. Gröppler (Mitglied der Schuldeputation) betonte demgegenüber, daß in Kitzbörj vor allem die Massen fehlten und deshalb die Schulgrundstücke möglichst nach dieser Richtung ausgenutzt werden müßten. Erst wenn man in Kitzbörj nicht mehr so viel fliegende Klassen habe, werde mehr in der gewünschten Richtung gethan werden können. Für die Errichtung einer Turnhalle habe sich das Grundstück nicht geeignet. — Die Vorlage wurde angenommen. Zugestimmt wurde ferner der Einrichtung von Beschleichen an der höheren Lehranstalt vom 1. April ab, und zwar zunächst für die II. und III. Vorklassstufe, die Sexta, Quinta, Quarta und Untertertia der Realschule und die Sexta, Quinta, Quarta des Realgymnasiums. — Es folgte eine geheime Sitzung, in welcher unter andern eine 3/2 Millionen-Anleihe beschlossen wurde.

Brit. In der letzten Sitzung der Gemeindevorstellung wurde zunächst Kenntnis gegeben von der Genehmigung einer neuen Lehrstelle. — Die Schulbau-Angelegenheit wurde an die Kommission zur Inauguration der Hebelanstellung des Schulsystems an eine der drei bestehenden Schulen einen Anbau vorzunehmen oder ob in dem wenig bewohnten Ortsteil am Buchhof eine vier- oder fünfklassige Schule zu errichten sei, wozu letztere noch große Straßenaufkosten verursachen würde. — Einem vom Gemeindevorsteher gestellten Antrag auf Teilung der dritten Wählerklasse in zwei Bezirke widersprachen unsere Vertreter, weil unsere Wünsche auf Ausdehnung der Wahlzeit bis 8 Uhr abends bis jetzt noch keine Berücksichtigung gefunden hätten. —

Das Lohnsystem soll beim Bahnhofsbaue in Zehlendorf eingeführt sein. Die dort beschäftigten Arbeiter, zunächst Polen und Italiener, erhalten zur Befriedigung ihrer Tagesbedürfnisse von dem Schichtmeister, der zugleich einen Schamms- und Verband unterhält, einen täglichen Vorkauf in Gestalt von Fleischmarken. Bei der Lohnzahlung wird der Betrag abgezogen und es bleibt dann für die Arbeiter wenig oder gar nichts übrig. Leider hat es die Gemeindeverwaltung bei Berechnung der Arbeiten seiner Zeit vernachlässigt, sich einen Einfluß auf die Arbeitsverhältnisse zu sichern — dank ihrer sozialpolitischen Einsichtlosigkeit. Hinweisen möchten wir aber doch ausdrücklich auf den Umstand, daß das erwähnte Lohnsystem durchaus ungeeignet ist. —

Inzwischen ist, wie uns berichtet wird, insofern des Eingreifens der Polizei das Ausgeben der Marken inibiert worden.

### Gerichts-Zeitung.

Ein Akt energischer Selbsthilfe führte den Payer Franz Engelhard und die Wauer Albert Poddig und Karl Mahn unter der Anführung der verurteilten Köttigung, des Hausfriedensbruchs und der Beleidigung gestern vor die 10. Strafkammer des Landgerichts I. Die Angeklagten führten für den Payer Karl Friedrich im Accord Bauarbeiten aus. Infolge eines nicht sehr klaren Arbeitsvertrages kam es zwischen ihnen und Friedrich zu Lohnunterschieden; sie behaupteten, daß sie noch insgesamt 53 Mark Lohn zu fordern hätten, was Friedrich bestritt. Am 29. August vorigen Jahres trafen sie letzteren auf der Straße, sie sprangen auf denselben Strohhalmtragen, den er befestigen hatte und beleidigten ihn so, daß der Schaffner sie zur Ruhe vertreiben mußte. Als Friedrich bei der Weichstraße ausstieg, folgten ihm die drei Engelhard, welche ihn an Arm und Wange schlugen wie einen schweren Verdreher durch die Straße, wobei er ihn „Spitzhube, Betrüger, Röllad“ schimpfte und fortwährend laut verfluchte, daß er ihnen ihren Lohn vorzuziehen. Im Nu hatte sich eine hundertköpfige

Menschenmenge angesammelt, die der Gruppe lauthals folgte und deutlich Partei gegen Friedrich ergriff. Dieser ging schließlich in das Parquardische Lokal in der Embaerstraße, eskortiert von den Angeklagten, die auch dort durch ihre lauten Geldforderungen ihn in eine sehr unangenehme Situation brachten. Mahn ging hier auf ihn zu und stellte ihm die Alternative: „Geld oder Prügel“. Friedrich betreibt dort seit Jahren ein Cigarettengeschäft; von hier kam ihm seine Frau zu Hilfe, sie konnte aber nichts ausrichten, denn ihr sowohl, wie ihrem Ehemann wurde der Weg betreten und Engelhard blieb dabei, daß „erst geklopft werden müsse“. Schließlich gelang es dem Friedrichschen Ehepaar doch, ihren Laden zu erreichen, hinter ihnen waren aber sofort auch die drei Angeklagten im Laden und Engelhard wurde so laut, daß sich vor dem Laden wiederum eine gewaltige Menschenmenge ansammelte. Hierbei soll sich Engelhard eines Hausfriedensbruchs schuldig gemacht und auch noch Frau Friedrich geschlagen haben. — Auf Grund der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt gegen Engelhard vier Monate, gegen Poddig eine Woche und gegen Mahn drei Wochen Gefängnis. Der Gerichtshof verurteilte Engelhard zu vier Wochen Gefängnis, Mahn wegen verurteilter Köttigung zu 30 M. Geldstrafe, sprach dagegen den Angeklagten Poddig frei.

Der vor einigen Tagen verhandelte Prozeß gegen Mey und Genossen, bei dem es sich um Schädigungen einer Anzahl von Firmen durch Zephyruswindel und Warenbestellung mittels gefälschter Bestellzettel handelte, hatte gestern noch ein Nachspiel. Die Verhandlung gegen den der gewerbsmäßigen Heblerei beschuldigten Schneidermeister Karl August Felske war auf gestern vertagt, weil noch ein Beweis erhoben werden sollte. Felske ist derselbe Schneidermeister, der vor einiger Zeit zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, weil er Einbrüche bei einem mit ihm in demselben Hause wohnenden Schneidermeister verübte und diesem Stoffe gestohlen hatte. Jetzt wurde er durch den Hausdiener Mey beschuldigt, die von diesem durch seine Schwindeleien erlangten Waren im Werte von 4—5000 M. für den Preis von 450 M. an sich gebracht zu haben. Er bestritt dies und behauptete, daß Mey einen ganz andern Abnehmer gehabt habe und ihn fälschlich belaste. Der Gerichtshof hatte aber keinen Zweifel an seiner Schuld und verurteilte ihn mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit seines Treibens zu zwei Jahren Zuchthaus.

Gegen den Redakteur der Leipziger „Rundschau“, Hermann Scheidemantel richtete sich eine Privatklage des Chefredakteurs der „Täglichen Rundschau“, Heinrich Rippel, die gestern vor dem hiesigen Schöffengericht zu Verhandlung anstand. Es handelte sich um einen in Nummer 39 der Leipziger „Rundschau“ unter dem Titel „Gefinnungslumpen und Preghauer“ veröffentlichten Artikel, der schwere Anschuldigungen gegen Herrn Rippel enthielt. Diese Angriffe waren einer Broschüre entnommen, die der Schriftsteller Dr. Hans Wagner gegen den Verlag und die Redaktion der „Täglichen Rundschau“ gerichtet hatte. Unter Mitwirkung des Justizrats Kleinholz für den Privatkläger und Rechtsanwalts Jacusiel für den Angeklagten kam im geistigen Termin ein Vergleich zu stande. Der Angeklagte erklärte zu Protokoll: „Ich habe mich überzeugt, daß der Inhalt jener Schrift den Tatsachen nicht entspricht und bebauere daher aus tiefster Seele, daß ich jenen Anschuldigungen eine weitere Verbreitung gegeben habe. Ich erkläre hiermit, daß ich gegen die journalistische und persönliche Ehre des Chefredakteurs Rippel nicht den mindesten Einwand zu erheben vermag und nehme daher auch alle an die aufgestellten Behauptungen geknüpften Verurteilungen und Schlussfolgerungen zurück.“ — Der Angeklagte übernahm die Kosten des Verfahrens und verpflichtete sich, den Wortlaut des Vergleichs auf seine Kosten im „Leipziger Tageblatt“ zu veröffentlichen. Der Privatkläger nahm hierauf seine Klage zurück.

Die Preiserseß-Prozesse wollen kein Ende nehmen, trotzdem die Gerichte jetzt mit hohen Strafen vorgehen. Gestern wurde der Schlächtermeister Schröder, der nach dem Gutachten des Gerichts-Gemeyers Dr. Judenack seinem Schobefels 0,3 Proz. Preiserseß zugest. hatte, zu 50 M. Geldstrafe verurteilt und die Veröffentlichung des Erkenntnisses in der „Allgemeinen Fleischzeitung“ verfügt.

Gegen einen Prügelpädagogen verhandelte das Schöffengericht in Nürnberg. Aus der Küche des dortigen Waisenhauses wurden im vorigen Sommer einige Stühle zertrümmert. Die Jünger Winter und Steininger gestanden auf Vorhalt zu, die That verübt zu haben, worauf die „Oberstaatsanwalt“ sie dem Dialekt Vinner beantwortete mit dem Auftrage, sie streng zu bestrafen. Diesen Auftrag führte der Herr Dialekt aus getreulich aus. Er legte den Anaben Winter über einen Tisch und bearbeitete ihn mit einem Nothrod, bis der Tisch samt dem Anaben umfiel; obwohl der Anabe blutete, hob ihn der Herr Dialekt an den Beinen in die Höhe und schlug weiter auf ihn. Der Junge erhielt zusammen 44 Stöße. Der andre Anabe kam glimpflicher davon, aber alle beide konnten mehrere Tage nicht sitzen. Der Fall wurde von der „Frankfurter Tagespost“ an die Öffentlichkeit gebracht, worauf eine Untersuchung eingeleitet wurde. Das Gericht behandelte den Prügelpädagogen sehr milde und verurteilte ihn, obwohl die oben mitgeteilten Mitteilungen erwiesen wurden, zu einer Geldstrafe von 10 M.

Heinrich Hoffmann und nicht Hoffmann, wie gestern berichtet, heißt der gestern wegen thätlicher Beleidigung seines Dienstmädchens Verurteilte.

### Aus der Frauenbewegung.

Stellungnahme der deutschen Genossinnen zum internationalen Frauentag in Berlin. Das Organisationskomitee der bevorstehenden internationalen Tagung bürgerlicher Frauenvereine fordert in einem Schreiben an Genossin Waader die deutschen Socialistinnen zur Beteiligung an dem Kongresse auf. Im Einverständnis mit den Genossinnen hat unsere Vertrauensperson geantwortet, daß die deutschen Socialdemokratinnen es ablehnen, sich an dem Kongress und seinen Veranstaltungen zu beteiligen. Die Begründung der Ablehnung soll in nächster Nummer der „Gleichheit“ mitgeteilt werden.

Weißense. Dienstag, den 9. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet im Prälaten, Lederstr. 122, eine öffentliche Frauenversammlung statt. Genosie Waldeck Manasse spricht über das Thema: „Die Frau als Mitstreiterin in dem Befreiungskampfe“. — Es wird ersucht, für diese Versammlung recht rege zu agitieren.

Die Einberuferin.

Frauen als Rechtsanwältinnen. Seitens 28. Dezember. Das Tagthing hat heute mit 19 gegen 10 Stimmen einen Besegentwurf angenommen, wonach Frauen Rechtsanwältinnen werden können. Es wurde einstimmig beschlossen, diesen Besegentwurf an die Regierung zu überleiden.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 31. Januar, vorm. 8 1/2 Uhr, in der Schul-Aula, Kleine Franzstr. 6: Versammlung Freireligiöser Botschaft. — Um 10 1/2 Uhr normittags ebendortselbst: Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille: „Leo Tolstoj als Freireligiöser“. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

### Eingegangene Druckchriften.

Die Grundzüge der israelitischen Religionsgeschichte. Von Prof. Dr. A. Orléans. (Aus Natur und Geisteswelt.) Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen aus allen Gebieten des Wissens. 32 Bänden. Verlag von W. G. Deubner in Leipzig. (IV u. 132 S.) Preis geb. 1. — M., abh. 1,25 M.

Johann Weich. Die religiösen Schulverhältnisse. 34 Seiten. F. Sauer, Paderborn. G. m. b. H. in Reihe.

Ergebnis der hiesigen Erhebungen über Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Metallindustrie in Berlin. Zusammenfassend im Herbst 1903 vom Deutschen Metallarbeiter-Verband. Preis 2. — M. Verlag: Vorwärts, Berlin, Lindenstr. 69. 1903.

**Cirkus Busch**  
Wiederholung der Galavorstellung vom 27. Januar.  
Dr. Richard Sawade mit seiner berühmten Tiger-, Löwen- u. Bären-Dressur.  
Zum 41. Male:  
**Aus den Alpen.**  
Bemerkenswert:  
**Der Automobilsturz.**  
Die offene Schleife  
8 Meter Sprung, ausgeführt von Rom. Saton. Zum erstenmal: „Alda Favori“, Lippsaner Hengst, erworben von der I. I. spanischen Hofreitschule in Wien, ger. von H. M. Mohrke. Zum erstenmal: Quadrille aus der Zeit Friedrichs des Grossen, geritten in historischen Kostümen mit 8 Schulpferden. Morgen zwei Galavorstellungen. Nachmittags 4 Uhr ein Sinfonie.

**Metropol-Theater**  
Durchlaucht Radieschen!  
Burlaske Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von Julius Freund.  
Musik von Victor Holländer.  
In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.  
Im 4. Bilde:  
**Grosses Ballett**  
Wie damals im Monat Mai. Anfang 7 1/2 Uhr. Rauchen überall gestattet.

**Apollo-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Frühlingsluft**  
Operette von Strauss.  
Im dritten Bilde:  
**Blütenhochzeit.**  
Grosses Ausstattungsballett. 9 1/2 Uhr: Das erstklassige Januar-Specialitäten-Programm.  
Miss Blanche Sloan, Solma Brantz, Les Perez, Little Pich.  
Martin Kettner.  
Messers Biophon und Kosmograph.  
Kasseneröffnung 7 Uhr.  
Sonntag, den 31. Januar cr., bei ermässigten Preisen:  
**Gesinde-Ball.**

**Gebrüder Herrnfeld-Theater.** Sonntags: 8 Uhr, 7 Uhr.  
"Wieder ein neuer grosser Erfolg!"  
lautet die einstimmige Kritik der gesamten Presse über die H. und D. Herrnfeldsche Komität:  
**Nur eine Nacht.**  
Zwei Akte aus einer Gasse mit den Autoren in d. Hauptrollen.  
Premiere: Januar-Attraktionen mit Bonis.  
Vorverkauf 11-2 Uhr mittags.

**Passage-Theater.**  
Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.  
**Enthauptung einer lebenden Dame!**  
**Willy Prager**  
mit seinem Schläger:  
**Die kleine Garnison.**  
14 neue erstklassige Nummern.

**Bernhard Rose-Theater**  
Gesundbrunnen, Badstrasse 58.  
Heute: Keine Vorstellung.  
Morgen Sonntag, den 31. Januar, nachmittags 3 Uhr:  
**Kabale und Liebe.**  
Abends 7 Uhr:  
**Der jüngste Leutnant.**  
Nach der Vorstellung:  
**Grosser Ball.**

**ALT-CHINA Kunst-Ausstellung**  
LEIPZIGER-STRASSE 13  
Täglich geöffnet 10-8.  
Entree 1 M., Sonntag 50 Pf.

**Achtung! Fliesenleger! Achtung!**  
Sonntag, den 31. Januar cr., vormittags 10 Uhr, in Wendts Festsälen, Am Königsgraben Nr. 14 a:  
**Oeffentliche Versammlung der Fliesenleger Berlins und Umgegend.**  
Tages-Ordnung: 1. Protest gegen die Abmachungen der freien Vereinigung mit den Firmen Rosenfeld, Villaray u. Boch und Emil Ende. 2. Diskussion.  
Alle Fliesenleger sind zu dieser Versammlung eingeladen.  
Der Einberufer Franz Wegner, Vertrauensmann.  
285/17

**Palast-Theater**  
Burgstrasse 22, früher Feen-Palast.  
Heute abends 8 Uhr:  
**Extra-Elite-Vorstellung zu halben Kassapreisen:**  
**Die Grille.**  
Charaktergemälde in 5 Akten von Ch. Borch-Jeffers.  
Sonntagabend: 3 Uhr: Elite-Vorstellung: **Die Grille.**  
Abends 8 Uhr: Extra-Vorstellung: **Das Millionenmüdel.**  
Vorher Konzert und Specialitäten.

**WINTERGARTEN**  
Neues Programm:  
Harry Rochez Hundedressur.  
Polk & Collins, Banjo-Virtuosen.  
Lorraine's Lebende Bilder.  
Die beiden Freydos Gymnastiker.  
Cook u. Clinton Amerikanische Kunstschützin.  
Meers u. Oms Drahtseilkünstler.  
Otto Reutter Humorist.  
Salerno Meister-Jongleur.  
Annette Gillard Pariser Opernsänger.  
Mlle. Otero Spanische Tänzerin in ihrer Pantom. „Opiumrausch“.  
Theodosios Komischer Hypnotiseur.  
„Karnevalsgolster“ Wiener Ballett.  
Biograph.

**Reichshallen**  
**Stettiner Sänger.**  
Anfang: 8 Uhr, Sonntag: 7 Uhr.  
Etablissement Suggenhagen Moritzplatz.  
Im Kaiseraal:  
Sänger-Ensemble „Nordsterne“ unter Leitung d. Herrn Rudolf Schauss.  
Kasseneröffnung 5 Uhr, Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.  
Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**  
In den unteren Sälen:  
**Görtd-Konzert und Bobbierfest.**

**Sansouci.**  
Kettbäuser Thor - Stat. der Hochbahn.  
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:  
**Hoffmanns Norddeutsche Sänger u. Tanzkränzchen.**  
Jeden Dienstag:  
**Theater-Abend.**  
Dochentags Vorzugskarten gültig.  
In Vorbereitung:  
Ein Mann aus dem Volke.

**Partei-Expeditionen:**  
Berlin zweiter Wahlkreis: Hermann Berner, Mittendammerstrasse 30, p. part. - Dritter Wahlkreis: St. Fris, Pringelstr. 31, Hof rechts part. - Viertes Wahlkreis: O.: Robert Bengels, Gr. Frankfurterstr. 133, Hof part. - SO.: Paul Böhm, Laufherdweg 14/15 (Laden). - Sechster Wahlkreis (Moabit): Karl Anders, Solowjowstr. 8, im Laden. - Wedding und Oranienburger Vorstadt: Emil Stoltenburg, Wiesenstr. 41/42. - Rosenthaler Vorstadt, Gesundbrunnen, Reinickendorf (Ost und West), Wilhelmsruh und Schönholz: Hermann Raschke, Rügenstr. 24, vorn part. links. - Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Rehanien-allee 95/96. - Alt-Glienicker: B. Pries, Rudowstr. 68. - Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Schenkestr. 1, Ede Goethestrasse, vorn I. - Deutsch-Wilmersdorf: B. Ridel, Wilmersstr. 108, part. - Friedrichsberg-Friedrichsfelde - Wilhelmsberg - Hohenschönhausen: Elio Seitel, O. 112, Kronprinzenstrasse 50, I. - Grönan: Aris Budak, Köpenick, I. II. - Rixdorf: M. Heinrich, Prinz Dandjersstrasse 7, im Laden. - Schöneberg: Wilhelm Sämler, Martin Lutherstr. 51, im Laden. - Ober-Schöneberg: Otto Wanger, Osnitzstr. 1a, 2 Treppen. - Nieder-Schöneberg: Bonakowsky, Beckstr. 8. - Johannisthal: Paul Mann, Bismarckstr. 7. - Adlershof: Paul Schmidt, Bismarckstr. 7 II. - Köpenick: Friedrich Boid, Grünstr. 29. - Friedenau-Steglitz: D. Bernice, Schloßstr. 113, Gartenhaus I, in Steadly. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: D. Mohr, Duppelstr. 8, und Dr. Schellhase, Alhornstr. 15a. - Baumschulenweg: Stöck, Ernststr. 2 II. - Treptow: R. Baigt, Weinstr. 37, vorn III. - Neu-Weissenau: B. Reske, König-Chaussee 33a, I. - Rummelsburg: Forger, Prinz Albrechtstr. 5a. - Tegel, Borsigwalde, Dalldorf und Waldmannsdorf: Paul Riensch, Vorfigwalde, Schubertstr. 43. - Pankow: R. Krumm, Horststr. 43. Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.  
Bitte ausschneiden.

**H. & P. Uder**, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.  
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.  
Specialität: **Nordhäuser Kautabak**  
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 3038L\*  
Amt 4, 3014.

**Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.**  
Zahlstelle Berlin.  
Sonntag, den 31. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, im Englischen Garten (oberer Saal), Alexanderstr. Nr. 27c:  
**Außerordentliche Generalversammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten G. Legien: „Der Emanzipationskampf der Arbeiter“. 2. Diskussion. 3. Bericht des Kassierers. 4. Wie setzen sich die Mitglieder zur veranschaulichten Anstellung eines Beamten für unsere Jahreshälfte? 5. Verbandsangelegenheiten, verschiedenes. 64/1  
NB. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder wird in Anbetracht der so wichtigen Tagesordnung ermahnt. Auch legitimiert.  
Die Ortsverwaltung. A. K.: Oskar Baum, Antonstr. 24.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
**Achtung! Einsetzer!**  
Sonntag, 31. Januar, mittags 12 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal):  
**Oeffentl. Versammlung sämtl. Einsetzer Berlins u. Umg.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht über die Verhandlung mit den Arbeitgeberern. 2. Weiterer Beschlussfassung über die Lohnbewegung.  
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.  
Die Kommissionen beider Organisationen erscheinen um 11 Uhr.  
Der Obmann.

**Verband der Möbelpolierer.**  
Heute abends 8 1/2 Uhr in Weissensee, Königs-Chaussee 55:  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht vom Kartell. 2. Diskussion über die Anstellung eines Kollegen. 3. Verschiedenes und Ausgabe der Billets zum Restenball, welcher am 3. März bei Keller, Kopenstr. 29, stattfindet.  
Montag, den 1. Februar 1904, abends 8 1/2 Uhr, in Rixdorf, Steinmühlstr. Nr. 103:  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. 2. Diskussion über die Anstellung eines Kollegen. 3. Verschiedenes.

**Verammlung sämtlicher Vertrauensmänner.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Kommission und der Vertrauensmänner. 2. Vortrag über die Erträge im Jahre 1903 und die Aufgaben der Gewerkschaften.  
Jede Werkstatt hat die Pflicht dafür zu sorgen, daß der Vertrauensmann um 8 Uhr am Abend ist.  
Die arbeitslosen Kollegen müssen wieder vom Montag, den 1. Februar, vormittags 8-10 Uhr, zur Kontrolle erscheinen und die ersten zehn Eingekleideten auch nachmittags von 3-4 Uhr.  
145/5

**Aufforderung.**  
In der außerordentlichen Generalversammlung am 9. Dezember 1903 ist die Auflösung des Gemeinnützigen Bauvereins, e. G. m. b. H., Schöneberg, beschlossen worden. Es werden deshalb hiermit etwaige Gläubiger gebeten, sich bei den unterzeichneten Liquidatoren zwecks ihrer Ansprüche baldigst zu melden.  
Schöneberg, den 15. Januar 1904.  
**Gemeinnütziger Bauverein e. G. m. b. H. in Liquidation.**  
E. Lamhardt, Friedenau, Kirchstr. 24.  
P. Zehld, Schöneberg, Magstr. 6.  
H. Herfort, Friedenau, Bismarckstr. 23.

**Rohtabak.**  
Bekannt beste Qualitäten.  
**F. Wiewert Nachf. L. Lehmann,**  
Kosenthalerstr. 23.

**Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler**  
und anderer gewerblicher Arbeiter.  
Eingel. Hilfskaffe Nr. 3 (Hamburg.)  
Verwaltung Berlin B.  
Sonntag, den 31. Januar 1904, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer No. 15:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Kassenericht vom vierten Quartal 1903. 2. Verschiedene Kassengeschäfte.  
181/1  
Die Ortsverwaltung.

**Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler usw.**  
Verliche Verwaltung Berlin H.  
Sonntag, den 31. Januar 1904, vormittags 10 Uhr, im Lokale d. Herrn Tolksdorf, Görliizerstrasse 58: 184/1  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1903. 2. Wichtige Kassengeschäfte.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht  
Der Vorstand.

**Hüte in allen Preislagen.**  
**R. Weidner, Hutmacher,**  
Dresdenerstr. 100,  
an der Prinzenstrasse. 4120L\*  
**Inventur-Ausverkauf!**  
Nach beendeter Inventur sind die Preise auf **33 1/3 %** herabgesetzt. Jede Hausfrau benutze diese günstige Gelegenheit!  
**Teppichhaus B. Adler & Co.**  
Königstrasse 20-21, an der Jüdenstrasse, im altbekannten Lokal beim Rathaus.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Kollege, der Tischler **Wilhelm Witzlau** am 27. Januar an der Proletarier-Krankheit verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. Januar, nachmittags um 4 Uhr von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Lichtenberg, Krugstr. 176/3, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
78/10 Die Ortsverwaltung.

**Central-Verband der Schmiede.**  
Zahlstelle Berlin.  
Unsere Mitglieder zur Nachricht, daß am Mittwoch, den 27. Januar 1904, das Mitglied **Paul Schumann** nach 2 1/2-jähriger Krankheit an Gehirnverletzung gestorben ist.  
Die Beerdigung ist am Sonntag, den 31. Januar 1904, nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhof der Gemeinde Lichtenberg, Krugstr. 176/3.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Baer Sohn**  
En gros. Export. En detail.  
Chaussee 24a-25, Bräudenstr. 11.  
Gr. Frankfurterstr. 20.  
Die 22. Preisliste 1904 wird kostenlos und portofrei zugesandt.  
Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittweite, bei Jackets und Kitteln die Brustweite anzugeben. 30112\*  
- Versand von 20 Mk. an franco. -  
Nachdruck verboten!

**HALT!**  
Wollen Sie Ihren Husten, Ihre Erkältung oder das Kitzeln im Halse los sein? - Wollen Sie eine klare Stimme haben und von Ihrer Verschleimung befreit sein? - gebrauchen Sie bitte **Pascoe's Brust-Pastillen**  
à PACKET 25 PFENNIG.  
Sie werden den Versuch nicht bereuen!  
Zu haben in Apotheken und Drogerien.

**Sofastoffe**  
Riesenauswahl aller Qualitäten.  
Wolle-Reste! Mocquets.  
Plüsch-Reste! Satteltaschen.  
Muster bei näherer Angabe franco.  
Berlin, Oranienstr. 158.

Am Verlage von **G. Birk & Co., München**, erschien und durch alle Buchhandlungen und Kolportageur zu beziehen:  
**Die Opfer der Kaserne**  
von **Rudolf Kraft**  
fr. bayr. Oberleutnant a. D. 96 S. Prof. 50 Pf.  
Die Schrift des bekannten Militär-Schriftstellers enthält eine Fülle von Material gegen den Militarismus und über die Sozialmishandlungen.  
Demnächst erscheint:  
**Julius Vahlteich: Ferd. Lassalle und die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung.**  
Preis 1 Mk. 40882\*

**Möbelhandlung** sucht behufs Anlage einer kleinen Fabrik Gasmotor, mindestens 4 Pferdekr., passende Maschinen, Hobelbänke und sonstige Einrichtungen gegen Kasse zu kaufen. Offerten erbiten unter A. H. 302 an Rud. Mosse, Magdeburg.

**Paul Koch, tosmetisches Laboratorium**  
in Gelsenkirchen No. 92.  
Haupt-Depots: Apotheke zum goldenen Adler, Berlin S., Alexanderstr. 41, und Sonnen-Apotheke, Berlin NO., Große Frankfurterstr. 53.  
In Berlin und Vororten zu haben in den Apotheken.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Rohrleger **Robert Methner** am 27. d. M. gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 31. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Krankenhaus Friedrichshain nach dem Bartholomäus-Kirchhof in Weihen-see statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
110/19 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Rohrleger **Robert Methner** am 27. d. M. gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 31. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Krankenhaus Friedrichshain nach dem Bartholomäus-Kirchhof in Weihen-see statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
110/19 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Möbelpolierer.**  
Am 27. d. Mts. verstarb unser Kollege **Paul Pigors** im Alter von 26 Jahren.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des alten Thomas-Gemeindekirchhofs in Rixdorf, Hermannstrasse, aus statt.  
145/6 Der Vorstand.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben, unversehrlichen Karmes, des Steinmetz **Albert Gönnert** sage ich allen meinen herzlichsten Dank.  
Die trauernde Witwe **E. Gönnert.**

Wer seine **Flechten** ob nasse oder trockene Flechte, Vortentflechte, Barflechte, Hautauschläge und Hautunreinigkeiten bald los sein will, dem ist die neue überfettete **Zinkoxyd-Naphthol-Seife** in Salbenform (Bestehend aus 84,5 Proz. weicher überfetteter Seife, 14 Proz. reinem Zinkoxyd, 1,5 Proz. Fein-Randol) warmstens zu empfehlen. Selbst jahrelang Flechten-Leidende, die alles mögliche schon nutzlos versucht, fanden auffallend rasch die ersehnte Hilfe. Der Gebrauch ist absolut unschädlich und der Erfolg wird überraschend. Nur erst zu beziehen in Dosen zu Mk. 1,50 und Mk. 3,- gegen Nachnahme von 134/9

**Paul Koch, tosmetisches Laboratorium**  
in Gelsenkirchen No. 92.  
Haupt-Depots: Apotheke zum goldenen Adler, Berlin S., Alexanderstr. 41, und Sonnen-Apotheke, Berlin NO., Große Frankfurterstr. 53.  
In Berlin und Vororten zu haben in den Apotheken.

Die Jahresversammlungen der Berliner Partei.

Erster Wahlkreis. In der Parteiversammlung, die in den ...

An die Verleser knüpfte sich eine Diskussion, die sich hauptsächlich auf Abhaltung von Demonstrations-Versammlungen gegen die ...

Die Parteigenossen des ersten Berliner Wahlkreises beauftragten ihre Vertrauensmänner dafür zu wirken, daß schleunigst Demonstrations-Versammlungen betreffs der Russenangelegenheit über ganz ...

Guttmann jun., der den Antrag begründete, nannte es eine Unterlassungssünde, daß in dieser Hinsicht noch keine große Demonstration veranstaltet wurde. Die Stellungnahme der Fraktion zum Hereroaufstand nannte der Redner inopportun. In übrigen behauptet er, daß durch die Propaganda von Straß über Soldatenmishandlungen, der Wunsch der Parteigenossen nach einer billigen Agitationsprospäre dieser Art nicht erfüllt wird. In dieser Beziehung pflichtete O p p e l dem Redner bei, und auch mit der Stellung der Fraktion zur Hererofrage ist er nicht einverstanden, findet sie jedoch erklärlich und vertreibt in dieser Hinsicht auf die Ausführungen vom Reichstagsabgeordneten Jübel in der Generalversammlung des Wahlvereins von Teltow-Beestow. Bezüglich der Russenangelegenheit erklärte der Redner, daß die Vertrauensleute die Versammlungen nur vorläufig abgelehnt hätten, da die Interpellation im Reichstag noch nicht erledigt sei. Laterow wünschte, daß der hierzu gestellte Antrag den Vertrauensmännern zu erster Erörterung überwiegen werde; warnte bezüglich der Hereroangelegenheit vor einem voreiligen Urteil über die Haltung der Fraktion. Diese Sache müsse erst geklärt werden. Guttmann sen. sprach sich dafür aus, daß in der Russenangelegenheit internationale Demonstrationen veranstaltet werden. Von Löwenberg wurde eine von ihm und Kuffel eingebrachte Resolution gegen die Stimm-enthaltung unserer Fraktion beim Radratsgericht gegen den Hereroaufstand begründet. Diese Resolution wurde jedoch schließlich abgelehnt. Dagegen wurde die oben angeführte Resolution zur Russenangelegenheit angenommen. Den Vertrauensmännern wurde einstimmig folgende Beschlüsse erteilt. Die Vertrauensleute hatten folgendes Ergebnis: 1. Vertrauensmann O p p e l, 2. Weichardt; in die Prekominmission wurden Strehl und Kubat gewählt; in die Lokalkommission Ege und Woldt; in die Agitationskommission Schuster; als Revisoren Günther, Strehlow und Fischer.

Die Parteiversammlung für den zweiten Reichstags-Wahlkreis tagte bei Klem in der Hagenheide. Der Genosse F. Scholz als

Vertrauensmann berichtete über die Parteithätigkeit im Kreis während der letzten Geschäftsperiode, die diesmal fünf Vierteljahre umfaßte. Er hob zunächst hervor, daß die Parteipublikation einen erfreulichen Aufschwung genommen habe, und gab dann einen Uebersicht namentlich über die Agitation bei den Reichstags-, Landtags- und Stadtverordneten-Wahlen. Nach den Wahlen sei auch die Reorganisation des Kreises in Fluß gekommen. Er erhoffe eine weitere Stärkung der Organisation, welche im Wahljahr schon erheblich zugenommen habe. Genosse Scholz ließ seinem Tätigkeitsbericht die verschiedenen Specialabrechnungen und die Gesamtabrechnung folgen. Die Kasseier ergab einen Ueberschuß von 1142,90 M., das Sommerfest einen solchen von 917,50 M. Für die Reichstagswahlen kamen auf Listen und durch Telleransammlungen 6598,03 M. ein, während 3032,75 M. ausgegeben wurden, so daß ein Ueberschuß von 2665,28 M. verblieb. Für die Landtagswahlen und Stadtverordneten-Wahlen kamen 1912,56 M. zusammen, wogegen eine Ausgabe von 3647,70 M. erwuchs, was ein Deficit von 1735,24 M. ergibt. Die Generalabrechnung umfaßt folgende Hauptzahlen: Bestand vom 2. Oktober 1902 war 356,17 M., Gesamteinnahme 24 479,71 M., Gesamtausgabe 24 190,74 M., wovon an den Parteivorstand 12 050 M. gingen. Verbleibender Bestand 288,07 M. Die Einnahme aus Parteibonus und die Ausgabe an den Parteivorstand waren beinahe doppelt so hoch, wie im Jahr vorher. Für die Kommisshauer Weber wurden im Kreis einschließlich des Beitrags der Partei-Organisation etwa 5000 M. von den Parteigenossen aufgebracht.

Ueber die Thätigkeit der Prekominmission berichtete Genosse Hülle. Die rund 18 Monate umfassende Berichtsperiode sei eine sehr arbeitsreiche gewesen. Es habe auch nicht in den Sitzungen an lebhaften Auseinandersetzungen gefehlt, die zunächst auf die Ereignisse vor und nach dem Parteitage sowie auch auf innere Verwaltungsangelegenheiten zurückzuführen waren. Die Auflage des „Vorwärts“ sei ständig gestiegen bis über das 80. Tausend hinaus. Kreistlich sei das noch zu wenig, wenn man die wirkliche Parteistärke Berlins und der Vororte berücksichtige. Es sei dahin zu streben, daß im neuen Geschäftsjahr das 100. Tausend erreicht werde. Die Ueberschüsse seien ebenfalls ständig gestiegen, zugleich seien aber auch die Ausgaben für Redaktion und Mitarbeit bedeutend in die Höhe gegangen. Das habe ja die Entwicklung und das Wahljahr mit sich gebracht, andererseits sei es aber doch Pflicht der Prekominmission gewesen, darauf zu achten, daß die Ausgaben für Redaktion und Mitarbeit nicht ins Ungemeine stiegen, sondern daß der „Vorwärts“ auch Ueberschüsse erzielen solle für die Partei, für die Agitation. Das Hauptverdienst an dem Aufschwunge des „Vorwärts“ hätten die Parteigenossen, die in ununterbrochener Thätigkeit Abonnenten wurden. Durch dieses Lob wolle er die nicht verkennbaren Verdienste der Redaktion um das Blatt nicht schmälern. Die Beschwerden über den „Vorwärts“ bezögen sich meist auf den Versammlungsstil, auf nicht genügende Berücksichtigung von Versammlungen aller Art in der Berichterstattung. Nun, eine volle Zufriedenheit auf diesem Gebiete werde wohl nie erzielt werden. Dies ständen sich eben gegenüber das Interesse der Genossen und Gewerkschaften auf möglichst ausführliche Berichterstattung über ihre Angelegenheiten und die Unmöglichkeit, alles im gewünschten Maße zu berücksichtigen. Gewiß läme auch mal ein Fehler vor, von bösem Willen der Redaktion sei aber keine Rede. Wegen die tatsächliche Haltung des Organs sei wegen des Verhaltens in der Meining-Affaire Beschwerde geführt worden. Man habe sich gründlich auseinandergesetzt, und es seien dies wohl die erregtesten Sitzungen gewesen, von denen er glaube, sie werden beiden Teilen zur Klärung dienen. Es habe sogar eine Kabinetskrise gegeben, die Wogen hätten sich aber wieder geglättet und Joe schreibe seine Sonntagsplaudereien weiter, was wohl der beste Beweis sei, daß wieder Friede in Trojas Mauern herrsche. Die unangenehmste Aufgabe sei die Stellungnahme zu Gehaltsfragen. Im letzten Monat des vergangenen Jahres sei eine größere Pauschalforderung der Expedition abgelehnt worden. Die Angestellten dürften aber davon überzeugt sein, daß man nach streng pflichtgemäßen Erwägungen als Sachwalter der Parteigenossen verfahren sei, nicht aus persönlichen Motiven. Sein grundsätzlicher Standpunkt sei in der Frage: Jedem Angestellten möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen, aber die Anstellungsbedingungen und Bezüge dürften nicht das Maß dessen überschreiten, was für die heutige Zeit angemessen sei. Es sei richtig, daß in bürgerlichen Geschäften der eine oder der andere höhere Verwaltungsposten höher bezahlt werde wie im „Vorwärts“. Wenn man aber den Durchschnitt aller Gehälter nehme, dann werde der „Vorwärts“ besser abgefunden als jene. Die Parteigenossen wollten einen Direktor oder Chefredakteur mit ungeheuren Gehältern ausstatten und andre mit zu geringen Löhnen abspesen. Unter Wahrnehmung der Interessen der Genossen werde die Verwaltung im „Vorwärts“ so geführt, daß Recht und Billigkeit herrschen. Auf Angriffe, die gegen ihn gerichtet worden seien, möchte er feststellen, daß die thätigen Parteigenossen des zweiten Kreises immer denselben Standpunkt vertreten hätten wie er. Das Wort zu dem Bericht wurde von niemand gewünscht.

An Stelle des verhinderten Mitgliedes der Brandenburger Agitationskommission gab Genosse Scholz einen kurzen Bericht über deren Thätigkeit. Genosse Polenski berichtete für die Lokalkommission.

Zu den Wahlen der Funktionäre nahm Genosse H. Werner das Wort. Gemäß einem Beschlusse der Generalversammlung des Wahlvereins habe die Bezirksführer-Versammlung die Befehle der Komter und die Delegationen vorzubereiten und dann Vorschläge zu machen. Die Bezirksführer-Versammlung habe sich damit befaßt und schlage vor, von der Wahl der Funktionäre, abgesehen von der der beiden Vertrauensleute, Abstand zu nehmen. Binnen kurzer Zeit werde die Generalversammlung des Wahlvereins das schon vorbereitete neue Statut zu beraten haben, wonach die Wahlen im Verein erfolgen sollten. Er erhoffe die Annahme des Statuts, wodurch die Partei im 2. Wahlkreis in die Lage versetzt werden solle, die im Kreise erforderlichen Arbeiten selbständig auszuführen. Die Versammlung erlosb den Wunsch der Bezirksführer zum Beschluß und nahm nur die Wahl der Vertrauensleute vor, die nach dem Vorschlage der Bezirksführer-Versammlung auf die Genossen Hermann Werner und Ernst Schneider fiel.

Eine gut besuchte Versammlung des dritten Wahlkreises nahm am Donnerstagsabend im Gewerkschaftshaus die Berichte der Funktionäre des dritten Kreises entgegen. Aus dem Bericht der Vertrauensmänner des Kreises, der Genossen Hoch und Pohl, ist hervorzuheben, daß durch die intensive Agitation die Stimmzunahme für die Sozialdemokratie ganz bedeutend gewachsen ist. Versammlungen haben im abgelaufenen Berichtsjahre 45 stattgefunden. Die Einnahmen betragen insgesamt 16 788,12 M., darunter 1996,85 M. aus Telleransammlungen, auf Listen usw. 6746,11 M., Erlös für Proschüren z. 884,20 M., Verschleiß von Buns 2778,70 M. Die Ausgaben betragen insgesamt 16 328,35 M., darunter für Einrichtung der Expedition 1015,85 M., an die Agitationskommission 8322,90 M., an den Parteivorstand 6500 M., so daß ein Bestand von 459,77 M. verbleibt.

Sodann berichtete für die Agitationskommission Genosse Dimmid. Insgesamt haben sieben Touren stattgefunden. Die Erfahrungen der Agitation und die Ergebnisse daraus haben zur Folge gehabt, daß sich Sorau-Joritz, Kottbus-Spremberg, Frankfurt-Rebus und Guben-Tabben zu einem Wahlverein verbunden haben, um so die Agitation intensiver gestalten zu können. Für die Lokalkommission gab Genosse Hinz den Bericht. Nach einer längeren Debatte wurden die Neuwahlen für die Funktionäre, die die Geschäfte des Kreises für das nächste Jahr zu leiten haben, vorgenommen. Es wurden als Vertrauensleute die Genossen Hoch und Pohl, als Prekominmissionsmitglieder Busch und Ehrmann, in die Lokalkommission Hinz und Heise, in die Agitationskommission Dimmid und

als Revisoren Rappert, Schmidt und Fügner gewählt. Es erfolgt sodann eine Interpellation des Genossen Kraker über die Abstimmung bei der Bewilligung des Kredits für Kris- bezüglich der Stimmhaltung unserer Fraktion. Der Abgeordnete des Kreises, Genosse Heine, rechtfertigt die Stellungnahme der Fraktion. In die Reuenerkommission wurde Genosse Albold weiter beauftragt.

Die Parteiversammlung des vierten Wahlkreises tagte am Donnerstagsabend in den Andreas-Feisthülen und war sehr stark besucht. Den Bericht der Vertrauensleute für den Osten erstattete Franke für die Zeit vom Oktober 1902. In der Berichtszeit fanden im ganzen 37 Versammlungen statt, außerdem eine große Anzahl kleinerer Versammlungen zur Vorbereitung der Landtagswahlen. Die Ergebnisse der Reichstags-, Landtags- und Stadtverordnetenwahlen waren durchaus befriedigend. Der Wahlverein hat um etwa 900 Mitglieder zugenommen. Es wurden 11 Flugblätter in einer Gesamtzahl von 977 000 Exemplaren verbreitet. Außerdem wurden ausgegeben zusammen 60 000 Exemplare „Das rote Wahljahr“, „Märzzeitung“, „Märzzeitung“, „Rote Wahlen“, „25 Jahre Kampf und Sieg“ und „Silberzeitung“; ferner 9500 Proschüren. Die Einnahmen betragen u. a. aus Partei-Einrichtungen 17 879,19 M., aus Telleransammlungen, auf Listen 10 544,90 M., Buns 5050 M., von den Ausgabenposten erwähnen wir: an den Parteivorstand 23 035,50 M., Agitation 1700 M., für Crimmitschau 1000 M., Agitation in Königsberg, R. M., 1496,80 M., in Landsberg-Soldin 1979,90 M., in ländlichen Kreisen 1163,42 M. Die Gesamteinnahmen betragen 48 142,12 M., die Ausgaben 45 987,73 M.; es blieb ein Bestand von 2204,39 M.

Den Bericht der Vertrauensleute für Südost erstattete Hadelbusch. Aus den Einnahmen erwähnen wir: Buns 8349 M., auf Listen 7069,44 M., auf Listen für Crimmitschau 4300 M., Partei-Einrichtungen 12 067,56 M. Unter den Ausgaben finden wir u. a.: an die Agitationskommission für Brandenburg 3510,70 M., Reichstagswahlen 3034 M., Landtagswahlen 2352,38 M., Agitation 5336,22 M., an den Parteivorstand 24 500 M., für Crimmitschau 6100 M. Die Gesamteinnahmen betragen 46 320,87 M., die Gesamtausgaben 45 213,25 M., es verblieb ein Bestand von 1107,62 M. In der Berichtszeit fanden 51 Versammlungen statt. Verbreitet wurden über 500 000 Flugblätter und 25 000 Zeitungen. Durch die Agitation zur Landtagswahl gewann der Wahlverein etwa 800 neue Mitglieder. Diese Agitation hat überhaupt aufklärend gewirkt und sehr zur Festigung der Organisation beigetragen. Andererseits haben wir bewiesen, daß die Berliner Sozialdemokraten sich vor der offenen Stimmabgabe absolut nicht fürchten.

Den Bericht der Prekominmission erstattete Rich Weise. Für die Lokalkommission berichtete Zimmermann. Die Einnahmen betragen 186,81 M., die Ausgaben 112,32 M., der Bestand ist 74,49 M. Es fanden 15 Sitzungen statt. Nach einer sehr lebhaften und teilweise erregten Diskussion über die Zulassung des Lokals Scheruch (Leo-Hospiz) zur Lokalliste wurde nachstehender Antrag des Genossen Bründer angenommen:

„Antrage, daß in Zukunft die Freigabe eines stützigen Lokals seitens der Lokalkommission nur nach Uebereinstimmung mit den Genossen des betreffenden Kreises erfolgen kann.“

Den Bericht der Brandenburger Agitationskommission (für den Osten) erstattete Basewitz. Im Kreise Königsberg stand uns nicht ein einziges Lokal zur Verfügung, wir haben während des Wahlkampfes in gegnerischen Versammlungen diskutiert. Der Kalender ist im Kreise verbreitet worden, außerdem drei Flugblätter zu je 30 000 Exemplaren. Wir haben aus Kreismitteln 1496,80 M. Zulauf geleistet.

Im Kreise Landsberg-Soldin haben wir vier Flugblätter zu je 30 000 Exemplaren und den Kalender in 16 000 Exemplaren verbreitet. Der Kreiszuwachs betrug hier 1979,90 M. In diesen beiden ländlichen Kreisen haben wir eine günstige Stimmzunahme.

Den Bericht der Brandenburger Agitationskommission (für den Südosten) erstattete Scholz. Der Kreis Schwiebus-Sommerfeld entwickelt sich günstig und wird bald auf eignen Füßen stehen. Ost- und West-Sternberg ist noch sehr rückständig. In Arnswalde-Friedeberg beweist der Antisemitismus noch immer seine Virulenz.

In der lebhaften Diskussion wird darauf aufmerksam gemacht, daß es in der Provinz bei den Wahlen schon an den Vorarbeiten fehlt. Die Kommission wird ersucht, den örtlichen Vertrauensleuten schon in dieser Beziehung vor den Wahlen beizuspringen.

Vor der Wahl der Kreisfunktionäre wird auf Antrag Mathes beschlossen, jeden vorgeschlagenen Genossen zu befragen, ob er gewerkschaftlich organisiert sei.

Die Wahlen ergaben folgendes Resultat: Vertrauensleute: für Ost: Franke, Basewitz; für Südost: Joehel, Hadelbusch.

Prekominmission: für Ost: Fügner; für Südost: Wermuth.

Lokalkommission: für Ost: Fritz Zimmermann, Nahn, für Südost: Sedler, Hauschild.

Brandenburger Agitationskommission: für Ost: Janien; für Südost: Paul Scholz.

Revisoren: für Ost: Heise, Walter, Winter; für Südost: Herm. Voigt, Heise, Erbe.

Nach Beendigung der Wahlen wurde die Versammlung geschlossen.

Die Versammlung für den fünften Wahlkreis, die im „Schützenhaus“ tagte, hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Für die Vertrauensmänner erstattete Diepmann Bericht. Unter Bezugnahme auf die stattgehabte Reorganisation in den Berliner Parteiorganisationen führte derselbe aus, daß die Vertrauensleute des fünften Wahlkreises bei ihrer Parteithätigkeit stets im engsten Kontakt mit den organisierten Parteigenossen geblieben hätten, da diese es doch seien, welche in allen Parteingelegenheiten das entscheidende Wort zu sprechen hätten. Die Hauptthätigkeit der Vertrauensleute habe natürlich die Wahrheit in Anspruch genommen. Die Parteigenossen des fünften Kreises hätten in der Thätigkeit zu den Reichstagswahlen ihre Schuldigkeit im höchsten Maße getan. Dafür sei aber auch der Erfolg ein über alle Erwartungen überraschender gewesen. Aufgabe der Parteigenossen sei es, die ertragene Majorität dauernd zu erhalten. In Bezug auf die Landtagswahl müsse er als früherer Gegner der Beteiligung bekennen, daß das Massenbewußtsein und die Klassenenergie des Proletariats selbst die Schwierigkeiten der Agitation für diese Wahl überwunden haben und es sei jedenfalls zu erwarten, daß für Berlin die Beteiligung an den Landtagswahlen auch für fernere Jahre beschloffen werden würde. Für Crimmitschau seien in ganz kurzer Zeit 2500 M. in dem kleinen fünften Kreise aufgebracht worden. Insgesamt hat der Kreis im vergangenen Jahre ca. 10 000 M. aufgebracht. Eine Diskussion knüpfte sich an den mit Weisall aufgenommenen Bericht nicht. Es hielt dann der Reichstagsabgeordnete Dr. Herzfeld einen Vortrag über: Die politische Lage. Eine Diskussion über den mit würdevollem Beifall aufgenommenen Vortrag wurde nicht beliebt und fand die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie ihren Abschluß.

Sechster Wahlkreis. Die Parteiversammlung in Weimanns Volksgarten war ihrer Bedeutung entsprechend gut besucht. Genosse Eugen Ernst erstattete den Bericht der Vertrauensleute. In Anbetracht dessen, daß erst in der kürzlich stattgefundenen Generalversammlung des Wahlvereins ein detaillierter Bericht über die Parteithätigkeit im letzten Kreise gegeben wurde, beschränkte sich der Redner auf einige Ergänzungen. Das vergangene Jahr, reich an Arbeit und reich an Siegen, hat die Genossen eine opferreiche, hingebende Thätigkeit entfalten lassen, wie nie zuvor. Ueberall in der großen Fortschritt zu Gunsten der Partei. Während bei der Reichstagswahl des Jahres 1898 von 142 226 Wahlberechtigten

87 300 sich an der Wahl beteiligten und davon 58 778 für die Socialdemokratie stimmten, stieg unsere Stimmenzahl im Jahre 1903 auf 79 478 unter 112 014 Stimmberechtigten bei 164 932 Wahlberechtigten. Die bürgerlichen Parteien erzielten zwar einen Stimmenzuwachs von 2500, wir dagegen einen solchen von 21 000, ungefähr gleich der Zunahme der Wahlberechtigten. 1898 verfielen die Gegner noch über 88 Proz. der abgegebenen Stimmen, 1903 nur noch über 28 Proz. Auch die Tätigkeit während der Landtagswahlbewegung war, namentlich im Hinblick auf die Neuheit dieser Wahl, eine zufriedenstellende. Sicher werde es das letzte Mal sein, daß die Gegner diesen Kreis erobert haben.

Von besonderem Interesse ist auch hier das Stimmenverhältnis. Im 3. Berliner Landtags-Wahlkreis, der den 6. und einen Teil des 5. Reichstags-Wahlkreises umfaßt, waren im 6. Kreise 108 919 eingeschriebene Wähler vorhanden. Davon haben im 6. Kreise 71 295 Wähler ihre Stimme abgegeben = 42,72 Proz. der eingeschriebenen Wählerzahl. Für die Wahlmänner der Socialdemokratie stimmten 54 238 Personen = 76,07 Proz. der abgegebenen Stimmen. Die Freisinnigen erhielten nur 8928 = 13,08 Proz. und die Konservativen 7271 Stimmen = 10,9 Proz. Dem gegenüber bekamen an Wahlmännern die Socialdemokratie 1082 = 42,7 Proz.; die Freisinnigen 1084 = 42,8 Proz. und die Konservativen 307 = 14,5 Proz. Der plutokratische Charakter des Dreiklassen-Wahlsystems ist damit jedermann offenbar geworden, denn die ca. 54 000 socialdemokratischen Wähler konnten nicht soviel Wahlmänner durchbringen, wie die ca. 16 000 Freisinnigen und Konservativen; 76 Proz. der ärmeren Wähler hatten weniger Rechte wie die 24 Proz. der Reute von Bildung und Besitz. Wenn auch noch eine stärkere Beteiligung der socialdemokratischen Wählermassen hätte stattfinden können, so hat diese Wahl doch einen eminent agitatorischen Wert gehabt. Der Masse sind die Augen aufgegangen über die schreiende Ungerechtigkeit dieses verrottenen Wahlsystems, und die Partei hat wichtige Erfahrungen gesammelt, die sie bei der nächsten Wahl sicher zu ihren Gunsten verwerten wird.

Bei den Stadtverordnetenwahlen hat die dritte Abteilung ebenfalls ihre volle Schuldigkeit getan; es wurden zwei neue Mandate erobert, somit haben im 6. Kreise die Gegner nur noch zwei Mandate der dritten Klasse in ihrem Besitz, die ihnen das nächste Mal voraussichtlich auch entzogen werden. Im ganzen wurden im Kreise 115 öffentliche Versammlungen abgehalten, darunter 42 zur Reichstags-, 16 zur Landtags- und 24 zur Stadtverordnetenwahl. Mit dem Wahlvereinsvorstand sowie den Leitungen der übrigen Kreise haben die Vertrauensleute in enger Fühlung gestanden. Redner erfuhrte die Genossen, nach wie vor die politische Organisation zu stärken und für die vermehrte Ausbreitung der socialistischen Idee zu wirken, damit allen kommenden Eventualitäten mit Zuversicht entgegengetreten werden könne. (Weiß!) Ohne Debatte wurden darauf folgende Vertrauensleute wiedergewählt: Für Weich: Karl Fischer; für Wedding und die Traniendörfer Vorstadt: Eugen Ernst; für Gesundbrunnen und die Kolonnen Vorstadt: Viktor; für die Schönhauser Vorstadt: Karl Marx. — Nummer hielt der Abgeordnete des Kreises, Genosse Ledebour, einen von häufigem Weisfall unterbrochenen Vortrag über „Die politische Lage“.

Mit einem kurzen Schlusswort und einem dreifachen Hoch auf die Socialdemokratie erklärte der Vorsitzende Viktor die Versammlung für beendet.

## Versammlungen.

**Holzarbeiter-Verband.** Der am Mittwoch in Kellers Saal abgehaltenen Generalversammlung der Holzarbeiter Berlin lag ein Geschäftsbericht für das Jahr 1903 vor. Derselbe sagt unter anderem: Das vergangene Jahr brachte für unser Gewerbe eine kleine Besserung der Geschäftslage, doch zeigte das zeitweise starke Nachlassen der Arbeitsgelegenheit in verschiedenen Branchen, daß die Krisis noch nicht überwunden ist. Die Bauwirtschaft hatte vermehrte Aufträge; auch in der Musikinstrumentenbranche belebte sich der Markt, während in fast allen andern Branchen das Gefühl der Unsicherheit über die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse vorherrschte. Dies Gefühl der Unsicherheit wirkte auch auf die Haltung der Unternehmer-Organisationen in unserem Berufe, unsern Kollegen und unserer Organisation gegenüber, ein. Während in den vorhergehenden drei Jahren die Unternehmer stets bereit waren, jede Gelegenheit zur Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu benutzen, war ihre Haltung im vergangenen Jahre eine mehr reservierte. Jedenfalls hat der erfolgreiche Widerstand des Holzarbeiter-Verbandes in den Kämpfen der letzten Jahre den Unternehmern gelehrt, in ihrem Vorgehen gegen die Arbeiter vorsichtiger zu sein und mit deren Organisation zu rechnen.

Im Berichtsjahre wurde eine Reihe von Lohnkämpfen durchgeführt. Besonders ist zu erwähnen der Kampf gegen den Arbeitsnachweis der Innung. Das Ziel dieses noch nicht abgeschlossenen Kampfes ist, die Unternehmer zu veranlassen, einen Arbeitsnachweis auf paritätischer Grundlage einzurichten. Zu Anfang des Jahres sollte aus Anlaß eines Streiks der Maschinenarbeiter eine Aussperrung der Tischler vorgenommen werden, die jedoch nicht allgemein durchgeführt wurde, und sich auf 359 Tischler erstreckte. Die Mitarbeiter, an der sich 15 000 Kollegen beteiligten, hatte die Aussperrung von 114 Kollegen zur Folge. Die Bauwirtschaft erzielte durch werktätigen Widerstand gegen die Durchführung eines Rettotarifs. Die Musikinstrumenten-Arbeiter stellten in 17 Fabriken Forderungen, die in 16 Fabriken ohne Arbeitsniederlegung bewilligt wurden. Die Möbelarbeiter hatten während des ganzen Jahres Angriffs- und Abwehrkämpfe zu führen. In vielen Betrieben handelte es sich darum, die Wochen- und Monatsabrechnungen dem verdienten Einkommen näher zu bringen, um die Lohnarbeit, oder doch die Lohnsicherung einzuführen. In einigen Betrieben gelang die Durchführung dieser Forderungen ohne Arbeitsniederlegung, in andern erst durch Wochen oder Monate dauernde Streiks. Die Drechsler beschränkten sich fast ausschließlich auf Abwehrkämpfe, während die Rahmenmacher und Faltschneider in einigen Fabriken die Anerkennung ihrer Tarife, die Rahmenmacher auch die Verkürzung der Arbeitszeit durchsetzen konnten. Einen größeren, leider erfolglosen Abwehrkampf führten die Normmacher. Einen hartnäckigen Kampf, der am Jahresabschluss noch nicht beendet war, führten die Stakarbeiter gegen eine Firma wegen der Anerkennung ihres Tarifs. Die Stellmacher fehlten in zwei Betrieben Arbeitszeitverkürzung und kleine Lohnhöhdungen durch. — Eine tabellarische Uebersicht giebt Auskunft über 75 einzelne Werkstättenstreiks, von denen 47 erfolgreich, 20 ohne Erfolg und 7 mit teilweisem Erfolge endeten, während in einem Falle kein Resultat angegeben ist. Außerdem wurden in 126 Werkstätten Forderungen gestellt, über die eine Verständigung ohne Arbeitsniederlegung herbeigeführt wurde. In 25 Fällen wollten die Unternehmer Lohnabzüge machen, die jedoch nach stattgehabten Verhandlungen nicht zur Ausführung kamen. — Die fortgesetzt ausbrechenden Vertikalt-Differenzen haben bei den Unternehmern den Wunsch nach Wiedereinsetzung einer Schlichtungskommission entstehen lassen. Die Verhandlungen über diese Angelegenheit sind noch nicht abgeschlossen.

Die Kontroll- und Branchen-Kommissionen hielten im vergangenen Jahre 274 geschäftliche und 1837 Vertikalt-Sitzungen ab, an denen 26 122 Kollegen teilnahmen. Im Arbeitsnachweis liegen sich 14 436 Arbeitssuchende einschreiben, verlangt wurden 7448 Arbeiter, befehlt 5319 Stellen. Die Zahl der verlangten Arbeiter ist gegen das vorhergegangene Jahr um 1400 gestiegen. Die Bibliothek umfaßt 1884 Bände, ausgeliehen wurden 11 620. Die Zahl der Mitglieder betrug am Schluss der Quartale 13 090, 13 824, 15 102, 15 614. Gegen das Jahr 1902 ist die Mitgliederzahl im vergangenen Jahre um 3243 gestiegen. Von den jetzigen Mitgliedern sind 12 788 Tischler, die übrigen verteilen sich auf 17 Branchen mit 31 bis 451 Mitgliedern. Aus dem Massenbericht sei folgendes angeführt: Das Konto der Hauptkasse weist in Einnahme und Ausgabe die Summe

von 261 693,59 M. auf. Die Lokalfisch at eingenommen 428 420,62 Mark, ausgegeben 102 355,69 M. der Bestand beträgt 260 073,93 Mark. An Unterstühtungen (aus der Haupt- und Lokalfische zusammen) sind ausgegeben: Für Streiks 71 540,35 M., Rechtschutz 7316,09 M., Gemeindefische 6005,65 M., Roffälle 5685 M., Umzug 1362,80 M., Reiseunterstützung 1021,91 M. — Aus der Lokalfische allein wurden gezahlt für Arbeitslosen-Unterstützung 65 953,80 M., für Streiks anderer Gewerkschaften 4000 M., Ausperrung wegen der Raifeier 1847,45 M. —

In der Versammlung ermittelten die Vorstandsmitglieder Bericht über die Geschäftslage des vierten Quartals. Das wesentlichste daraus ist bereits im Jahresbericht wiedergegeben. Dann folgte ein Bericht des Gaudobereitsers E. S. S. S. S., der einen guten Fortschritt der Bewegung im Gau konstatierte. — Die hierauf vorgenommenen Wahlen zur Ortsverwaltung hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Glöde, 1. Stellvertreter Niele, 1. Schriftführer Leopold, Beisitzer Alex, Revisorin Post und Weisopf. — In den Gaudobereits wurden Leopold, Siedfeld, Klingner, Böse, Fendel und Alex gewählt. — Schließlich wurde eine größere Zahl von Kandidaten für die Delegation zum Verbandstage aufgestellt. Die Wahl der Delegierten erfolgt in der nächsten Versammlung. Die Mitglieder Lüdike und Wendland, die sich als Beitragsammler unregelmäßigkeiten zu Schulden kommen ließen, wurden aus dem Verbands ausgeschlossen.

**Berichtigung.** In dem Bericht über die Maschinenarbeiter-Versammlung heißt es: Die Maschinenarbeiter wählten ihren Arbeitsnachweis zu behalten, was ihnen auch von der Ortsverwaltung zugesprochen wurde. Das ist ein Irrtum. Es muß heißen: Die Maschinenarbeiter behalten ihren Arbeitsnachweis solange, bis sich die Arbeitgeber an den neuen Arbeitsnachweis im Holzarbeiter-Verband gewöhnt haben. Der Zeitpunkt ist nicht festgesetzt. Es sind auch im Verband nicht 1107 Kollegen, sondern 1170 organisiert, von denen nur 441 anwesend waren und abgestimmt haben.

**Adlershof.** Der Wahlverein hielt am 21. Januar im Fiednerschen Lokale, Oppenstrasse, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, in welcher Gemeindevorsteher Genosse H. Hildebrandt einen beifällig aufgenommenen Vortrag hielt über: „Die bevorstehende Gemeindevahl und welches Interesse haben wir an derselben“. Folgende Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung des socialdemokratischen Wahlvereins betrachtet die Beteiligung an der bevorstehenden Gemeindevahl als dringend notwendig und beauftragt den Vorstand mit Parteigenossen, die Hausbesitzer sind, in Verbindung zu treten, damit auch der vierte Sitz der dritten Abteilung in die Hände der Socialdemokratie gelangt“. — Wegen Nichtbeteiligung an der Landtagswahl wurden die Genossen Weid und Schulz aus dem Wahlverein ausgeschlossen. Nachdem die Neueinteilung Adlershofs in sechs Bezirke bekannt gegeben war und die hierfür vom Vorstand bestimmten Bezirksführer und Hilfsleiter benannt wurden, erfolgte um 11 1/2 Uhr der Schluss der besagten Versammlung; aufgenommen wurden fünf neue Mitglieder.

**Rummelsburg.** Der hiesige Wahlverein hielt am 28. Januar seine Generalversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht ist hervorzuheben, daß der Vorstand beabsichtigt, in nächster Zeit eine rege Agitation zu entfalten, um die hiesige Arbeiterschaft als Leser des „Vorwärts“ zu gewinnen. Als Einnahme im 4. Quartal waren zu verzeichnen 853,41 M., an Ausgaben 559,88 M., so daß ein Kasseebestand von 293,53 M. verbleibt. Der Mitgliederbestand am Schluss des 4. Quartals betrug 519, neu aufgenommen wurden 49, verstorben resp. ausgeschieden sind 23 Genossen, so daß ein Mitgliederbestand von 545 am Schluss des Quartals zu verzeichnen war. Des weitern beschäftigte sich die Versammlung mit den bevorstehenden Gemeindevahlen. Dem Bericht der Gemeindevorsteher ist zu entnehmen, daß sich die Einkommensverhältnisse der Gemeinde in letzter Zeit etwas gehoben haben. Aus diesem Grunde soll versucht werden, den Zuschlag zur Staats-Einkommensteuer, welcher zur Zeit 160 Proz. beträgt, herabzusetzen. Außerdem beabsichtigt die Gemeindevertretung, für die begabteren Kinder der ärmeren hiesigen Einwohner einige Freistellen an der höheren Schule zu errichten. Befriedigt wurde konstatiert, daß durch den Neubau der Schule in Vorhagen die Schulverhältnisse sich etwas gebessert haben; es ist aber notwendig, diese Schule bedeutend zu vergrößern, da durch das enorme Anwachsen des Ortses Vorhagen mit einer baldigen Ueberfüllung zu rechnen ist. Bemängelt muß werden, daß die Gemeinde sich immer noch nicht bis zur Anstellung von Schulärzten und zur Einrichtung von Draufschaltern aufschwingen konnte. Zur Vorbereitung der Gemeindevorsteher-Wahl, Aufstellung der Kandidaten usw. wurde eine Kommission, bestehend aus den Genossen Stein, Berger, Prüfer, Schulz und Tempel gewählt.

## Briefkasten der Redaktion.

**W. G. 4.** Bitte Dichtung einsenden. — **A. J. 3.** Epithetfragen entscheiden wir nicht. — **W. G. 100.** Kleine Garnison\* solltet zu beziehen von Wegers Buchhandlung, Wien I, Schottengasse 40. — **Schönred.** Gewünschte Adresse: Felix Scherer, Stralanderstr. 1. Buchhandlung ist benachrichtigt. — **A. 084.** Wenden Sie sich an einen Arzt. — **A. 2.** Wenden Sie sich an Herrn E. Große, Vorstand des Turnvereins „Hüte“, Berlin O. 17, Langestraße 11. — **Leipidoptera.** Leider ist uns die Zeichnung nicht bekannt. Sollte man Ihnen aus dem Postamt nicht Auskunft geben können, so wenden Sie sich an Herrn Karl Franz in Guben, Großenerstr. 28. — **Weber.** Die Bezeichnung „Mittlere Artillerieartillerie“ ist natürlich großer sprachlicher Unsinns. Ob eine Berliner Kaserne in früherer Zeit eine solche Aufschrift trug, vermögen wir im Augenblick nicht zu entscheiden. — **Streitende.** Fiedberg: ja. Fall: nein. — **612.** 1. Rein, da Ueberangebot. 2. Wie größeren Zeitungen. Erfolg sehr unklar. — **Veit.** Können wir Ihnen leider nicht sagen. — **A. C. 102.** Die Frage ist in der Organisation des Vereines nicht zu beantworten. Die Entscheidung ist selbstverständlich. — **A. H. 83.** Sie müssen sich einem Arzte mitteilen, zu dem Sie volles Vertrauen haben. — **M. G. 63.** Wir bitten um Ihren Besuch zwischen 6-7 Uhr abends. — **Attentäter.** Das jetzt allgemein gebräuchliche Wort „Attentäter“ ist noch gar nicht so alt. Zum erstenmal soll es angewandt sein in dem bekannten Liede: „Sagt, wer war wohl je so frech, wie der Bürgermeister Tschek“, des 1844 nach dem Attentat Tscheks auf Friedrich Wilhelm IV. entstand. Die betreffende Strophe lautet:

„So'n verfluchter Hochverräter,  
Königsmörder, Attentäter!  
Nur und ja bei einem Paar  
Erschossen's junge Königspar!“

### Juristischer Teil.

**Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geschäft: 7 Uhr.**

**Gundert.** Die von Ihnen dargelegten Umstände lassen nicht erkennen, ob die Interventionsklage Ihres Schuldners Erfolg haben oder ob ihm Zahlung nachzuweisen sein wird. Die Leistung des Offenbarungsbeides zu verlangen steht Ihnen frei, ohne daß Sie dadurch das Recht verlieren, gelegentlich wieder Forderungsbefreiung zu unternehmen. — **A. R. 100.** Ist nichts anders vereinbart, so ist bei Schlafleuten, Chambregarnisten usw., die monatlich zahlen, bis am fünfzehnten zum ersten Kündigung möglich (nicht umgekehrt am ersten zum fünfzehnten). Ist der Mietzins nach Wochen bemessen, so ist die Kündigung bis spätestens am ersten Werktage der Woche zum Wochenanfang zulässig. — **G. R. 31.** 1. Ja. 2. Rein. — **G. M.** Das Zahlungsbefreiungs-Besuch ist an das Gericht des Wohnorts des Schuldners zu richten. Ein Beispiel für einen Zahlungsbefreiungs-Besuch des 435 des „Arbeiterrecht“ beigefügt. — **A. R. 35.** Hausrenten unterliegen nicht der Unfallversicherung. Anspruch auf Invalidenrente erwacht erst, wenn mindestens 200 Markten geleistet sind. Für den Anspruch auf Invalidenrente ist viel zu wenig geleistet. — **G.** Beantragen Sie bei der Versicherungskasse oder beim Magistrat Ihres Wohnorts, das Nachsehen herbeizuführen. Die Hälfte der Beiträge müssen Sie leisten. — **A. H. 1000.** Gefährde ist nicht krankensicherungsähnlich, sondern nur berechtigt, auf eigene Kosten der Gemeindeversicherung beizutreten. Die Herrschaft ist verpflichtet, sechs Wochen lang für Kur und Pflege zu sorgen, kann aber den Lohn anrechnen. — **A. D. 97.** Sie sind keineswegs verpflichtet, für die Schulden aufzukommen. Sie müssen schlichtweg beim Amtsgericht Berlin I Interventionsklage und Einstellungsbegehren mit oder ohne Anwaltshilfe einreichen. Ein Beispiel finden Sie in dem in den öffentlichen Lokalen ausliegenden „Arbeiterrecht“, S. 432. — **A. J. 3.** — **A. C. 20.** 1. Wenden Sie sich an einen Arzt oder an einen Rausser. Wir empfehlen grundsätzlich bestimmte Personen nicht. 2. Falls nicht noch

eine Vollzeilverordnung ergeht: ja. — **A. G. 100.** Die für die Klärung und Stempelung zu erhebenden Gebühren sind durch eine allgemeine Lage einwillig geneigt. Die Klärgebühren-Lage vom 24. Dezember 1884 ist im „Rechts-Beiblatt“ im Jahre 1885 abgedruckt. — **Kauf 78.** Da der Betrieb, in dem der Verkäufer sich die Beteiligung auszu, kein unfallversicherungspflichtiger ist, und da nach Lage der Sache ein Verkauf des Badermeisters schwerlich nachzuweisen sein wird, so steht der Witwe ein weiterer Anspruch als der gegen die Krankenkasse (Zahlung des Sterbegeldes) leider nicht zu. — **A. D. 9.** Leider ist die Sache unzulässig. — **A. 2. Berlin.** 1. und 2. Wenn Ihre Frau nachweisen, daß der Mietminderungsvertrag nur mit ihr, nicht mit Ihnen geschlossen ist, so hätte Ihre Klage gegen den Uebermieteungsbescheid Aussicht auf Erfolg. 3. Ja. 4. Sie können wie vertraglich vereinbart kündigen. 5. Der Miet hat das Recht, die aus Klärgebühren der Klärung folgenden Rechte geltend zu machen. — **A. D. 25.** Eiden würden die Witwe und die Kinder sein; der erkrankte hiesige ein Viertel, den Kindern drei Viertel des Nachlasses zu. — **G. D. 6.** 1. Der Vergleich ist in vollem Umfang gültig. Aus demselben sind Sie Ihrem Gläubiger, und wenn dieser die Forderung abstreift, dem neuen Gläubiger in vollem Umfang zur Zahlung verpflichtet. 2. Die Verjährungsfrist beträgt 30 Jahre, von der letzten Bindung ab gerechnet. — **A. Rein.** — **A. G. 500.** Einen Anspruch auf Rente würden Sie mit Aussicht auf Erfolg nicht durchsetzen können, weil der Klärgebührenbescheid als solcher noch nicht als ein unfallversicherungspflichtiger erachtet wird. Wohl aber scheint Ihnen, soweit sich aus Ihrer Darstellung entnehmen läßt, ein Anspruch auf Militärpension zuzufinden. Dieser Anspruch dürfte spätestens innerhalb eines Jahres beim Gericht geltend gemacht werden. Besuchen Sie mit allen Ihren Militärpapieren die juristische Sprechstunde zwecks Darlegung Ihres Falls. — **G. 2.** Das Statut verleiht nicht gegen Vorschriften des Vereinsgesetzes. Es empfiehlt sich, dem Statut die Präzise zu machen, die auf S. 200 Nr. 1 bis 8 des dem „Arbeiterrecht“ beigefügten Führers beigefügt sind. Außerdem dürfte eine Nachsprache mit der Gewerkschaftskommission sich empfehlen, damit eine etwaige Sonderorganisation vermieden wird. — **M. G.** Beshweren Sie sich bei der Wasserverwaltung und fragen Sie an, weshalb Ihrem Antrag nicht stattgegeben ist. — **A. 3. Göttingen.** 1. Ja. 2. Rein. 3. 240 Mark pro Doppelcentner Zoll liegt auf Waage. — **Tangermünde.** 1. Die Forderung ist als Alimentenforderung, die der Höhe und Existenz nach freilich ist, nach zureichender Kenntnis noch nicht erledigt. 2. Ja. 3. Ein Drittel des 1500 M. Jahresgehalt überbringen Gehalts ist für alle Forderungen pflanzbar. Für Alimenten ungelicher Kinder ist das gesamte Gehalt mit der Einschränkung pflanzbar, daß das zum handesmäßigen Unterhalt seiner Familie und zum eigenen notdürftigen Unterhalt erforderliche dem Erzeuger zu verbleiben hat. 4. Rein. 5. Das ältere, ungelängere Gesetz findet Anwendung, weil das jüngere das Unglück hat, vor dem 1. Januar 1900 geboren zu sein. — **A. G.** Teilen Sie dem Amtsgericht Ihres Wohnortes mit, daß Sie aus der Landesklage austreten wollen, begeben Sie sich dann, ohne Ladung abzuwarten, innerhalb der Frist von vier bis sechs Wochen nach Eingang Ihres Antrags auf das Gericht und erklären Sie dort Ihren Austritt zum Protokoll des Gerichts. Sie haben die Kirchensteuer dann noch bis zum Schluss des Jahres zu bewilligen, bis zum Austritt folgenden Kalenderjahres zu zahlen. — **A. G. 911.** Klagen Sie auf Aufhebung des Vertrages unter Vorbehalt vollen Schadenersatzes, so geht die Klage ziemlich schnell. Ob die Unannehmlichkeiten sich vermeiden lassen, läßt sich nicht sagen. — **A. H. 3a.** — **G. R. 1.** Grundbesitzer. 1. Die Höhe hängt von Vereinbarung ab. 2. Unzulässig. — **A. 40.** In der Regel mein. Maßgebend ist § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuchs: Für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit unverschuldbare Behinderung ist kein, abzüglich des Krankengeldes, zu zahlen. — **W. 2.** Ein Beispiel für einen Zahlungsbefreiungs-Besuch für eine Darlehensklage finden Sie Seite 435 und 436 des in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden „Arbeiterrecht“ und Seite 229 des demselben beigefügten Führers. — **Stegitz 75.** Anspruch auf Ausnahme in eine Delianstakt steht dem Leidenden nicht zu, es kann die Versicherungsanstalt (nicht das Reichs-Versicherungsbüro) Ausnahme gewähren. — **G. 100.** Das Bürgerliche Gesetzbuch schreibt vor: „Zu Arbeiten im Hauswesen und im Geschäft des Mannes ist die Frau verpflichtet, soweit eine solche Tätigkeit nach den Verhältnissen, in denen die Ehegatten leben, üblich ist.“ Das, was hierdurch erworben wird, fällt, wenn nicht ein Ehevertrag das Gegenteil besagt, dem Manne zu. Die Ehefrau ist zu der Arbeit nicht verpflichtet, wenn die Forderung ihrer Arbeit sich als Mißbrauch des ehemännlichen Rechtes erweist, also insbesondere wenn sie krank ist. Zur Arbeit gezwungen werden kann die Frau nicht. — **A. 2. 23.** 1. Rein. 2. Nur der zahlungsunfähige Vetter haftet für den Arbeitslohn. Sie hätten aber dem Stiefelentümer nur gegen Zahlung des Arbeitslohnes den Stoff herauszugeben brauchen. Jetzt haftet der bestohlene Eigentümer nicht mehr. — **A. 114.** 2. R. 144. 3. R. 71. 4. R. 7. 5. R. 7. 6. R. 75: Rein. — **A. 2. 125.** 1. Ohne Kenntnis des Vorlasses Ihres Vertrages nicht zu beantworten. 2. Ja. — **A. 7. Witte.** 1. Rein. 1. Die Erben sind bis zur nächsten Pflicht gebunden, also wenn der Tod im vorigen Quartal erfolgte, ist der Lohn, Kost usw. bis zum 1. April voll zu zahlen. Beide Forderungen sind bei dem gewöhnlichen Gericht (das ist für die Forderungen bis dreihundert Mark das Amtsgericht) für höhere das Landgericht) geltend zu machen. — **A. R. 1.** Um Wöchnerinnen-Unterstützung zu erhalten, müssen Sie innerhalb des letzten Jahres, vom Tage der Entbindung ab gerechnet, mindestens sechs Monate hindurch Ihrer Klasse oder überhaupt einer Jünglings-Versicherungskasse angehört haben. Die Wöchnerinnen-Unterstützung besteht in der Zahlung des Krankengeldes. Der von den Socialdemokraten beantragte Zusatz, daß Hebammendienste frei gewährt und Schwangerschaftsbeschwerden frei ärztlich behandelt werden sollen, ist auf Betreiben der freisinnigen und ultramontanen Parteien abgelehnt worden. Es ist nur den Kosten gestattet, durch besonderen Beschluß auch die Leistungen für die Mitglieder festzusetzen. 2. Rein. 3. Das ist leider streifig, weil von Fall zu Fall zu entscheiden ist, ob eine Entbindung wegen der Sonderheit des Falles als Krankheit aufzufassen ist. — **A. H. 27.** 1. u. 2. Die ausgesetzte Forderung ist nicht verjährt und kann nicht hienon vollstreckt werden. Wegen die erst jetzt ausgefallene Forderung scheint ein Widerspruch Aussicht auf Erfolg zu haben. Wenn die dem Beschlag zu Grunde liegende Forderung im Jahre 1900 erwaucht, so liegt Verjährung vor. — **A. C. Rein.** — **G. 3. P.** Wenden Sie sich an die Polizeibehörde Ihres Ortes unter Mitwirkung, mit welchen Gegenständen Sie hausieren wollen. — **100 Dordorf.** §§ 15 und 113 des Invalidenversicherungsgesetzes sind entscheidend, da Ihnen keine Unfallrente, sondern ein Schadenersatzanspruch (S. 843 des Bürgerlichen Gesetzbuchs), so steht Ihnen nach wie vor voller Anspruch auf die Invalidenrente zu, und der Versicherungsanstalt steht kein Anspruch auf Einziehung Ihrer Beiträge zu. 30 Mark ist übrigens bei weitem zu gering bemessen, wenn die Folgen der Verletzung die von Ihnen geschilderten sind. — **A. R. Rein.** — **A. C.** Es steht Ihnen das Erziehungsgeld gegenüber Ihrer Tochter zu. Zur Ausübung desselben bedürfen Sie, insbesondere wenn Sie auf die Eigenart Ihrer Tochter eingehen, keiner behördlichen Hilfe. Das Gesetz gestattet dem Vater kraft des Erziehungsgelds angemessene Justizmittel gegen sein Kind anzuwenden. Auf keinen Antrag hat auch das Vormund-Gericht ihn durch Anwendung geeigneter Justizmittel zu unterstützen. Die Polizei ist und war nicht berechtigt, Ihr Kind Ihnen vorzunehmen. Sie können die Herausgabe des Kindes von jedem verlangen, eventuell auf Herausgabe klagen. Die Anwendung von Schlägen insbesondere gegenüber einem fast erwachsenen Mädchen ist in der Regel ein Beweis für die Unfähigkeit zum Erziehen.

**Marktpreise von Berlin am 28. Januar 1904**  
nach Ermittlungen des hgl. Polizeipräsidiums.

Ware	Einheit	Preis	Ware	Einheit	Preis
Weizen, gut	D.-Str.	16,20	Starkfein, neue D.-Str.	7,00	5,00
„ mittel	„	16,12	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,80	1,20
„ gering	„	16,04	„ „ „	1,40	1,10
Roggen, gut	„	12,70	Schweinefleisch	1,50	1,00
„ mittel	„	12,68	Kalb- „	1,90	1,20
„ gering	„	12,66	Dammelfleisch	1,80	1,10
Gerste, gut	„	13,80	Butter	2,60	2,00
„ mittel	„	12,70	Eier	60 Stück	8,00
„ gering	„	11,60	Karpfen	1 kg	2,40
Hafer, gut	„	15,50	Salz	2,50	1,40
„ mittel	„	14,40	Lander	3,00	1,20
„ gering	„	13,40	Heute	2,40	1,20
Rübsenstroh	„	—	Porridge	1,80	0,80
Heu	„	—	Schleie	3,00	1,40
Erbsen	„	40,00	Stiele	1,40	0,80
Erdbeerkorn	„	50,00	Stroh	15,00	3,00
Winsen	„	60,00			

† frei Wagen und ab Bahn.

**Witterungsübersicht vom 29. Januar 1904, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temper.	Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temper.
Brandenburg	763	W	3	10	Saparanda	751	W	4	bedeckt
Berlin	761	W	3	bedeckt	Petersburg	770	W	3	bedeckt
Hamburg	764	W	3	bedeckt	Wien	756	W	3	wollig
Königsberg	769	W	3	bedeckt	Wien	766	W	3	bedeckt
München	769	W	3	bedeckt	Wien	766	W	3	bedeckt
Wien	773	W	3	bedeckt					

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 30. Januar 1904.  
Ein wenig wärmer, vorherrschend wollig, bei mäßigen südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.